

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Joachim Voß

Die Republik Guinea

Staat des „Complot Permanent“

Horst Friedrich

Das chinesisch-albanische Bild
von den „häßlichen Sowjets“

B 29/71

17. Juli 1971

Joachim Vob, Dr. jur., geb. 1928, stellv. Leiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Veröffentlichungen u. a.: ABC der Europa-Verträge, München 1964; Guinea, eine Monographie, Bonn 1968; Der progressistische Entwicklungsstaat. Seine rechts- und verwaltungstechnische Problematik (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), Hannover 1971; Bibliographie de la République de Guinée, Conakry 1967; Quelques faits et chiffres concernant les insuffisances de l'Administration Coloniale, Conakry 1967; Carnet de Statistique, Conakry 1968; Répertoire des Actes Législatifs publiés dans le Journal Officiel de l'Ex-Guinée Française Réflétant la Politique Coloniale entre 1945 et 1958, Conakry 1969.

Horst Friedrich, Dr. phil., geb. 1911. Nach Studium der Germanistik, Anglistik im Hauptfach, der Romanistik und Philosophie im Nebenfach Staatsexamen. Schon während des Studiums, vor Abschluß der Examina, als Journalist in vollberuflichem Arbeitsverhältnis. Heute Pressereferent. Verfasser von politischen Hörbildern und Features für den Rundfunk, gleichzeitig Kommentator zu außenpolitischen Themen der Weltpolitik im ost-westlichen Fragenkreis.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Republik Guinea

Staat des „Complot Permanent“

I. Der politische Kontext

Um die Jahreswende 1970/71 machte ein Land von sich reden, das bis dahin in der deutschen Öffentlichkeit wenig Beachtung gefunden hatte: Guinea, ehemals französische Kolonie, seit 1958 durch ein inzwischen historisch gewordenes Nein zur de Gaulleschen Verfassung unabhängig, von Anfang an ein von den Auguren viel beachtetes Beispiel für die nicht gerade erfolgekrönte Anwendung sozialistischer Entwicklungsrezepturen auf die Probleme unterentwickelter Länder.

Dieses Guinea, das einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft beschreitet und von dem mancher Beobachter glaubte, es werde beliebigen Putschisten — vorausgesetzt, es fänden sich welche — wie eine reife Frucht in den Schoß fallen, hat in der letzten Novemberdekade des Jahres 1970 eine militärische Invasion abgewehrt, die sich bei näherem Hinsehen als ein *Komplott* darstellte, als eine Verschwörung der politischen Gegner des guineischen Präsidenten Sékou Touré mit den im benachbarten Bissao um den Fortbestand ihrer Kolonialherrschaft ringenden Portugiesen. Dahinter erschien in der guineischen Optik so gleich die Allianz der NATO-Verbündeten, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland. Diese stand zwar in der Entwicklungshilfe für Guinea mit an erster Stelle, hatte aber, eben durch ihr NATO-Bündnis mit Portugal, durch die Cabora-Bassa-Affäre und nicht zuletzt durch ihre Guinea-Politik im Zeichen der Hallstein-Doktrin die Sympathien des Regimes immer mehr verloren. Auch war es von Jahr zu Jahr schwieriger geworden, den Freunden Guineas im sozialistischen Lager die guten Beziehungen ausgerechnet zur Bundesrepublik Deutschland plausibel zu machen. Der seit 1966/67 offenkundige und belegbare Sympathieverfall, von der DDR nach Kräften gefördert, mündete im Dezember 1970, kaum zwei Monate nach der Anerkennung der DDR durch die Republik Guinea, in wütenden Haß und bittere, wenn auch einseitige Feindschaft.

Westdeutsche Entwicklungshilfe-Experten, so der in der Invasionsnacht tragisch ums Leben

gekommene Graf Tiesenhausen, der in einem guineischen Gefängnis elend zugrunde gegangene Hermann Seibold und der vom Revolutionstribunal zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilte Adolf Marx, wurden bezichtigt, in das Novemberkomplott verwickelt gewesen zu sein. Selbst vor dem Botschafter der Bundesrepublik machte die Anklage nicht halt. Das Ende ist bekannt: sämtliche Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland wurden ausgewiesen; Guinea brach Anfang Januar 1971 die Beziehungen ab; die Bundesrepublik stellte ihre Entwicklungshilfe ein.

Die deutsche Öffentlichkeit wurde hauptsächlich unter dem Aspekt der Außen- und Entwicklungspolitik unterrichtet. Über Guinea, das Land, seine Gesellschaftsordnung und seine Probleme erfuhr man wenig. Wieder

Horst Friedrich

Das chinesisch-albanische Bild von den „häßlichen Sowjets“ S. 34

einmal zeigte sich, daß es uns immer noch schwer fällt, Staaten der Dritten Welt als frei handelnde Subjekte mit eigenen Bezügen und Motivierungen zu verstehen. Nach wie vor ist es weithin Brauch, in ihnen bloße Betätigungsfelder europäischer oder amerikanischer Politik, womöglich Blockpolitik, zu erblicken und ihr eigenes Kräftespiel für bloße Reflexbewegungen zu halten.

Guinea ist hierzulande wenig mehr als ein geographischer Begriff, sozusagen ein exotischer Stern, auf dem kaum jemand höheres politisches Leben vermutet. Und doch, dieser knapp 4 Millionen Einwohner zählende Kleinstaat an der afrikanischen Westküste ist nicht nur ein Teil der Welt, in der wir leben, sondern zugleich eine Welt für sich, die bei näherem Hinschauen ein faszinierendes Schauspiel bietet, mit großartigen Helden und niederträchtigen Schurken, so großartig, so niederträchtig, daß sie den Vergleich mit den Chargen des europäischen Welttheaters durchaus nicht zu scheuen brauchen.

Es ist daher unzureichend, nur die Reaktionen der Zuschauer zu beschreiben, der Deutschen, Franzosen, Portugiesen, Amerikaner, Russen, Chinesen, die hin und wieder auf die Bühne gebeten werden, um eine Passage mitzuimprovisieren. Vielmehr müssen wir uns fragen, wie den ständigen Akteuren zumute ist: den Soussou, den Foulah, den Malinké, den Guerzé (und nur einige der guineischen Ethnien zu nennen), der islamischen und der christlichen Geistlichkeit, den Angehörigen der alten mächtigen Familien, den Trägern der berühmten Namen, den ehemaligen Kolonialbeamten, den „anciens combattants“ der französischen Armee, den Offizieren der Volksarmee, den Kadern der Einheitsgewerkschaft.

Wenn es stimmt, daß Entwicklung die Summe aus wirtschaftlichem Wachstum und sozialem Wandel ist, dann hat das Regime Sékou Touré viel für die Entwicklung Guineas getan. In den Gesetzen der Revolution sind die Konturen einer prosperierenden neuen Gesellschaft erkennbar. Sékou Touré selbst, jeder Zoll ein Erster Konsul, ein Präzeptor seines Volkes, das er aus zwei Dutzend Völkerschaften erst schmieden muß, hat ein grob gezimmertes dogmatisches Gebäude geschaffen, ein ungeschlächtes Katheder, von dem aus er seine Landsleute mores lehrt: sozialistische Moral, sozialistische Produktionsmethoden, sozialistischen Wettbewerb, Kulturrevolution, Planwirtschaft, nichtkonvertible Währung, Staatshandel, Mangelwirtschaft, Einehe, Alphabetisierung, freiwillige Aufbauleistungen, kurz: staatsbürgerliche Tugenden, wie sie eigentlich erst die Industriegesellschaft auf dem Weg zur totalen Leistungsgesellschaft hervorbringt.

Dabei haben wir es hier noch mit tiefster Agrargesellschaft zu tun. Genauer: viele atomisierte Agrargesellschaften koexistieren, ohne zu kooperieren — Subsistenzwirtschaft, selbstgenügsame Dörfer, fast autarke Lebensgemeinschaften archaischer Hirten oder Ackerbauern. Kaum 1000 km Eisenbahn, kaum 1000 km Asphaltstraße. (Das Land hat die Ausdehnung der Bundesrepublik Deutschland.) Die Industrie beschäftigt kaum 10 000 Menschen. Die Versorgungslage ist skandalös. Zu den alten Differenzen kommen die Meinungs-

verschiedenheiten über den Ausweg aus der Sackgasse, in die die Revolution allem Anschein nach geführt hat. Noch beherrscht ein starker Mann dank seines Charismas und seiner Courage die für afrikanische Verhältnisse bemerkenswert gut organisierte Einheitspartei — „Parti Démocratique de Guinée“ (P. D. G.) — und damit den Staat, der als Geschöpf dieser Einheitspartei angesehen wird.

Die Machtfülle des Präsidenten ist byzantinisch zu nennen. Er ist der „Premier Responsable de la Révolution“. Im Volk wird er mit einer Mischung aus Respekt, Humor und Furcht kurz „le Patron“ genannt, Danton, Robespierre, Saint Just in einem. — Einer seiner Großväter war Samory Touré, der „afrikanische Bonaparte“. Diese Tradition spielt im Handeln und Denken des sonst eher traditionsfeindlichen Sékou Touré eine gewichtige Rolle. Er führt die Revolution wie einen Feldzug; nach jeder Regenzeit schlägt er eine neue Schlacht. Manchmal hat es den Anschein, als kämpfe er gegen Windmühlenflügel. Aber die *Konterrevolution* ist keine Einbildung. Sie ist allgegenwärtig in Namen und in Gruppen, in persönlichen und Gruppeninteressen. Solange dies der Fall ist, wird die Stunde der Leutnants nicht kommen. Aber die *Konterrevolution* hat kein Programm. Unzufriedenheit ist keine Alternative. Der Weg von der bloßen *Reaktion* zu echter, einfallreicher Opposition ist lang und mit Gräbern gesäumt, ein Kreuzweg, eine „nicht enden wollende Tragödie“, wie Siradiou Diallo, der im Januar 1970 vom guineischen Revolutionstribunal in Abwesenheit zum Tode verurteilte „jeune afrique“-Redakteur, die Geschichte Guineas seit 1958 genannt hat.

Die nachfolgende Fallstudie behandelt die bisherigen Stationen dieses Kreuzwegs als ein typisches Beispiel afro-sozialistischer Politik. Das von Sékou Touré oft beschriebene „permanente Komplott“ ist der Konfliktfall, der Verteidigungsfall des progressistischen, d. h. des seine gesellschaftlichen Ziele mit revolutionären Mitteln realisierenden Entwicklungsstaates. Viele Details. Aber jedes Detail ist ein Baustein für Argumente. Namen, Daten und Sachverhalte sind auch in Afrika der Rohstoff der Geschichte.

II. Die Theorie vom „Complot permanent“

Ausgehend von der allgemeinen Erfahrung, daß noch nirgends in der Welt eine Revolution stattgefunden hat, die nicht Gegenkräfte auf den Plan gerufen hätte, versucht der pro-

gressistische Entwicklungsstaat in seiner zugleich dogmatischen und pragmatischen Manier, sich mit der *Konterrevolution* einzurichten und sie der Revolution dienstbar zu

machen: "... die Konterrevolution schärft den Siegeswillen der Revolution, sie speist die Energie und den Mut der Volksmassen in schöpferischer Aktion. Sie stimuliert die Wachsamkeit und die Festigkeit der revolutionären Kämpfer. Sie steigert den Kampfgeist und die Sensibilität der Massen für ihre Ziele ... Die Konterrevolution ist der Gehilfe der Revolution." ¹⁾

Der Feind wird überall, nicht nur rechts, sondern auch links gesehen, nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Landes. Revolution und Konterrevolution „koexistieren miteinander wie Leben und Tod“ (A.S. Touré, *Le Pouvoir Populaire*).

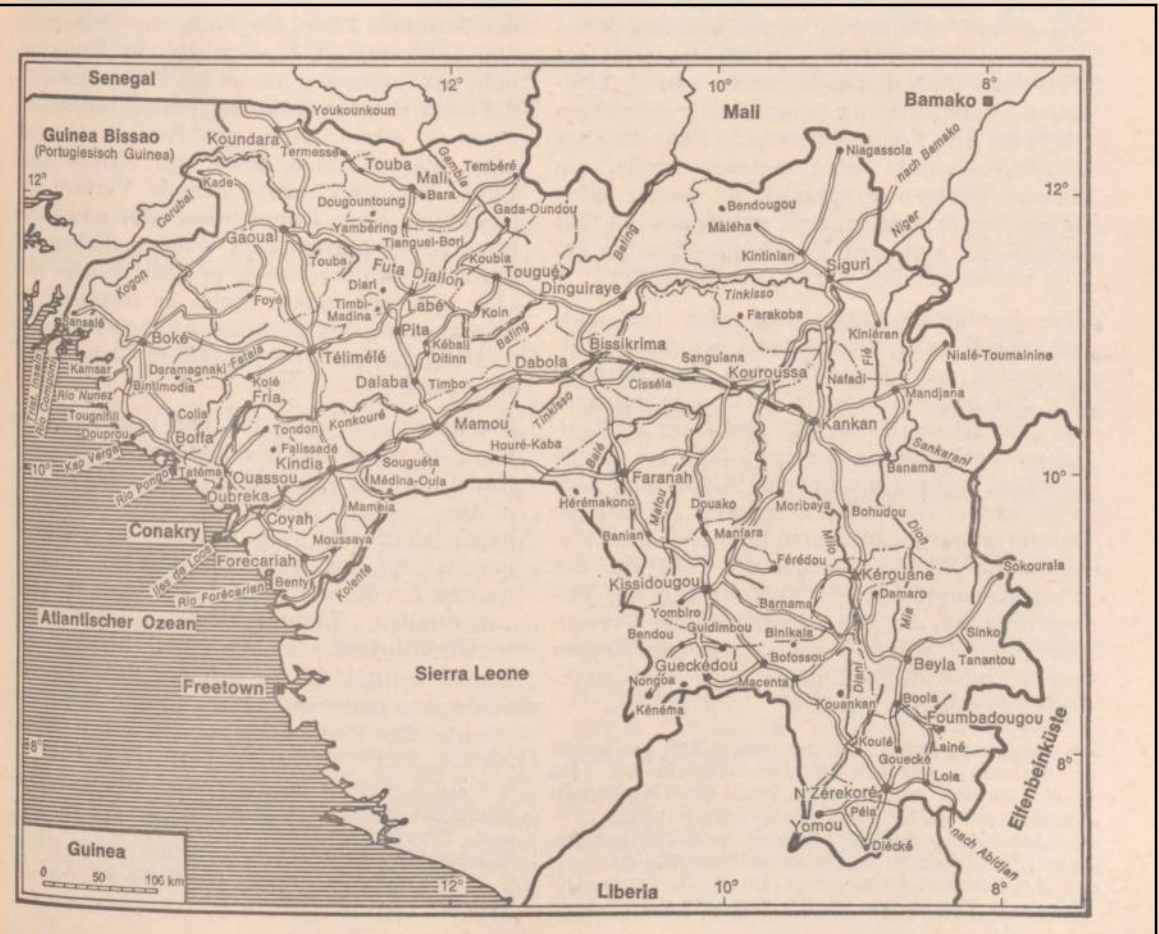
Rechts von sich sieht die P.D.G. vor allem die Kräfte der Vergangenheit, die „reaktionären Feudalelemente, deren Lebensweise auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fußt“ (A. S. Touré, a. a. O.). Zur Behinderung der Revolution bedienen sie sich vornehmlich der Mittel des Rassismus, des Triba-

lismus und des religiösen Fanatismus. Rechts stehen für die P.D.G. ferner jene Intellektuellen, von denen es heißt, sie seien zwar weder reich noch den alten Familien zugehörig, wohl aber durch ihre Erziehung zum Glauben an die Höherwertigkeit des Individuums zu Werkzeugen der um die Wiedergewinnung der Macht kämpfenden Ausbeuterklasse geworden.

Als Ausdruck ihrer konterrevolutionären Gesinnung wird ihr Streben nach persönlicher Bereicherung gewertet. Sämtliche Eigentumsdelikte der Staatsfunktionäre im Amt, ebenso die Wirtschaftsdelikte der Händler, werden daher als politische Straftaten geahndet: "... Wer die Früchte der Anstrengungen des Volkes unterschlägt oder konfisziert, macht sich der Konterrevolution schuldig“ (A. S. Touré, a. a. O.).

Zwei Dinge gelten als besonders gefährlich: 1. die Konterrevolution spricht die Sprache der Revolution; 2. die Konterrevolution nistet an den Schaltstellen des Staatsapparats. An keinem der bisher aufgedeckten „Komplotte“ waren Arbeiter oder Bauern beteiligt. Immer wa-

¹⁾ A. S. Touré, *Le Pouvoir Populaire*, Bd. XVI (2), Conakry 1968, S. 120.



ren es Führungskräfte aus Militär, Verwaltung und Wirtschaft ²⁾.

Links von der P.D.G. steht eine kleine Gruppe marxistischer Intellektueller. Von ihnen war jedoch seit dem sogenannten Lehrerkomplot vom November 1961 nicht mehr die Rede. Ihre Exponenten, in der Hauptsache Gewerkschaftsführer, übernahmen wichtige Positionen im Staats- und Wirtschaftsapparat. Es darf daher angenommen werden, daß sie für das Regime keine Gefahr mehr darstellen.

Alle potentiell konterrevolutionären Kräfte haben starken Rückhalt im Ausland. Als Hauptstützpunkte der Linken gelten nach wie vor Moskau und Ost-Berlin ³⁾, während die Rechtsopposition ihre Alliierten naturgemäß in Paris, Dakar und Abidjan findet.

Daraus entwickelt das Regime Sékou Touré das Bild einer gigantischen Verschwörung, eines „complot permanent“ zur Vereitelung der Revolution, zur Rückführung Guineas in kolonialistische oder neokolonialistische Abhängigkeitsverhältnisse ⁴⁾.

Die Krisen des progressistischen Entwicklungsstaats, denen die folgende Darstellung gewidmet ist, haben nach offizieller guineischer Auffassung allesamt als Erscheinungsformen des einen und unteilbaren antiguineischen Komplotts zu gelten. Dieses wiederum wird als Teil einer noch umfangreicheren anti-afrikanischen Verschwörung angesehen, mit deren Hilfe die alte Kolonialmetropole Paris ihr altes Eurafrika-Projekt wiederbeleben wolle, „in dessen Rahmen Frankreich zu seiner alten Macht zurückfinden und somit sowohl der UdSSR als auch den Vereinigten Staaten Paroli bieten könnte“ (A. S. Touré, a. a. O.).

Die Konterrevolution wird also fast ausschließlich unter dem Aspekt der gewiß vorhandenen neokolonialistischen Bestrebungen der ehemaligen Kolonialmacht („la rancœur du colonialisme Français“) und ihrer afrikanischen Verbündeten gesehen. Nur am Rande erwähnt werden die unserer Auffassung nach viel schwerwiegenden inneren Anlässe zu konterrevolutionärem Handeln, etwa die katastrophale Wirtschaftslage, die Inflation, das Einparteiensystem, die Behinderung der Privatinitiative, die Mißwirtschaft in der Verwaltung, die Isolierung des Landes von seinen Nachbarn sowie die Entmachtung der Gewerkschaften und des Militärs.

²⁾ Man kann sagen, daß der größte Teil der hohen Funktionäre und der Händler versucht ist, „das Geld als den vornehmsten Wert der Gesellschaft anzusehen“ (A. S. Touré, Bd. XVI (2), S. 127).

³⁾ Maoistischer Einfluß ist trotz beträchtlicher chinesischer Wirtschaftshilfe kaum festzustellen.

⁴⁾ „Le Complot permanent“, in: A. S. Touré, *Défendre la Révolution*, Bd. XV, Conakry 1967, S. 24 ff.

Angesichts dieser Fülle von Konfliktstoffen ist es nur natürlich, daß der Staat Sékou Touré in den bisher dreizehn Jahren seines Bestehens den vielfältigsten Belastungsproben standhalten mußte. Bemerkenswerterweise hat sich das Regime in keinem Falle von den Ereignissen überraschen lassen. Stets konnte es ihnen zuvorkommen, was im Kreise um den guineischen Präsidenten zu einer gewissen Überheblichkeit geführt hat. Von Sékou Touré selbst stammt das Wort: „Die Revolution ist zuallererst eine Sache des Mutes, wohingegen das Komplott stets die Tat von Feiglingen und Schwächlingen gewesen ist.“ Daran ist zumindest soviel wahr, daß weit und breit in der guineischen Opposition niemand auszumachen ist, der sich mit Sékou Touré an Mut, Tatkraft, Beredsamkeit und Volkstümlichkeit messen könnte.

Inwieweit die verschiedenen Anläufe, die zum Sturz des Regimes unternommen worden sind, wirklich dem Wohl des Volkes und des Staates gedient hätten, kann in Anbetracht ihrer Erfolglosigkeit fast dahingestellt bleiben. Es ist jedoch fraglich.

Ein erfolgreicher Staatsstreich der reaktionären Widersacher des Regimes, einschließlich des Militärs, hätte die Rückkehr Guineas in die Abhängigkeit Frankreichs zur Folge gehabt. Andererseits, hätten im November 1961 die marxistischen Gewerkschaftsführer das Regime in ihrem Sinne modifizieren können, dann wäre Guinea heute ein afrikanisches Kuba. Der 1965 unternommene Versuch zur Gründung einer Oppositionspartei schließlich hätte mit Sicherheit zum Wiederaufleben der alten Stammesegoismen geführt. Weder das eine noch das andere dürfte im Interesse der wünschenswerten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unabhängigkeit Guineas gewesen sein.

Die Frage nach Stabilität und Instabilität des Regimes ist so alt wie das Regime selbst ⁵⁾. Kaum hatte es sich etabliert, begann man sich in aller Welt zu fragen, wie lange es Bestand haben werde. Es hatte Bestand. Es erstarkte, und mit ihm das, was unter dem Begriff „guineische Revolution“ verstanden wird, zu einer „materiellen, philosophischen, historischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und geistigen Realität“ ⁶⁾, die sich der Beeinflussung von außen mehr und mehr entzieht. Zwar vermochte das Regime selbst die Frage seines

⁵⁾ Siehe z. B. F. Ansprenger, *Stabilität und Instabilität der neuen Staaten Afrikas*, in: R. Löwenthal u. a.: *Entwicklungsländer zwischen nationaler und kommunistischer Revolution*, Hannover 1965, S. 81 ff.

⁶⁾ A. S. Touré, *Le Pouvoir Populaire*, Bd. XVI (2), Conakry 1968, S. 130 ff.

Bestandes lange Zeit nur in Abhängigkeit von den Konjunkturen des Imperialismus zu sehen⁷⁾; nach wie vor stellt es aus methodischen Gründen jedes Komplott und jede Krise in diesen entehrenden, disqualifizierenden Zusammenhang. Aber dahinter wird eine neue Einsicht erkennbar. Sie besagt, daß sich diese Frage der Dauer des Regimes von Jahr zu Jahr mehr zu einer Frage des innenpolitischen Kräfteverhältnisses verschärft. Folgerichtig ruft das Regime seit 1966, seit dem Sturz Kwame Nkrumahs, aus dem es eine Reihe heilsamer Lehren gezogen hat, nicht mehr zur Verteidigung der Unabhängigkeit auf, sondern zur *Verteidigung der Revolution*.

Die Entdeckung, richtiger: das Eingeständnis der „contre-révolution nationale“, das lange verweigerte Bekenntnis zum Klassenkampf⁸⁾ im Zuge der seit 1966/67 betriebenen Radikalisierung („la révolution se radicalise“) bestätigen die Richtigkeit dieser Überlegung. Der Konterrevolutionär, lange Jahre vor allem als „Agent des Imperialismus“ gebrandmarkt, wird heute in erster Linie als Klassenfeind verfolgt.

Die Auseinandersetzung um den Bestand des Regimes hat sich also in der Tat verschoben. Die ersten beiden Komplotte gegen das Regime (April 1960 bzw. November 1961) waren noch unmittelbarer Ausdruck imperialistischer Interessen und Machenschaften, und auch die

zahlreichen Verschwörungen zur Ermordung Sékou Tourés⁹⁾ können kaum unter einem anderen Aspekt gesehen werden. Aber schon der „coup d'arrêt“ vom 8. November 1964 sowie später das Händlerkomplott vom Herbst 1965, die Scharmützel mit dem Kleinbürgertum 1967/68 und schließlich das Militärkomplott vom Frühjahr 1969 sind Auseinandersetzungen, deren treibende Kräfte nicht mehr im imperialistischen Ausland, sondern im konterrevolutionären Inland gesucht werden müssen.

Aber die Konterrevolution ist uneins und trägt anarchistische Züge. Es fällt auf und verdeutlicht ihre Schwäche, daß es jedesmal andere, einander oft völlig entgegengesetzte Gruppen ohne Kontinuität sind, die mit mehr oder weniger großem Dilettantismus versuchen, daß Regime aus den Angeln zu heben: Im April 1960 die Befürworter einer Rückkehr in die Einflußzone Frankreichs, im Dezember 1961 die Parteigänger eines reinen Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung, im Herbst 1965 die Anhänger eines Mehrparteiensystems, im Frühjahr 1969 eine Clique von Offizieren, deren einziger Programmpunkt der Tyrannenmord war. Nur eine Gruppe, die ausgesprochenen Klassencharakter hat, ist schon in ihrem Wesen konterrevolutionär und daher in allen Verschwörungen vertreten: die Händler.

III. Das erste Komplott (April 1960)

Das „Komitee zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten in Guinea“

Angesichts der Umstände und Vorzeichen, unter denen die P. D. G. die Unabhängigkeit erzwungen und die revolutionäre Umgestaltung des Landes in Szene gesetzt hatte, war das erste Aufbegehren reaktionärer Kräfte nur eine Frage der Zeit und der Gelegenheit. Erstmals bot sie sich im Frühjahr 1960, in einer „Kampfphase, die um so schwieriger ist, als die Motive für revolutionäres Engagement weniger klar erkennbar sind und die Aktion der

Sabotage weniger offenkundig ist. Die Reaktion, der ihr vom Kolonialregime verliehenen Macht beraubt, macht auf einmal ein überaus sympathisches Gesicht und befließigt sich freundschaftlicher Manieren — aber ihr destruktiver Wille bleibt bestehen ...“ (Sékou Touré auf der Wirtschaftskonferenz von Kankan, 2. April 1960).

Die Partei hatte es bis zu diesem Zeitpunkt fertiggebracht, durch ihre gewaltsamen und glücklosen Reformen weite Bevölkerungskreise gegen sich in Harnisch zu bringen. Dem Unabhängigkeitsrausch folgte die von den Gegnern Sékou Tourés vorausgesagte Ernüchterung. Die Händler stöhnten unter den Wirtschaftsreformen des Jahres 1959. Franzosen

⁷⁾ Ebenda, S. 19 ff. (La nouvelle offensive de l'Impérialisme).

⁸⁾ „Der Klassenkampf als universelle und historische Realität ist (auch) hierzulande die politische Form der praktischen Auseinandersetzung geworden zwischen denen, die den sozialen Fortschritt herbeisehnen und jenen anderen, die davon träumen, sich einen Machtapparat aufzubauen zum Schaden der Interessen der Arbeiter. Zwischen diesen beiden sozio-ökonomischen Klassen verläuft eine echte Trennungslinie.“ (A. S. Touré, Vingtième Anniversaire et Huitième Congrès, Bd. XVI (1), Conakry 1967, S. 23 f.)

⁹⁾ Sékou Touré wußte bereits vor dem Nationalen Revolutionsrat im Dezember 1965 von fünf Mordanschlägen zu berichten, denen er bis dahin entgangen war. (Siehe A. S. Touré, Défendre la Révolution, Bd. XV, Conakry 1966, S. 27 ff.)

und Libanesen sahen sich diskriminiert. Das Land sah sich in eine einzige große Versorgungskrise gestürzt. Die Religionsgemeinschaften, Mohammedaner wie Christen, glaubten sich durch die angekündigte Verstaatlichung der kirchlichen Privatschulen sowie durch das Verbot der kirchlichen Jugendorganisationen und Rundfunksendungen in ihrer Glaubensfreiheit bedroht. Die Intellektuellen begannen unter dem höhnischen Argwohn zu leiden, mit dem die Partei sie von den Kommandohöhen des neuen Staates fernzuhalten trachtete. Die Chefferie hatte seit ihrer Entmachtung im Jahre 1957 ohnehin eine Rechnung mit der P. D. G. zu begleichen. Die guineischen Stämme entsannen sich ihrer nur notdürftig ausgeglichenen Gegensätze¹⁰⁾. Sékou Touré ist ein Malinké, und so war es natürlich, daß in der ersten Zeit die meisten seiner Mitarbeiter diesem Stamm angehörten. Daraus entstanden geflügelte Worte wie: „Seit der Unabhängigkeit ähnelt Guinea einer fetten Kuh. Man hat sie geschlachtet und zerlegt. Die Malinké haben das Fleisch gegessen, das Fell hat man den Foulah gegeben und für die Soussou blieben die Knochen.“¹¹⁾

Die Unfähigkeit und Willkür der neuen Verwaltung, namentlich im Landesinneren, taten ein übriges. Allgemein begann man sich nach dem Sinn der Unabhängigkeit zu fragen. Das von der denkbar breitesten Öffentlichkeit herbeigesehnte Arrangement mit Frankreich blieb aus. Statt dessen knüpfte das Regime immer engere Beziehungen zu den wenig beliebten sozialistischen Ländern. Am 1. März 1960 verließ Guinea mit Eklat die Franc-Zone. Panik breitete sich aus. Die Kommunikation mit der Welt, mit den Nachbarländern, war unterbrochen. Die gefürchtete Isolierung war da. Händler, Intellektuelle, ganze Dörfer suchten ihr Heil in der Emigration.

Jenseits der Grenzen zum Senegal und zur Elfenbeinküste entstanden binnen weniger Wochen regelrechte Kolonien guineischer Flüchtlinge. Im konspirativen Verein mit den Foulah-Notabeln waren sie entschlossen, zum Sturz des P.D.G.-Regimes im Fouta Djallon Ende April 1960 einen Aufstand anzuzetteln. Waffenlager wurden angelegt und Macquisarden ausgebildet. Hunderte von Guineern, soben aus der französischen Armee entlassen, stießen zu den Insurgenten. Erste Akte von Subversion und Waffenschmuggel wurden bekannt. Schon im November und Dezember 1959

¹⁰⁾ A. S. Touré, *Le Pouvoir Populaire*, Bd. XVI (2), Conakry 1968, S. 5 ff. („Les Groupements Ethniques, le Parti et la Question Nationale“).

¹¹⁾ A. S. Touré, *La Révolution Guinéenne et le Progrès Social*, Bd. VI, Conakry 1962, S. 32 („De l'action subversive au Complot armé“).

hatten geheimnisvolle Emissäre in Conakry, Kankan und Gueckédou mit der Behauptung, die P.D.G. sei atheistisch, versucht, Moslems und Christen gegen das Regime aufzuwiegeln.

Die Regierungen Frankreichs und der Elfenbeinküste verfolgten diese Entwicklung, wie sich denken läßt, nicht ohne Genugtuung. Der französische Geheimdienst, an den sich die Verschwörer um Hilfe wandten, traf die in solchen Fällen üblichen Vorkehrungen. Insofern hatte Sékou Touré recht, als er auf seiner Pressekonferenz vom 20. April 1960 behauptete, das „konterrevolutionäre Netz“ im Inneren des Landes hätte „im Zusammenspiel mit gaullistischen Organisationen außerhalb des Landes“ gehandelt. Französische Garnisonen auf senegalesischem und ivorischem Territorium dienten als Stützpunkte für die gegen Guinea gerichtete Subversionstätigkeit.

Der zweite Teil seiner Behauptung allerdings, wonach der damalige französische Generalkonsul in Conakry (Antoine Dargent) die Verschwörung mit 15 Mrd. CFA-Franken finanziert haben soll, kann nur mit Vorbehalt wiedergegeben werden¹²⁾. Das gleiche gilt für die sogenannte „Rossignol-Affaire“¹³⁾.

Gleichzeitig mit den oppositionellen Kräften im Ausland hatten sich erstmals auch Sékou Tourés Gegner im Inneren formiert. Sie bildeten das sogenannte „Comité pour la Défense des libertés démocratiques en Guinée“ und sollen die Gründung einer Oppositionspartei geplant haben. Als Rädelsführer wurde ein Libanese genannt (Chaoul Saib), der sich jedoch vor der Gerichtsverhandlung in seiner Zelle erhängte. Das Revolutionsgericht (damals noch „Tribunal Populaire“), welches die Verschwörer im Mai 1960 aburteilte (18 Todes-, 23 Zuchthausurteile), machte keinen Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen. Ihm schien ihr Zusammenwirken erwiesen. Aber alles spricht dafür, daß in Wahrheit keine Verbindung zwischen den beiden Oppositionszentren bestanden hat. Auch ihre Ziele dürften unterschiedlicher Natur gewesen sein.

¹²⁾ So auch S. Chaffard, *Les Carnets Secrets de la Décolonisation*, Bd. II, Paris 1967, S. 241 ff.

¹³⁾ Im April 1960 forderte ein Schwarzsender mit wechselndem Standort die guineische Bevölkerung zur Erhebung gegen das Regime auf. Der französische Apotheker Rossignol in Conakry geriet zusammen mit seinen beiden europäischen Angestellten Claude Bachelard und Francis Fritschi in den Verdacht, diesen Schwarzsender zu betreiben. Bachelard konnte sich der Verhaftung durch die Flucht mit einem Rossignol gehörenden Sportflugzeug in letzter Minute entziehen. Die anderen beiden wurden am 10. Mai 1960 vom „Tribunal Populaire“ zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Rossignol zu 25, Fritschi zu 5 Jahren Zwangsarbeit. Fritschi kam Ende 1961, Rossignol am 1. April 1962 wieder frei.

Während für die äußere Opposition außer Zweifel steht, daß sie den Sturz Sékou Tourés plante, ist bis heute unklar, ob auch die innere Opposition des Jahres 1960, die sich aus Partei- und Staatsfunktionären zusammensetzte und wahrscheinlich kaum organisiert war, das Regime stürzen oder nur zu einer Modifizierung seiner Politik drängen wollte.

Sékou Tourés eigene Einschätzung auf der Konferenz von Kissidougou (November 1960) spricht für letzteres. Er rechnete nämlich vor allem mit jenen ab, die dem *revolutionären Vorgehen* ein *evolutionäres* vorgezogen und andauernd zur Mäßigung geraten hätten, „um die revolutionäre Aktion zu verlangsamen“. Das seien jene Leute, so fuhr er wörtlich fort, „die zwar mit unseren Zielen, nicht aber mit unseren Methoden übereinstimmen. Sie bleiben auf der progressistischen Linie, aber sie säen durch ihr politisches und soziales Verhalten täglich aufs neue Zwietracht und Unzufriedenheit im Lande und in der Partei“¹⁴). An zweiter Stelle nannte er die Reaktionen und Gerüchtemacher, die alles daran gesetzt hätten, Partei und Regierung in Mißkredit zu bringen. Und erst auf dem dritten Platz dieser Rangordnung plazierte er die Aufstandsplaner im Fouta-Djallon.

Weder die einen noch die anderen kamen zum Zuge. Wie immer führte Sékou Touré einen Präventivschlag. Mitte April 1960, etwa 14 Tage vor der geplanten Erhebung im Fouta, ließ er, angeblich alarmiert „durch das Verhalten mancher Leute, durch die Umtriebe gewisser Individuen im Leben dieser oder jener Sektion, durch gewisse Irrlehren“ (A.S. Touré, a. a. O.), Dutzende von Angehörigen der „inneren Opposition“ verhaften.

Erst jetzt, beim Verhör dieser Männer, kamen die Sicherheitsorgane den Plänen der äußeren Opposition auf die Spur. Das Ganze verdichtete sich für den guineischen Geheimdienst zu einem Komplott zwischen den inneren und den äußeren Feinden Sékou Tourés, zur „Verschwörung der Imperialisten mit ihren guineischen Helfershelfern“.

Schon damals ein Meister des Bluffs, legte Sékou Touré seine Enthüllungen vor der Presse und der Bevölkerung (19./20. April 1960) so an, daß sie den Eindruck erwecken mußten, als seien die Namen sämtlicher Beteiligten innerhalb und außerhalb des Landes bekannt und ihre Entlarvung bzw. Verhaftung nur noch eine Frage von Stunden. Dieser Bluff verfehlte seine Wirkung nicht. Die Insurgenten im Fouta Djallon, überzeugt, sie seien verraten, ließen ihre Waffen im Stich und flohen,

¹⁴) A. S. Touré, a. a. O., S. 29 ff.

sei es ins Ausland, sei es in unwegsame Gegenden. Manche stellten sich, in völliger Konfusion, sogar den Behörden.

Das „Tribunal Populaire“, dessen Mitgliedern Sékou Touré bescheinigte, sie hätten sich bei dieser Gelegenheit als „dignes magistrats de la Nation“ erwiesen, unterschied die konterrevolutionären Elemente in zwei Kategorien: 1. in bewußte Verbrecher, 2. in unbewußte Agenten der konterrevolutionären Aktion. Gegen die ersteren wurden als Ausdruck einer „fermeté exemplaire“ Strafen verhängt, die so drakonisch waren, daß das Regime es für ratsam hielt, sie nachträglich von den Parteiorganisationen gutheißen zu lassen¹⁵). Die Urteilsbegründungen stellen die Teilnahme an einer Verschwörung zur Auslösung eines Bürgerkriegs in den Vordergrund. Nach erprobtem Vorbild bemühte sich das Regime, den politischen Widerstand als kriminelles Delikt erscheinen zu lassen, als verbrecherischen Anschlag nicht auf die Revolution, sondern — schlimmer — auf die kaum erworbene Unabhängigkeit, auf die Einheit und Sicherheit der ganzen Nation. In Wirklichkeit galt aber das Komplott sehr wohl der Revolution und ihren Errungenschaften. In Wirklichkeit handelte es sich um eine „Tschistka“, eine erste Säuberung, zu der die Kritik von innen eher als die Gefahr von außen den willkommenen Anlaß bot. Knapp zwei Wochen vor den ersten Verhaftungen hatte Sékou Touré auf der Kaderkonferenz von Kankan seine Gegner gewarnt. Der Wille gewisser Kreise, so sagte er, die guineische Unabhängigkeit zum Scheitern zu bringen, sei ungebrochen. Doch sei der Gegner von der bewaffneten Aktion übergegangen zu einer „nicht länger offenen, sondern hinfirt heimlichen und dadurch um so gefährlicheren Aktion, als dies die Anwendung viel subtilerer und schwerer aufzudeckender Mittel ermöglicht“¹⁶).

Als derart subtile Formen des imperialistischen Komplotts zählte er auf:

1. die „Demobilisierung des politischen Bewußtseins“. Darunter verstand er die weitverbreitete Einstellung, daß mit der Erlangung der Unabhängigkeit jeder politische Kampf vorüber sei, und das daraus folgende Nachlassen der revolutionären Wachsamkeit;
2. den Versuch, die laizistische Natur des Staates in Frage zu stellen. Darunter verstand Sékou Touré das Aufbegehren der Moslem-Mehrheit gegen die als atheistisch mißverstan-

¹⁵) A. S. Touré, a. a. O., S. 41 ff.

¹⁶) S. Touré, La Planification Economique, Bd. V, Conakry 1960, S. 53 ff. („La Vigilance révolutionnaire“).

denen Eingriffe des Staates in das soziale Leben (Verstaatlichung der privaten Bekenntnisschulen, Frauenemanzipation);

3. die Zersetzung der Parteiorganisation und die daraus resultierenden Verstöße gegen den Geist des demokratischen Zentralismus, die Entartung der Parteikomitees zu Herden der Zwietracht, der Unzufriedenheit und der Initiativlosigkeit;

4. die destruktive Besserwisseri der „faux théoriciens de la Révolution“. Darunter verstand Sékou Touré die bereits erwähnte Kritik an den Methoden des Regimes.

Diese Äußerungen des Präsidenten beweisen im Grunde etwas Ungeheuerliches, nämlich daß dieses sogenannte erste Komplott eher eine Verschwörung des Regimes gegen seine Kritiker als umgekehrt gewesen ist.

IV. Das zweite Komplott (November 1961)

Die Gruppe der marxistischen Kritiker im Vorstand der Lehrgewerkschaft

Bis zur III. Nationalen Kaderkonferenz der P. D. G. (Kankan, 14. — 18. August 1961) konnte das Regime annehmen, Opposition, d. h. *Konterrevolution*, werde ausschließlich von feudalistisch-bürgerlichen, d. h. also von rechten Elementen ausgehen, die, wegen ihrer reaktionären Bezüge, unpopulär und daher leicht zu liquidieren seien.

Aber bereits der Verlauf dieser III. Kaderkonferenz, auf der die Partei mit ihrem neuen und, wie sie meinte, revolutionären Konzept für die künftige Gewerkschafts-, Lohn- und Schulpolitik auf erbitterten Widerstand stieß¹⁷⁾, vermittelte dem Regime die Erkenntnis, daß sich zu seiner Linken eine zweite Oppositionsfront gebildet hatte.

Es war dies eine Gruppe marxistisch geschulter Gewerkschaftsfunktionäre (sämtlich Lehrer) mit großer Resonanz in der Partei und im Volk, denen sich der ehemalige B.A.G.-Führer, Keita Koumandian, angeschlossen hatte.

Angeblich unter Anleitung durch die sowjetische Botschaft¹⁸⁾ setzten diese Männer dem Avantgarde-Anspruch der P. D. G. den der „Arbeiterklasse“, dem Gewerkschaftsbegriff

¹⁷⁾ A. S. Touré, *La Révolution Guinéenne et le Progrès Social*, Bd. VI (Sonderausgabe), Conakry 1962, S. 266 ff.

¹⁸⁾ Das Komplott vom November 1961 führte zu einer Krise in den sowjetisch-guineischen Beziehungen. Die Regierung in Conakry hielt für erwiesen, daß der sowjetische Botschafter Solod die marxistischen Oppositionellen mit Rat und Tat unterstützt hatte und erzwang seine Abberufung.

Der Begriff der Konterrevolution ist derart weit gefaßt, daß er erlaubt, schon Handlungen als „Komplott“ zu verfolgen, die noch weit im Vorfeld jeder ernsthaften Bedrohung des progressistischen Staates liegen. Die Kategorie der „unbewußten“ Agenten der Konterrevolution (s. o.) ist symptomatisch. Das politische Strafrecht des progressistischen Entwicklungsstaates ist in hohem Maße *Gesinnungsstrafrecht*. Man mag einwenden, daß er, wegen seiner Verwendbarkeit, ohne ein derartiges „Frühwarnsystem“ nicht auskommen kann. Aber der Sache des Sozialismus in der Welt wird damit ein Bärendienst erwiesen, und das von einem Regime, das immer wieder behauptet, sich nicht mit den Argumenten der Macht, sondern mit der Macht der Argumente durchsetzen zu wollen.

der P. D. G. den des „syndicalisme révolutionnaire“ entgegen. Denn sie hatten vom Wesen des progressistischen Entwicklungsstaates und von der Rolle der Arbeiterschaft in der afrikanischen Revolution eine wesentlich radikalere Auffassung als Sékou Touré. Darüber hinaus verlangten sie die Aufgabe der Blockfreiheit zugunsten eines eindeutigen Anschlusses an das sozialistische Lager.

Die Partei versuchte zunächst, sie als „quelques éléments déviationnistes et démagogues“ zu bagatellisieren und war geneigt, sie für ungefährlich zu halten, hatten sie doch in den Redeschlachten der III. Kaderkonferenz stets den kürzeren gezogen¹⁹⁾.

Dennoch hielt es Sékou Touré, dem gerade der Lenin-Friedenspreis verliehen worden war, argwöhnisch wie immer, für ratsam, alle Auslandsreisen abzusagen und sich für eine eventuelle Auseinandersetzung mit dem linken Flügel seiner Partei zu wappnen, ja, sie zu suchen. Sie entzündete sich dann auch — vor dem düsteren Hintergrund der immer schlechter werdenden Wirtschaftslage — an einer Denkschrift, mit der der Vorstand der guineischen Lehrgewerkschaft am 3. November 1961 gegen die im August beschlossene Kürzung der Lehrgelöhner protestierte. Im Zuge ihrer Austeritätspolitik hatte die Regierung

¹⁹⁾ Rede Sékou Tourés in C.N.T.G., *Première Conférence Nationale*, Conakry, les 16, 17 et 18 nov. 1961, *Rapport Général de Doctrine et d'Orientation*, Casablanca 1962, S. 16 ff.

sich nämlich genötigt gesehen, allen Beamten (nicht nur den Lehrern) Sonderzulagen zu entziehen, die noch aus der Kolonialzeit stammen.

Diese Denkschrift wurde unter Umgehung des C.N.T.G.-Vorstands nicht nur den Regierungs- und Parteidienststellen im Lande, sondern auch ausländischen Interessenten zugeleitet. Außerdem enthielt sie Behauptungen, die ihre Verfasser auf das schwerste kompromittierten, so z. B. diese: „... das in Guinea seit der Unabhängigkeit herrschende Regime feigt die sozialen Errungenschaften hinweg...“.

Darin erblickte die Gruppe um Sékou Touré ein in diesem Augenblick äußerst willkommenes Zeichen für „parteifeindliches und konterrevolutionäres Verhalten“ und zitierte die Verfasser kurzerhand als „Agenten des Kolonialismus“ am 19. November 1961 vor den Obersten Gerichtshof. Dieser sprach noch am gleichen Tage das drakonische Urteil: Ray Autra und Keita Koumandian je zehn Jahre, Djibril Tamsir Niane, Bah Ibrahima Caba und Seck Bahi je fünf Jahre Zwangsarbeit.

Mit Ray Autra und Niane waren die wichtigsten Wortführer der marxistischen Kritik und mit Keita Koumandian ein prominenter Wortführer der Traditionalisten (ehemaliger Vorsitzender des B. A. G.) ausgeschaltet. Eine alte Rechnung schien beglichen. Die Hoffnung des Regimes, den Ausbruch eines offenen Konflikts dadurch abgewendet zu haben, erfüllte sich jedoch nicht. Im Gegenteil: spontan kam es in allen größeren Städten des Landes zu Sympathiekundgebungen für die Verurteilten.

In Labé schoß das Militär auf Demonstranten. Es gab Tote und Verwundete. In Conakry gingen die Oberschüler auf die Straße. Am 24. November organisierten sie einen Protestmarsch auf das Wohnviertel der Regierungsprominenz und die Kaserne der „Garde Républicaine“, in dessen Verlauf sie Geiseln festnahmen und vereinzelt auch Molotow-Cocktails mit sich führten. Mit Sprechchören, Plakaten und Handzetteln forderten sie die Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsführer („Befreit unsere Helden“) und machten sich deren kritische Thesen zu eigen²⁰⁾.

Das Regime sah wieder Zusammenhänge, wo eigentlich gar keine bestanden. Es leugnete den spontanen Charakter der Demonstration, bewertete sie als eine „bewaffnete Fortsetzung des Komplotts vom April 1960“ und ließ sie durch ein Aufgebot von einigen tausend

²⁰⁾ „Freiheit für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen“ — „Nieder mit der Reform“ — „Neutralität zwischen Ost und West unmöglich“ — „Entscheidung für den einen oder den anderen Block unbedingt nötig“.

Angehörigen der Staatlichen Jugendorganisation J.-R. D. A. gewaltsam zerstreuen. Auch hierbei gab es Tote und Verwundete. Die Verantwortung dafür wurde den zu diesem Zeitpunkt längst inhaftierten Führern der Lehrgewerkschaft aufgebürdet, so als habe es sich bei diesen Zwischenfällen just um jene Unruhen gehandelt, die — nach dem Wortlaut der Anklage — sie zum Sturz des Regimes von langer Hand vorbereitet hatten.

Bei dieser Einschätzung konnte sich die Partei auf zum Teil sehr belastendes Material berufen, das bei Djibril Tamsir Niane, dem „Theoretiker“ der Gruppe, beschlagnahmt worden war²¹⁾. Danach hatte die marxistische Gruppe im Vorstand der Lehrgewerkschaft beabsichtigt, innerhalb der P. D. G. eine geheime Organisation aufzubauen, die über ein Koordinationssekretariat in Conakry und Ausschüsse in allen größeren Städten verfügen sollte. Ein „service de liaison“ aus besonders zuverlässigen Gewährsleuten sollte für Kommunikation und eine monatliche Untergrundpresse für Information sorgen. Nach meiner persönlichen Kenntnis sowohl der Dokumente als auch ihres Verfassers sollte diese Organisation jedoch weniger der Zersetzung als der Erneuerung der P. D. G. dienen.

Der Kreis um den 1965 rehabilitierten Niane²²⁾ — „pervertierte Intellektuelle“ hatte Sékou Touré sie damals genannt — war von tiefer Sorge um das Schicksal der Revolution erfüllt. Die Politik des Pragmatikers Sékou Touré erschien ihnen „pseudo-revolutionär“ und die Partei, nach zwei Jahren Mißwirtschaft, unfähig, das Land zu regieren. Ihre eigene Aufgabe umschrieben sie so: „Unsere Rolle besteht nicht darin, das Regime in dem einen oder anderen Teilaspekt zu kritisieren. Unsere Kritik muß den Problemen in ihrer Gesamtheit gelten, um die Widersprüche aufzudecken, die das Regime als nicht lebensfähig ausweisen.“

Die Furcht, so hieß es in Nianes Aufzeichnungen, sei „die einzige ideologische Waffe“ der Partei: „Es ist dieser Mythos der Furcht, der in der Tat das größte Hindernis für ein wirksames Vorgehen gegen die P. D. G. darstellt.“

Den Gewerkschaftsverband C. N. T. G. hatte Niane zum Hebel der Kritik und der Erneuerung ausersehen. Die Anklage erkannte darin die Absicht, „sich des Gewerkschaftsapparats zu bemächtigen“. Am Anfang der geplanten Aktion hatte eine soziale und wirtschaftliche Bestandsaufnahme stattfinden sollen. Denn, so hieß es in den bei Niane sichergestellten Do-

²¹⁾ Bericht des B.P.N. an die IV. Kaderkonferenz der P.D.G., Conakry, 25./26. Dezember 1961.

²²⁾ Seit 1967 Prof. ... am Institut Polytechnique in Conakry.

kumenten: „Wenn es uns innerhalb von zwei Jahren unmöglich gewesen ist, etwas, und sei es noch so wenig, Konkretes zu tun, dann, Kameraden, hat es daran gelegen, daß wir weder ein Programm noch präzise Aufgaben hatten. Eine unvollkommene Kenntnis der politischen und sozialen Situation des Landes hat uns daran gehindert, klar zu sehen, und so ist es geschehen, daß wir nichts auszurichten vermochten.“

Seiner ganzen Natur nach konnte das Regime darin nichts anderes als Hochverrat erblicken. Ungefestigt wie es war und arm an echten Erfolgen, mußte ihm die Kritik Nianes als eine sehr ernste Bedrohung erscheinen. Daß sich Niane und seine Gesinnungsgenossen bei ihrem Urteil über die P. D. G. auf die Lehren des Marxismus-Leninismus beriefen²³⁾ und damit sogar die Unterstützung der sowjetischen und französischen Kommunisten fanden²⁴⁾, war doppelt alarmierend: denn dieser Sachverhalt lehrte, daß diesmal nicht die Revolution und der Sozialismus als solche in Frage gestellt waren, sondern die Macht. Der Regierung Sékou Touré wurde sowohl die revolutionäre Gesinnung als auch die Fähigkeit zum Regieren abgesprochen: „Die nur allzu offenkundige Erfahrung zweier Jahre pseudo-revolutionärer Politik zeigt deutlich, daß die P. D. G. keinen Anspruch hat, das Land zu regieren.“

Das „revolutionäre Komplott“²⁵⁾ Nianes und seiner Freunde war also nicht gegen die Revolution gerichtet, sondern gegen die herrschende Gruppe. Daß diese nicht nur mit politischer Strafjustiz reagierte, sondern sich auch die Mühe machte, nach Gegenargumenten zu suchen, zeigt, wie ernst die Situation gewesen sein muß. Vor allem galt es, zwei Behauptungen zu entkräften: 1. die Avantgarderolle in der afrikanischen Revolution komme der Arbeiterklasse zu (nicht der Partei als Unabhängigkeitsbewegung), 2. das P. D. G.-Regime habe sich als unfähig erwiesen.

Die guineische Arbeiterklasse, so erklärte Sékou Touré in seiner bereits zitierten Rede anlässlich der I. C. N. T. G.-Nationalkonferenz, sei nur „une infime partie de la population“ (kaum 5 %) und die Unabhängigkeit nicht ihr Werk, sondern das der von der Partei geführ-

ten Volksgesamtheit. Im Lichte dieser „vérité historique“ komme die Avantgarderolle der P. D. G. zu, die selber eine revolutionäre Bewegung sei: „Einer der obersten Grundsätze des Marxismus ist der, daß die Avantgarderolle in einem Lande, in dem es eine aus dem Volke hervorgegangene revolutionäre Bewegung gibt, eben dieser Bewegung zukommt.“ Die P. D. G. allein sei in der Lage, sämtliche sozialen Schichten der Nation zu einen, was als *conditio sine qua non* für das Gelingen der Revolution zu gelten habe. Es sei daher erforderlich, die strikte „subordination de l'action syndicale à la conception politique“ zu wahren. Hier begann jene Kampagne, die endlich, im Januar 1969, zur regelrechten Eingliederung des guineischen Gewerkschaftsverbandes in die Partei geführt hat. Alles andere, so erklärte Sékou Touré schon damals, sei Anarcho-Syndikalismus bzw. Sektierertum, darauf gerichtet, die guineischen Arbeiter vom guineischen Volk zu trennen („dissocier les travailleurs guinéens du Peuple de Guinée“).

In der Rückschau wird man sagen müssen, dieses Urteil war historisch richtig. Durch die in den sozialistischen Ländern entwickelte Theorie vom „Staat der Nationalen Demokratie“ wurde es nachträglich bestätigt²⁶⁾. Der Aufbau einer Nationalen Front, einer Massenbewegung gegen Neo-Kolonialismus und Imperialismus von außen sowie gegen ihre Verbündeten und Folgeerscheinungen im Inneren, ist im Konzept der globalen Auseinandersetzung mit den Weltmächten von gestern ein unüberspringbares Zwischenstadium, in dem die Gewerkschaften andere Aufgaben zu erfüllen haben als in den Industrieländern. Selbst, so Sékou Touré (a. a. O.), der Begriff „Arbeiterklasse“ ist in den Entwicklungsländern wesentlich weiter zu fassen: „Der Ausdruck ‚Arbeiterklasse‘ umfaßt, in den unterentwickelten Ländern, die Gesamtheit der arbeitenden Massen, der Produktionskräfte; unter diesen bilden die Lohnarbeiter eine relativ privilegierte minoritäre Kategorie...“²⁷⁾

So gesehen, offenbarten die Pläne Nianes tatsächlich eine „attitude particulariste, anti-parti et contrerévolutionnaire“ auf Seiten der guineischen Lehrgewerkschaft. Schon im August 1961 hatte Sékou Touré warnend darauf hingewiesen, daß ein Vorgehen der Gewerkschaften gegen das „régime essentiellement populaire et progressiste“ der P. D. G. als reaktionär gewertet werden müsse, als „volksfeindliche Aktion, die keinen anderen Zweck

²³⁾ Sékou Touré vor der IV. Kaderkonferenz: „Die geheime Organisation, die vorgibt, sich auf den Marxismus-Leninismus zu berufen, treibt den Zynismus bis zu der Behauptung, sie sei eine geheime Partei mit Zielen, die denen der P. D. G. fundamental entgegengesetzt sind.“

²⁴⁾ Siehe hierzu François Mitterrand: Sékou Touré, in „Express“ vom 25. Januar 1962.

²⁵⁾ B. Ameillon, La Guinée, bilan d'une indépendance, Paris 1964, S. 179 ff.

²⁶⁾ R. Löwenthal u. a., Entwicklungsländer zwischen nationaler und kommunistischer Revolution, Hannover 1965, S. 9 ff.

²⁷⁾ A. S. Touré, La Révolution Guinéenne et le Progrès Social, Bd. VI, Conakry 1962, S. 335 f.

haben könnte, als das Regime zu schwächen und zu stürzen“²⁸⁾

Schon deshalb konnten Niane und seine Gesinnungsgenossen mit keinerlei Nachsicht rechnen. Aber vollends aussichtslos wurde ihre Lage durch die harte Kritik, die sie an den Leistungen des Regimes geübt hatten. Auf das äußerste gereizt, setzte Sékou Touré dieser Kritik einen langen Katalog von Errungenschaften entgegen, die aber alle den Nachteil hatten, sich auf die Lebensverhältnisse in Guinea vorerst eher negativ als positiv auszuwirken. Doch wie in allen Staatskrisen vorher und nachher, so zeigte sich auch diesmal, daß die Kritiker des Regimes keine Gefolgschaft hatten. Wie in allen Systemen, in denen die immanenten Konflikte nicht offen ausgetragen werden können, so trat auch hier nach der Inhaftierung der Aufbegehrenden wieder Ruhe ein.

In der an sich nebensächlichen Gehaltsfrage, an der sich die Krise entzündet hatte, gab die Regierung nach. Die Arbeiterklasse, als deren Repräsentanten Niane und seine Freunde aufgetreten waren, verwies Sékou Touré auf die Zukunft: „Die Arbeiterklasse Guineas, reich durch die Kämpfe der Vergangenheit, ist als Folge der historischen Entwicklung unseres Landes aufgerufen, die für das Schicksal der Nation verantwortliche Klasse zu werden. Aber diese Rolle wird ihr solange nicht zuerkannt werden, als wir noch unter den Übeln der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unterentwicklung zu leiden haben...“²⁹⁾ Mit anderen Worten: solange das Stadium der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unterentwicklung anhält, wird die Revolution nicht von einer Klasse, sondern vom ganzen Volk zu tragen sein.

Der Klassenkampf jedoch, als Mittel zur Austragung gesellschaftlicher Gegensätze 1961 in der Auseinandersetzung mit Niane noch verneint, wird 1967 als „une réalité universelle et une nécessité historique“ bejaht. Die Fiktion von der nationalen und sozialen Einheit der guineischen Gesellschaft, 1961 gegen Niane so erbittert verteidigt, wird wenige Jahre später aufgegeben. Der unbestreitbare Nutzen, den sie gebracht hat, gibt Sékou Touré recht und setzt seine linken Kritiker ins Unrecht. Denn mit ihrer Hilfe ist es tatsächlich gelungen, den gordischen Knoten aus Tribalismus, Hegionalismus, religiösem Mystizismus, Fetischismus, Kasten- und Klassegeist weitgehend zugunsten eines Gefühls der nationalen Zusammengehörigkeit aufzulösen³⁰⁾. Die 1967 zutage tretende Klassenstruktur der guineischen Nation ist nicht so sehr sozialer als vielmehr ideologischer Natur. Auf der einen Seite stehen die Arbeiterklasse, die ländlichen Massen und die fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums, auf der anderen Seite der Barrikade das reaktionäre Kleinbürgertum in Bürokratie, Militär und Handel.

Ein zweiter Umsturzversuch von links, lange Zeit für möglich gehalten, ist ausgeblieben. Die zunehmende Bedrohung von rechts, das Schicksal anderer progressistischer Regime in Afrika und nicht zuletzt die Analyse der gegenwärtigen Situation des internationalen Klassenkampfes haben die marxistischen Kräfte Guineas veranlaßt, um den Preis einer Radikalisierung der Revolution, bis auf weiteres das P.D.G.-Regime Sékou Tourés zu unterstützen. Denn: „Keine soziale Schicht, keine Gruppe von Arbeitern, keine Kategorie von Proletariern kann von sich behaupten, revolutionärer zu sein als das Volk...“³¹⁾

V. Der „Coup d'Arret“ vom 8. November 1964

Die erste Auseinandersetzung mit dem nationalen Kleinbürgertum Das guineische Loi-Cadre

Der nach den November-Ereignissen des Jahres 1961 entschiedener denn je beschrittene „nicht-kapitalistische Weg“ führte das Land rasch in die totale Wirtschafts- und Wirtschaftskrise.

Weder die Öffnung Guineas für ausländische Privatinvestitionen³²⁾ noch der überraschende Geldumtausch vom 1. März 1963, weder die

endliche Aussöhnung mit Frankreich³³⁾ noch der Geist von Addis Abeba³⁴⁾ konnten den rapiden Verfall von Warenangebot und Kaufkraft, von Staatsautorität und Bürgertugend zum Stillstand bringen. Im Gegenteil: diese Er-

²⁸⁾ Ebenda, S. 337 ff.

²⁹⁾ Rede S. Tourés in C.N.T.G., Première Conférence Nationale, Conakry, les 16, 17 et 18 novembre 1964, Casablanca 1962, S. 23 ff.

³⁰⁾ A. S. Touré, Vingtième Anniversaire et Huitième Congrès du P.D.G., Bd. XVI (1), Conakry 1967, S. 21 ff.

³¹⁾ A. S. Touré, La Révolution Guinéenne et le Progrès Social, Bd. VI, Conakry 1962, S. 339 ff.

³²⁾ Code des investissements vom 5. April 1962.

³³⁾ Pariser Abkommen, Mai 1963.

³⁴⁾ Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit, Mai 1963.

eignisse beschleunigten den Prozeß der Zersetzung, ermutigten die konterrevolutionären Kräfte, bestärkten die öffentliche Meinung in ihrem Verlangen nach baldiger Bekehrung des Regimes zu liberalerer Wirtschaftspolitik. — Die Kaffeerzeugung, 1958 bei 11 500 t, war im Jahre 1963 auf knapp 7 000 t gesunken; der Bananenexport, der 1958 die Rekordmarge von 81 500 t erreicht hatte, blieb 1963 unter 50 000 t. Die wichtigsten Einnahmequellen des Staates drohten zu versiegen. Das Regime verstärkte die Repression.

Dennoch vermochte sich eine bis dahin latente Klasse von Konterrevolutionären zu aktivieren³⁵⁾, weniger erpicht auf den Untergang des Regimes, als vielmehr auf die Konservierung seiner Schwächen und deren parasitäre Ausnutzung in Gestalt von illegalen Handelsspannen, von sittenwidrigen Gewinnen aus Schwarzmarkt und Schmuggel, aus Korruption und Preistreiberei.

Dem Regime, zwar am Ende seiner Kunst, aber bei vollem Bewußtsein der „manœuvres réactionnaires de la nouvelle classe bourgeoise mercantile qui s'oppose au régime“³⁶⁾, blieb nichts weiter übrig, als widerstrebend einen vielfach mißverstandenen taktischen Rückzug anzutreten, das staatliche Handelsmonopol weitgehend aufzuheben, den Privathandel zu rehabilitieren, die 1960 verstaatlichten Diamantschürfrechte zu reprivatilisieren und das kapitalistische Gewinnstreben der Händler und handeltreibenden Beamten zu legalisieren³⁷⁾, gleichzeitig aber das Volk zu erhöhter „revolutionärer Wachsamkeit“ aufzurufen.

Die Partei glaubte, durch eine solche Politik den Konflikt zwischen dem progressistischen Staat und den ihrer Mentalität nach konterrevolutionären Händlerkreisen wenigstens zeitweise entschärfen zu können. Doch sie hatte sich getäuscht. Schon ein Jahr später war das Regime konfrontiert mit „politischen und wirtschaftlichen Realitäten, die dem revolutio-

nären Wesen der P.D.G. zuwiderliefen. Eine dem kapitalistischen System, der bürgerlichen Lebensweise und bürokratischen Praktiken wohlwollende Schicht handelte immer offener und im Widerspruch mit den Interessen der werktätigen Massen“³⁸⁾.

Diese unverbesserliche reaktionäre Schicht war drauf und dran, die Grundfesten der Revolution, d. h. die Entscheidung für den nichtkapitalistischen Weg und eine eigene Währung durch Korruption, Opportunismus, Lüge, Subversion, Regionalismus und „mystification religieuse“ zum Einsturz zu bringen. Aufs höchste alarmiert, sah die Partei die Errungenschaften der Revolution akut gefährdet durch eine „categorie de profiteurs malhonnêtes de la révolution“. Die Bevölkerung nahm mehr und mehr eine abwartende Haltung ein. Der Staatsapparat begann, deutliche Spuren von Desorganisation zu zeigen. „La marche normale de l'Histoire de notre Peuple vers ses nobles objectifs d'émancipation totale“³⁹⁾ drohte eine falsche Richtung einzuschlagen. Der Versuch, durch teilweise Rückkehr zur Privatwirtschaft sowohl die sozialen und politischen Gegensätze auszugleichen als auch den Lebensstandard des Mannes auf der Straße zu verbessern, mußte als gescheitert angesehen werden.

Denn statt im Bewußtsein erhöher staatsbürgerlicher Verantwortung zu handeln, hatten die Händler das Entgegenkommen des Regimes als einen Freibrief zu noch hemmungsloserer Betätigung ihrer Profitgier aufgefaßt und infolgedessen die Wirtschaftslage Guineas nicht gebessert, sondern vollends ruiniert.

Das Regime stand vor einer folgenschweren Alternative: entweder vor der einheimischen Bourgeoisie zu kapitulieren, deren unverhohlenes Ziel es war, die Wirtschaft restlos zu reprivatilisieren und durch Wiedereintritt in die Franc-Zone zur Konvertierbarkeit der guineischen Währung zurückzukehren, d. h. die nationale Unabhängigkeit weitgehend wieder aufzugeben, oder — nach repressiver Bereinigung der Situation — den nichtkapitalistischen Weg fortzusetzen, „den harten und langen Weg, der jedoch allein in der Lage ist, die Unabhängigkeit zu konsolidieren und in die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eine Bresche zu schlagen“⁴⁰⁾. Schon Mitte des Jahres war abzusehen, daß das Regime sich für das letztere, für die repressive Radikalisierung der Revolution entscheiden würde.

³⁵⁾ „Man weiß, daß unter dem Kolonialregime der Tendenz zur Entstehung einer Kleinbürgerklasse entgegengewirkt wurde. Dennoch gab es eine kleinbürgerliche Schicht mit latentem Klassencharakter...“ (A. S. Touré, Bd. XVI [1], S. 42).

³⁶⁾ Zitat in B. Ameillon, La Guinée, bilan d'une indépendance, Paris 1964, S. 187.

³⁷⁾ Wenige Wochen vorher, auf der Septembertagung des Nationalen Revolutionsrates in Conakry, wies das Regime den Gedanken an ein solches Manöver noch weit von sich. Sékou Touré rief zu erhöhter Wachsamkeit auf, zum Einsatz aller staatlichen Machtmittel gegen „trafic frauduleux, contrebande et malhonnété“, gegen die allgemeine „psychose de facilité et d'inconscience“, gegen die „activités parasitaires“ etc. (siehe HOROYA Nr. 506 vom 15. September 1964).

³⁸⁾ A. S. Touré, Vingtième Anniversaire et Huitième Congrès, Bd. XVI (1), Conakry 1967, S. 40 ff.

³⁹⁾ Ebenda.

⁴⁰⁾ J. Suret-Canale, La Guinée face à son avenir, R.D.A.-Revue Nr. 4, April 1966, S. 83 ff.

Eine der mächtigsten Parteiorganisationen, die P.D.G.-Sektion Conakry I, forderte am 7. Juni 1964 die „Ausmerzungen des händlerischen Kapitalismus“ und einen „rascheren Ausbau des staatlichen Sektors“⁴¹⁾.

Am 8. November 1964 kam das Regime dieser Aufforderung in spektakulärer Weise nach. Auf einer eilig einberufenen Massenversammlung im Stadion von Conakry führte Sékou Touré den erwarteten, in seiner Härte aber überraschenden „coup d'arrêt“ gegen die faktische Alliance des Kleinbürgertums mit — wie es hieß — Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus.

Unter leidenschaftlichen Attacken gegen die „étrangleurs de notre liberté“, als deren Ziel er es bezeichnete, die guineische Wirtschaft zu erdrosseln und im Volke Unzufriedenheit zu säen, „um die Demokratie durch die Herrschaft des Geldes und der Verantwortungslosigkeit zu ersetzen“, verkündete er die 12 Punkte des legendären „Loi-Cadre de l'action militante du Parti Démocratique de Guinée“⁴²⁾. Zehn Tage später, am 19. November 1964, verabschiedeten Nationalversammlung und Nationaler Revolutionsrat in gemeinsamer Sitzung die Ausführungsvorschriften zu diesem „Brevier des ehrenhaften Kämpfers“.

Die Zeit der Reden und der Nachsicht sei vorüber, sagte Sékou Touré in seiner glänzenden, wenn auch jakobinerhaften Eröffnungsansprache. Die Linie der Partei werde von zahlreichen Funktionären mißachtet. Der Begriff der Freiheit sei ein Synonym für Anarchie geworden. An die Stelle des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins seien Egoismus und Individualismus getreten. Das Volk habe sich dem Dämon „Geld“ ergeben. Die guineische Demokratie sei ihres progressistischen Inhalts beraubt worden und nahe daran, in Demokratismus und Liberalismus zu entarten. Die Zentralisierung der Verwaltung habe das Nationalgefühl, den Patriotismus und den Kampfsgeist der Parteimitglieder untergraben. Die Dekonzentrierung der Staatsmacht habe es gewissen „feudalen Elementen“ und „Reaktionären oder nicht zu revolutionärer Moral und Aktion bekehrten alten Saboteuren“ ermöglicht, die Sache des Volkes zu kompromittieren, indem sie es im Namen der Partei und des Staates gewissenlos ausbeuteten. Das Verhältnis zahlreicher hoher Funktionäre zu den Massen sei daher durch Opportunismus, Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnet. Auf diese moralische Krise seiner Führer

antworte das Volk mit Konfusion und Demobilisierung.

Zum erstenmal in dieser Schärfe wurden die Beamten und Parteikader mit den Händlern auf eine Stufe gestellt. Das Loi-Cadre Sékou Tourés richtet sich gegen „eine aus dem Milieu der Händler und der Bürokratie hervorgegangene Kleinbürgerklasse ohne Skrupel“⁴³⁾. Die Totengräber der guineischen Wirtschaft, so fügte Sékou Touré hinzu, die Liquidatoren des Staates, die Demoralisatoren der öffentlichen Meinung „stammen aus den Kreisen der Händler und politischen wie Verwaltungsfunktionäre des Landes“.

Das Bild, das Sékou Touré von der Lage im Lande entwarf, war gewiß düster. Aber es entsprach der Wahrheit. In der Tat waren die Beamten und Parteifunktionäre immer zahlreicher geworden, „die sich dem Schmuggel und der Preistreiberei hingaben oder gute Kämpfer in Komplizen unserer Feinde verwandelten.“⁴⁴⁾ Aus den „Compagnons de l'Indépendance“ (höchster Ehrentitel in Guinea) waren vielfach „Compagnons de la Contre-révolution“ geworden.

Aber trotz furchterregender Drohungen („Das Loi-Cadre wird die Feinde des Volkes vernichten“) kam es zunächst weder zu Verhaftungen noch zu Parteiausschlußverfahren. Den großen Worten („Unsere Partei hat aufgehört, eine Zuflucht derjenigen zu sein, die aus ihr das Sprungbrett ihres Ehrgeizes machen wollten“) folgte die Tat nur zögernd.

Das Regime glaubte, sich auf die regulierende Wirkung des Loi-Cadre und seiner Durchführungsvorschriften verlassen zu können. An erster Stelle stand die *Reform der Wirtschaft*. Das Außenhandelsmonopol des Staates wurde in vollem Umfang wiederhergestellt. Sämtliche Konzessionen für den Privathandel wurden für ungültig erklärt und die Erteilung neuer Konzessionen von der Erfüllung schwieriger Voraussetzungen (Solvenz, Eignung, Berufsethos) abhängig gemacht, die Zahl der Händler drastisch verringert, der Warenverkauf außerhalb der behördlich genehmigten Geschäftslokale mit schweren Strafen bedroht und den Mitgliedern der Regierung sowie den Beamten und Angestellten des staatlichen Wirtschaftssektors jede direkte oder indirekte Ausübung einer privaten Erwerbstätigkeit bei Strafe untersagt.

Für Schmuggel von Waren und guineischer Währung wurde Gefängnis von fünf bis zehn Jahren sowie Vermögensbeschlagnahme angedroht, die Suche nach Diamanten wieder für

⁴¹⁾ J. Suret-Canale, a. a. O.

⁴²⁾ A. S. Touré, 8 novembre 1964, Conakry 1965, S. 21 ff.

⁴³⁾ A. S. Touré, 8 novembre 1964, Conakry 1965, S. 29 ff.

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 30.

illegal erklärt. Vorschriften ergingen zur Bekämpfung des Mietwuchers und der Wohnungsnot. Außerdem wurden die gefürchteten „Vermögenskontrollkommissionen“ ins Leben gerufen. Sie erhielten den Auftrag, die seit dem 28. September 1958 erworbenen Vermögen der Staats- und Parteifunktionäre sowie der Händler auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu konfiszieren. Einschneidende Vorschriften ergingen auch zur *Strafung der Parteioorganisation*. In allen Unternehmen und Behörden waren umgehend Betriebsparteiorganisationen zu gründen. Für das Stadtgebiet von Conakry wurde die Höchstzahl der Parteimitglieder auf ein Sechstel der Gesamtbevölkerung festgesetzt und die Ausübung einer produktiven Tätigkeit zur Aufnahmebedingung erhoben. Wer nach 1958 wegen Diebstahl, Unterschlagung, Vertrauensbruch, Subversion und Rassismus verurteilt worden war, verlor, ebenso wie sämtliche Händler, das passive Wahlrecht zu allen Parteiämtern.

Vorübergehend trat eine gewisse Besserung der Wirtschaftslage ein. Der Schmuggel in die

benachbarten Hartwährungsländer nahm ab, die Preise gaben nach, das Warenangebot war kurze Zeit so reichhaltig wie schon lange nicht mehr⁴⁵⁾. Aber die mit diesen Maßnahmen angestrebte totale Sanierung und endgültige Stabilisierung des nationalen Handels als eines sehr wesentlichen Faktors für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes trat nicht ein.

Schon 1965 zeigte sich, daß administrative und gesetzgeberische Maßnahmen allein nicht ausreichen würden, um das Kleinbürgertum entscheidend zu schlagen. So sah sich der Nationale Revolutionsrat auf seiner Tagung in N'Zérékoré (7. bis 11. Juni 1965) gezwungen, die nach dem „8 novembre“ überall im Lande gegründeten Konsumgenossenschaften der Arbeiter und Bauern wieder aufzulösen (außer in Conakry): die Händler hatten sich ihrer bemächtigt und gingen „sous couvert de pseudo-coopératives“ ihren alten nichtswürdigen Geschäften nach. In den Städten murten die Hausbesitzer gegen die amtlich verordneten Mietpreissenkungen. Ein abermaliger Konflikt schien alsbald unausweichlich.

VI. Das dritte Komplott (Händlerkomplott) vom Oktober 1965 Der Versuch zur Einführung einer Oppositionspartei in das Verfassungssystem

Bis zum Herbst des Jahres 1965 hatte sich die Lage Guineas, sowohl innenwirtschaftlich als auch innenpolitisch, trotz Loi-Cadre, trotz verschärfter revolutionärer Wachsamkeit, weiter verschlechtert.

Durch die Ausschaltung zahlreicher Händler, durch das Handelsverbot für alle Funktionäre des Staates, der Wirtschaft und der Partei sowie durch die Untersagung des privaten Diamantenabbaus hatte sich das Regime innerhalb und außerhalb der Grenzen Guineas zahlreiche neue Feinde gemacht.

Am 13. September hielt Sékou Touré es für geboten, die Abgeordneten der Nationalversammlung durch das B.P.N. über die mutmaßlichen Pläne der Konterrevolution zu informieren. Am Unabhängigkeitstag, dem 2. Oktober, wandte er sich, in denselben weißen Boubou gekleidet, den er am 2. Oktober 1958 getragen hatte, mit folgenden Worten an einen ausländischen Gast: „Dieser Boubou wird mir an jenem Tage, da die Konterrevolution mich liquidiert, als Leichentuch dienen. Aber mein Tod wird nicht den Untergang der guineischen Revolution bedeuten. Denn die Revolution, das bin nicht

ich, nicht ich allein; die Revolution, das ist das Volk Guineas...“⁴⁶⁾ Aber das erwartete Attentat blieb aus. Dafür geschah etwas, womit im progressistischen Entwicklungsstaat niemand gelaubt hatte rechnen zu müssen.

Am 9. Oktober 1965, morgens, begaben sich etliche bis dahin unbekannte Bürger, geführt von dem Händler Mamadou Touré („Petit Touré“), zum Tribunal Première Instance in Conakry und meldeten unter Hinterlegung der Statuten eine neue Partei zum Register an, die „Parti de l'Unité Nationale“⁴⁷⁾. Dieser ebenso kühne wie naive Schritt stürzte das Regime in beträchtliche Verwirrung. Drei Tage vergingen mit Beratungen über die einzuschlagende Taktik, bis am 12. Oktober endlich ein Entschluß gefaßt werden konnte: Die Gründer der Partei wurden verhaftet, eine weitere Verhaftungswelle erfaßte ca. 70 Personen.

⁴⁵⁾ BPN-Entschließung vom 5. Januar 1965, in: A. S. Touré, 8 novembre 1964; Conakry 1965, S. 95 ff.

⁴⁶⁾ A. S. Touré, Défendre la Révolution, Bd. XV, Conakry 1964, S. 30 ff. Siehe auch HOROYA Nr. 776 v. 26. November 1965.

⁴⁷⁾ G. Chaffard, Les Carnets Secrets de la Décolonisation, Bd. I, Paris 1967, S. 259 ff.

Und wiederum drei Wochen später, am 31. Oktober, berief des Politbüro der P.D.G. das obligate „Comité Révolutionnaire“ zur Aburteilung der Verhafteten⁴⁸⁾. Dieses Kriegsgericht der Revolution führte eine „minutiöse Untersuchung, die es ermöglichte, die Pläne der Verschwörer und ihrer Auftraggeber im Ausland aufzudecken...“⁴⁹⁾ Am 15. November erstattete das Komitee dem zu einer Sondersitzung einberufenen „Conseil National de la Révolution“ Bericht.

Die bis dahin auf Gerüchte angewiesene Öffentlichkeit erhielt Kenntnis von Zusammenhängen, die, wenn sie wirklich bestanden haben, ein weitverzweigtes Komplott jener kleinbürgerlichen Kreise darstellten, die durch das Loi-Cadre vom 8. November 1964 in ihren händlerischen Interessen zutiefst getroffen worden waren. Zum Wortführer dieser „Elemente“ hatte sich — folgt man dem Bericht des „Comité Révolutionnaire“⁵⁰⁾ — der bereits erwähnte „Petit Touré“ aufgeschwungen, ein ehemals reicher Händler, dem das Loi-Cadre selbst zum Verhängnis geworden war. Seine Anhänger stammten vor allem aus dem Kreis der „vaterlandslosen Händler“ und der „abgesetzten politischen Kader“.

Der Bericht des Revolutionskomitees, dem die Funktion einer Anklageschrift zukommt, bezeichnet ihn als den „chef de la subversion intérieure“ und sagt ihm große politische Ambitionen nach: „Aufgrund der Prophezeiungen seiner Marabouts glaubte er sich zu einer großartigen Karriere berufen.“

Es ist ein afrikanisches Kuriosum, daß eine solche Feststellung von der Anklageschrift eines sozialistischen Revolutionstribunals als belastendes Moment gewertet werden konnte. Immerhin war man konsequent: unter den verurteilten Tatgehilfen findet sich auch Dioubaté Diély Balla, der „Griote“ des Petit Touré.

In der Gründung der „Parti de l'Unité Nationale“ schließlich, dem einzigen vollendeten Bestandteil des angeblich aufgedeckten Komplotts, sieht der Bericht den Versuch Petit Tourés, der Konterrevolution eine „couverture légale“ zu verschaffen. Aus naheliegenden Gründen ist das Revolutionskomitee bemüht, den heiklen, weil nicht ohne weiteres strafbaren Tatbestand der Gründung einer zweiten Partei in den Hintergrund treten zu

lassen. Die Anklage wird vor allem auf angebliche Pläne und Vorbereitungen zum Sturz des Regimes sowie auf konspirative Beziehungen zu ausländischen Hintermännern abgestellt.

Unter den Petit Touré zur Last gelegten Plänen und Vorbereitungen zur Durchführung eines Staatsstreichs rangieren „rédaction et diffusion“ der P. U. N.-Statuten an letzter Stelle.

Das Schwergewicht der Anklage liegt auf einem an die Armee gerichteten Aufruf, Sékou Touré — wie Ben Bella — „einfach abzusetzen“, ferner auf drei nicht zur Durchführung gelangten Plänen zum gewaltsamen Sturz des Regimes sowie auf der verschwörerischen Verbindung zu einem gewissen Kamano Kata François. Dieser wird als „agent de liaison“ zwischen Petit Touré und dem — nach guineischer Darstellung — eigentlichen Verantwortlichen für das Komplott, dem ivorischen Staatspräsidenten Houphouët-Boigny, bezeichnet⁵¹⁾.

Damit erreicht der Rapport des Revolutionskomitees jenen Punkt, an dem das Komplott, über die Bedeutung einer inneren Angelegenheit hinaus, zur Staatsaffäre mit internationalen Konsequenzen wurde.

Das Revolutionskomitee behauptete⁵²⁾, das Komplott gehe nachweislich auf einen Plan zurück, den die Staatspräsidenten Houphouët-Boigny (Elfenbeinküste), Hamani Diori (Niger) und Maurice Yameogo (Obervolta) im Juli 1965 in Paris gefaßt und mit Hilfe zweier französischer Minister⁵³⁾ sowie der französischen Botschaft in Conakry ins Werk gesetzt hätten. Um der Situation eine weitere Genugtuung abzugewinnen, versuchte Sékou Touré, Frankreich auch noch zu demütigen. Er ließ Philippe Koenig, den französischen Botschafter, vor die Alternative stellen, entweder diese Beschuldigungen in Gegenwart des gesamten diplomatischen Corps persönlich mit anzuhören oder auf der Stelle das Land zu verlassen.

Frankreich entschloß sich, diese ungewöhnliche Herausforderung mit dem sofortigen Abbruch sämtlicher Beziehungen zu beantworten.

⁴⁸⁾ Ständige Mitglieder waren Léon Maka, Ismael Tour Moussa Diakité, Damantang Camara, Mamma Touré, sämtliche B.P.N.-Mitglieder, ferner der Justizminister und der Generalstaatsanwalt.

⁴⁹⁾ HOROYA Nr. 768 vom 17. November 1965.

⁵⁰⁾ „Rapport sur le Complot“ in HOROYA Nr. 768 vom 17. November 1965.

⁵¹⁾ Louis Jacquinet und Raymond Triboulet.

Guinea seinerseits protestierte bei der Organisation für Afrikanische Einheit. Sékou Touré unterrichtete telegrafisch alle afrikanischen Staatsschefs über den maßgeblichen Anteil Houphouët-Boigny an diesem Komplott. Alle seine Beschuldigungen hält er bis heute in vollem Umfang aufrecht. Sie sind zwar nie bewiesen, aber auch nie widerlegt worden.

Ob sie zutreffen oder nicht, sie gehören zur Grundausrüstung des guineischen Ideologienhaushalts. Die Bedrohung durch Frankreich, und sei sie mittlerweile noch so fiktiv, ist nach wie vor eine der wichtigsten Rechtfertigungen des P. D. G.-Regimes und seiner Politik. Der französische Revanchismus, einerseits ein politischer Horror-Komplex, ist andererseits eine propagandistische Droge, deren Verabreichung das guineische Volk noch immer zur nationalen Raison gebracht hat. Aber schon 1965 reichte sie zur Beschwichtigung des nationalen Unmuts allein nicht aus.

Im Anschluß an die Verurteilung der in das Komplott verwickelten Personen⁵⁴⁾ wollte die Diskussion über das Für und Wider der von Petit Touré gegründeten Partei nicht verstummen. Das Regime sah sich zu dem Eingeständnis genötigt, daß zahlreiche Bürger geneigt wären, in dieser Gründung „eine Demonstration guter Absichten“ zu sehen, „darauf angelegt, durch eine konstruktive Kritik der P. D. G., dem guineischen Staat und seinen Führern zu helfen, das Werk des Aufbaus wirksamer zu gestalten“⁵⁵⁾.

Das Regime ging nicht so weit, den Verfassungsartikel 40 in Frage zu stellen. Im Gegenteil, einer Diskussion um die Koalitionsfreiheit wich es beharrlich aus. Dagegen versuchte es, der Bevölkerung zweierlei begreiflich zu machen: die geringe Repräsentativität der P. U. N.-Gründer und die absolute Unantastbarkeit des Einparteiensystems im revolutionären Staat.

Das Einparteiensystem in Guinea wurde als das Ergebnis eines historischen Prozesses dargestellt. Die P. D. G., die alle anderen guineischen Parteien nach dem 28. September 1958 aufgesogen hatte, machte ihren Platz an der Spitze der Revolution und damit an den Hebeln der Macht in Guinea deutlich. Die Gründung einer zweiten Partei, so hieß es, impliziere die Forderung nach Umwandlung des

⁵⁴⁾ Unter ihnen waren 11 Händler, 3 Offiziere bzw. Unteroffiziere, 2 Ärzte, 8 Angehörige des öffentlichen Dienstes, darunter zwei ehemalige Minister (Toukara Jean Faraguet und Camara Benglay) und ein ehemaliger Botschafter (Caba Sory), ferner eine relativ große Anzahl von Handwerkern (8).
⁵⁵⁾ „A propos du Parti de l'Unité Nationale“, in: HOROYA Nr. 788 vom 10. Dezember 1965.

Regimes in ein Zweiparteiensystem und damit das Verlangen nach Teilhabe an der Macht der P. D. G. Die ghanaische Konterrevolution (gegen den damals noch regierenden Nkrumah) habe sich zeitweise zur Bemäntelung ihrer Machtgier der gleichen Forderung bedient. Die Macht der Einheitspartei im progressistischen Staat aber sei unteilbar. Das guineische Einparteiensystem sei eine „neue Art von politischem Regime, nicht zu vergleichen mit jenen innerlich widersprüchlichen Einparteienregimen, die der Kapitalismus kenne: Faschismus, neokolonialistische Diktaturen wie die der Marionetten Houphouët-Boigny, Yameogo⁵⁶⁾ und Konsorten...“⁵⁷⁾

Dieses Zitat ist charakteristisch. Es verdeutlicht das dynamische Selbstverständnis, das dem Sékou-Touré-Regime eigen, und das Gefühl der moralischen Überlegenheit, von dem es beseelt ist: hier Reinheit, dort Verderbtheit.

Hätte man die Partei der Nationalen Einheit gewähren lassen, so wurde weiter argumentiert, dann hätte das eines Tages „die imperialistische Diktatur mittels zwischengeschobener Gehilfen“ zur Folge gehabt.

Bis dahin hatte sich Sékou Touré nur einmal — im Interview mit dem dänischen Journalisten Jorge Schleimann⁵⁸⁾ — zur Frage der Gründung einer zweiten, und zwar einer kommunistischen Partei in Guinea geäußert. Wörtlich hatte er gesagt: „... Wenn bestimmte Leute das möchten, mögen sie eine guineische KP gründen; aber sie sollten auch wissen, daß die P. D. G. unter meiner eigenen Führung ihnen den Weg verlegen wird.“ Den Gründern einer kommunistischen Partei in Guinea wäre also mit Sicherheit dasselbe Schicksal widerfahren wie Petit Touré.

Die Koalitionsfreiheit der gegenwärtigen guineischen Verfassung reicht nur so weit, als der „monopartisme“, die Grundvoraussetzung und damit zugleich die Grundgesetzlichkeit des progressistischen Entwicklungsstaates nicht in Frage gestellt wird. Im progressistischen Staat wird die Koalitionsfreiheit der einzelnen durch das Koalitionsmonopol der Einheitspartei aufgehoben. Insofern war die Gründung der Partei der Nationalen Einheit verfassungswidrig. Insofern war das Regime im Recht, so fragwürdig solche Rechtstitel auch sein mögen.

Aber zugleich befand es sich in echter Sorge um seine Existenz. Sékou Touré und seine

⁵⁶⁾ Präsident Yameogo wurde durch das Militär (Oberst Lamizana) gestürzt.
⁵⁷⁾ HOROYA Nr. 788 vom 10. Dezember 1965.
⁵⁸⁾ Siehe „Information“, Kopenhagen, v. 20. April 1960.

Mitarbeiter haben wochenlang um ihr Leben und ihr Lebenswerk gefürchtet. Nur so läßt sich das erstaunlich freimütige Bekenntnis erklären, das in Sékou Tourés Schlußadresse an den Außerordentlichen C. N. R. vom 15. November 1965 enthalten ist: „Ohne die Unabhängigkeit und ohne die Revolution . . . , was wären wir, jeder von uns? Kleine Angestellte, ganz kleine Angestellte. Zum Beispiel ich: unter dem Kolonialregime hätte ich nie mehr als 30 000 Francs verdient! Das war die Grenze für uns alle, die wir nicht einmal ein Motorrad besaßen, geschweige denn ein Auto oder ein Haus. Wer von uns hätte damals von seinem Gehalt Ersparnisse zwischen 500 000 Francs und einer Million machen können? Wir

dürfen nicht vergessen, was gestern war . . . Wenn von der Geschichte der Großen dieser Erde die Rede ist, dann spricht übrigens niemand von ihren Häusern, von ihren Autos oder von ihren Bankkonten . . . Dann spricht man von ihrer Bedeutung, vom Sinn ihres Lebens in der Geschichte ihrer Völker . . .“⁵⁹⁾ Bezeichnenderweise fiel dieses Zitat, das dem guineischen Präsidenten im übrigen eher zur Ehre als zur Unehre gereicht, beim Nachdruck in der unter seinem Namen erscheinenden Schriftenreihe der P. D. G. dem Zensor zum Opfer. Die Rückschau stellt die Ereignisse des Jahres 1965 als einen einzigen Sieg der fortschrittlichen Kräfte dar. Auf den Helden der Tragödie darf kein Schatten fallen.

VII. Das Aufrücken des Kleinbürgertums zum Klassenfeind im Jahre 1967/68

Bemerkenswerterweise spielte in den Auseinandersetzungen um das Händlerkomplott vom Herbst 1965 das Argument des Vorjahres, es handele sich um konterrevolutionäre Machenschaften einer „nouvelle classe bourgeoise mercantile“, nicht die geringste Rolle. Die Bewußtseinslage der guineischen Bevölkerung war damals so unprofilert, die ideologische Schulung noch so unzulänglich, das Regime noch so sehr in den statischen Vorstellungen einer klassenlosen nationalen Demokratie befangen, daß es nur über die Hilfskonstruktion vom imperialistisch-kolonialistischen Anschlag auf die nationale Unabhängigkeit zur Beschwichtigung der aufgebrauchten öffentlichen Meinung gelangen konnte.

Erst 1966/67, nachdem mit einer gewissen Konsolidierung auch eine gewisse Radikalisierung der Revolution und der öffentlichen Meinung erreicht worden war⁶⁰⁾, konnte die Frage der revolutionären Situation wieder unverhüllt gestellt werden. Es begann mit der scheinbar

beiläufigen Mitteilung, zu den Aufgaben der Hochschulaufnahmeprüfung für das Jahr 1967 gehöre auch eine Ausarbeitung über den Prozeß der Bildung einer Kleinbürgerklasse in Guinea⁶¹⁾.

Außer ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wurzeln waren darzustellen: die ihr für den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Kampf zu Gebote stehenden Mittel, ihre ausländischen Verbündeten sowie ihr Bewußtseinsstand „en tant que classe“. Aufzuzeigen waren ferner die Waffen, mit denen das guineische Volk „unter Führung der P.D.G.“ diese neue Klasse bekämpfen und besiegen könnte. Schließlich war darzutun, daß die Bildung einer solchen Klasse die Revolution nicht schwäche, sondern stärke.

HOROYA war beauftragt, dieses Thema der „méditation de l'ensemble des militants“ zu empfehlen. Die regionalen Parteileitungen wurden aufgefordert, einen Bericht über die sozialen Gegensätze in ihrem Bereich zu erstatten. Die Grundfrage laute, so schrieb HOROYA, ob es in Afrika überhaupt soziale Klassen gäbe, und wie es sich erkläre, daß in Guinea ein „embryon déjà avancé d'une classe petite-bourgeoise“ existiere, obwohl dafür eigentlich keine materielle Basis vorhanden sei. — HOROYA nahm die Antwort vorweg: „Der revolutionäre Volksstaat sieht sich gezwungen, Staatsbürger mit kleinbürgerlicher Gesinnung zu engagieren, um den Behördenbetrieb sicherzustellen . . .“ Abschließend zi-

⁵⁹⁾ HOROYA Nr. 776 vom 26. November 1965.

⁶⁰⁾ Der Sturz Kwame Nkrumahs in Ghana (Febr. 1966), der Zusammenschluß der guineischen Emigrantenkreise zur „Front de Libération de la Guinée“ (April 1966 in Abidjan), die Senghor'sche Idee der Frankophonie, die vorübergehende Internierung des guineischen Außenministers in Accra sowie die „Konfrontation“ mit der Elfenbeinküste erzwangen eine rasche „Radikalisierung der Revolution“ und mit ihr ein verstärktes Bemühen um die Mobilisierung der Massen (Milice, Service Civique). Gleichzeitig gab das Regime die Fiktion der Nationalen Einheit auf und bekannte sich zur Realität der gesellschaftlichen Gegensätze. Damit vollzog es den Übergang von der nationalen Beschwichtigungsattitüde zur sozialen Kampftechnik. Das Resultat war eine deutliche Zunahme der Staatsautorität.

⁶¹⁾ „Le processus de formation d'une classe petite-bourgeoise en Guinée“, in: HOROYA Nr. 1245 vom 9./10. Juli 1967.

tierte die Zeitung ein Wort Sékou Tourés, wonach die Auseinandersetzung mit dem konterrevolutionären Kleinbürgertum nur im Wege des Klassenkampfes geführt werden könne; die andere Klasse sei das Volk: „La classe au pouvoir est le peuple.“

Dieser HOROYA-Artikel signalisierte eine in der westlichen Welt kaum beachtete Wende. Bis zu diesem Zeitpunkt nämlich war im Dogma Sékou Tourés für die Lehre vom Klassenkampf kein Platz gewesen, allerdings „weniger aus philosophischer Überzeugung, denn aus dem Wunsch heraus, um jeden Preis die afrikanische Solidarität zu retten“⁶²⁾.

Diese Solidarität, auf der Sékou Touré ursprünglich ein „kommunokratisches“ Regime hatte aufbauen wollen⁶³⁾, war Wirklichkeit gewesen: in den Tagen des Unabhängigkeitskampfes, im Antikolonialismus. Aber sie hatte diese Zeit der Konfrontation mit der alten Metropole nicht überdauert. Die Ideologisierung des öffentlichen Lebens, von Sékou Touré Anfang der sechziger Jahre noch für eine von der alten Kolonialmacht eingeschleppte europäische Unart gehalten, erwies sich dem Prinzip der „Solidarisierung durch Afrikanisierung“ als überlegen und ergab sich zudem mit fataler Zwangsläufigkeit aus der ideologisch und nicht pragmatisch bestimmten Natur des Regimes.

Als dies erstmals erkannt wurde, im November 1964, setzte ein Umdenkungsprozeß ein. Dieser mußte jedoch mit äußerster Behutsamkeit geleitet werden, um den offenbar gewordenen Klassenkampf nicht zum offenen Bürgerkrieg zu steigern. Dem Regime wurde unerwartete Hilfe zuteil. Die vielfältigen Staatsstreiche jener Periode, insbesondere der Sturz Olympios, Ben Bellas und Kwame Nkrumahs erzeugten im guineischen Volk erstmals wieder eine gewisse Solidarisierung, eine zweite, wenn auch matte Woge nationaler Schutz- und Trutzhaltung. Diese ermöglichte es dem Regime, den an der Spitze längst vollzogenen Gesinnungswandel auf die Basis auszudehnen: „Es handelt sich jetzt darum, die Theorie und die Praxis des offenen revolutionären Kampfes in die Doktrin der Partei einzubeziehen“ (Sékou Touré vor dem VIII. Parteitag).

Die Gruppe um den Präsidenten folgerte daraus, daß sie, möglichst nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, einen deutlichen

⁶²⁾ „Le rejet de la lutte des classes et la solidarité africaine“ in A. S. Touré, *Experience guinéenne et Unité Africaine*, Paris 1962, S. 411 ff.

⁶³⁾ Aimé Césaire, *La pensée politique de Sékou Touré* in *PRESENCE AFRICAINE*, Heft XXIX, Jhg. 1959/Jan. 1960, S. 68 ff.

Schritt nach links tun müßte, wollte sie nicht eine Wiederholung des 1961 gescheiterten Umsturzversuchs von links heraufbeschwören. Über den Umfang der einzuleitenden Maßnahmen bestanden jedoch Meinungsverschiedenheiten. Eine Gruppe glaubte, dem vom guineischen Gewerkschaftsbund C.N.T.G.⁶⁴⁾ unterstützten revolutionären Tatendrang der Jugend durch „Enthüllungen“ Genüge leisten zu können⁶⁵⁾. Eine andere Gruppe, geführt von dem damaligen Erziehungsminister Dr. Makassouba Moriba⁶⁶⁾, hielt das für unzureichend.

Unter dem Titel „Den Mund aufmachen, heißt die Nation sanieren“ veröffentlichte Makassouba drei Aufsätze, „nicht um die unbestrittenen und aller Welt bekannten Errungenschaften der Revolution zu verherrlichen, sondern um ihre negativen Auswirkungen in vielen Bereichen zu attackieren...“⁶⁷⁾.

Die Liste der negativen Momente war lang. Sie reichte vom „sentimentalisme“, d. h. von der Praxis, gegenüber ärgsten Verfehlungen noch ein Auge zuzudrücken, über die skandalöse Art der Lebensmittelverteilung, über den Nepotismus in den Parteileitungen, über die Verwechslung von Autorität und Autoritarismus bis hin zum innerparteilichen Terror, mit dem jede offene Diskussion unterdrückt wird⁶⁸⁾. Makassouba Moriba begründete mit diesen Anschuldigungen die Forderung nach einer unnachsichtigen Säuberung des öffentlichen Dienstes. Nur aus tiefer Besorgnis sind die folgenden Worte erklärlich: „Das Eigentum des Staates, d. h. des Volkes, wird schlecht betreut und schlecht verwaltet. Hält man sich all die Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit vor Augen, die in der Verwaltung der öffentlichen Sachen zu konstatieren ist, kann man nicht anders als sich zutiefst entrüsten...“⁶⁸⁾

Mußten bereits diese Forderungen und Feststellungen einflußreiche Gegner auf den Plan rufen, so geschah dies erst recht, als Dr. Makassouba, kaum hatte sich Guinea mit den arabischen Ländern gegen Israel solidarisiert, auf das Libanesenproblem verwies. Er schrieb in der wenige Stunden nach Erscheinen beschlagnahmten HOROYA vom 27./28. August

⁶⁴⁾ Siehe: Rapport du Bureau Confédéral de la C.N.T.G., HOROYA Nr. 1273 v. 15./16. Aug. 1967.

⁶⁵⁾ Siehe z. B.: *Le Monde de la Malversation*, HOROYA Nr. 1271 v. 12. Aug. 1967.

⁶⁶⁾ Später Minister für Moyenne Guinée, nach der Kabinettsumbildung vom Mai 1969 nur noch Kabinettsdirektor im Sozialministerium.

⁶⁷⁾ HOROYA Nr. 1278 v. 23. August 1967, HOROYA Nr. 1279 v. 24. August 1967, HOROYA Nr. 1282 v. 27./28. August 1967.

⁶⁸⁾ HOROYA Nr. 1279 v. 24. August 1967.

1967, eine „libanesische Maffia“ kontrolliere den guineischen Handel.

Diese Behauptung, so unerhört sie klingt, traf zu und brachte das zum Ausdruck, was alle dachten. Aber sie rührte an einen außerordentlich heiklen und aus vielerlei Gründen tabuierten Sachverhalt. Sollte das Regime die reich gebliebenen oder reich gewordenen Libanesen und Syrer, von deren levantinischer Geschäftstüchtigkeit der revolutionäre Staat so gut zu profitieren weiß, enteignen, ausweisen, „liquidieren“?

Die Verlockung, dies zu tun, war für manches Mitglied der guineischen Staats- und Parteiführung groß. Dennoch entschied sie sich für den Rückzug. Am 6. September 1967 veröffentlichte HOROYA ein Regierungskommuniqué, demzufolge Dr. Makassouba Selbstkritik geübt und widerrufen hatte: „Der Minister Makassouba Moriba hat den von ihm durch Veröffentlichung einer Anzahl nichtfundierter Informationen begangenen Fehler eingestanden und die Regierung um Entschuldigung gebeten...“⁶⁹⁾

Bezeichnend ist, daß dieser Widerruf in eine Verlautbarung der Regierung und nicht in eine solche der Partei gekleidet war. Was die führenden Männer Guineas als Parteileitung billigten, mußten sie als Staatsführung und aus Staatsraison verurteilen. Denn im revolutionären Entwicklungsstaat ist das revolutionäre Element schwach. Klassenkampf als Mittel zur Austragung gesellschaftlicher Gegensätze in Guinea hat nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn die Partei stark und — außer der guineischen Bevölkerung — auch die Libanesen-Maffia ihren Gesetzen unterworfen ist. Beide Voraussetzungen waren nicht, noch nicht gegeben. Die vorgeprellte Revolution mußte sich deshalb darauf beschränken, die Position der ideologischen Vorbereitung des Klassenkampfes weiter auszubauen.

Der VIII. Kongreß der Partei im September 1967 dogmatisierte den Klassenkampf in seiner Entschließung⁷⁰⁾. Sékou Touré rief am 1. Januar 1968 zum erbarmungslosen Feldzug gegen die Bourgeoisie auf, gegen „eine aufkommende bourgeoise Klasse, welche die eigentliche Waffe des Imperialismus gegen das guineische Volk, gegen die guineische Revolution darstellt“⁷¹⁾. Die Partei sei entschlossen, fügte er hinzu, die konterrevolutionäre Klasse zu schlagen, „indem sie konsequent den

Klassenkampf führt, den die Geschichte uns aufzwingt“.

Erstmals versuchte er, die beiden Seiten dieses Klassenkampfes wenigstens ungefähr zu definieren: Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Frauen, Jugendliche, Soldaten in der „classe de la Révolution“ und die „manchmal heimtückische, manchmal arrogante, immer aber gefährliche Bourgeoisie“ in der Klasse der Konterrevolution. Aber diese Definition war unzulänglich. Statt eine saubere Trennung von Freund und Feind zu ermöglichen, stiftete sie Verwirrung. Denn wer war ein Kleinbürger, wer keiner? Auf der Suche nach einem geeigneten Unterscheidungsmerkmal erfand Sékou Touré das Kriterium der „disponibilité pour la Révolution“.

Vor dem V. Kongreß der Partei-Jugend J.-R.D.A. teilte er die guineische Gesellschaft nach ihrer Ergebenheit gegenüber der Revolution in vier „soziale Kategorien“⁷²⁾:

1. die Jugendlichen (zu 100 0/0) und Frauen (zu 95 0/0),
2. die Arbeiter und Handwerker (zu 85 bis 88 0/0),
3. die Beamten (zu 75 bis 80 0/0)⁷³⁾ und
4. die Händler (zu 30 0/0)⁷⁴⁾.

Von nun an, so sagte der Präsident, hätten die Organe der Partei diese vier Gruppen an ihrem Verhalten gegenüber den Anforderungen der Revolution zu messen, „um gegenüber jeder dieser Schichten eine geeignete Kampftaktik zu entwickeln“.

Doch in erstaunlicher Abweichung von seinen Ausführungen auf dem VIII. Kongreß⁷⁵⁾ bekannte sich Sékou Touré zu seiner alten Auffassung, daß die sozialen Gruppierungen nicht als antagonistisch, sondern als komplementär zu verstehen seien und der Klassenkampf die nationale Einheit nicht gefährden dürfe.

Noch auf dem VIII. Parteitag hatte er die Klassenunterschiede als „fondamentale

⁶⁹⁾ HOROYA Nr. 1286 vom 6. September 1967.

⁷⁰⁾ HOROYA Nr. 1306 v. 3. Oktober 1967 („La lutte des classes ... est une réalité universelle et une nécessité historique...“).

⁷¹⁾ Neujahrsansprache S. Tourés vom 1. Jan. 1968 in R.D.A.-Revue Nr. 23, Februar 1969, S. 60 ff.

⁷²⁾ Diese Angabe bezieht sich nur auf die untere und mittlere Beamtenschaft. Von den höheren und hohen Beamten sagte Sékou Touré, sie machten sich das Vertrauen des Volkes zunutze, um die Revolution zu hintertreiben: „Viele von ihnen träumen immer noch von einem neokolonialistischen Regime.“

⁷³⁾ Auch hier machte Sékou Touré eine wesentliche Einschränkung: bei den 30 0/0 handele es sich durchweg nur um Kleinhändler, sog. dioulas; alle anderen qualifizierte er als Konterrevolutionäre: „Tous les autres sont en puissance des ennemis du régime.“

⁷⁴⁾ Siehe A. S. Touré, Vingtième Anniversaire et Huitième Congrès du P.D.G., Bd. XVI (1), Conakry 1967, S. 29 ff.

antagoniques" und die These von der Kooperation gegensätzlicher Klassen als grundsätzlich irrig bezeichnet. In der Tat hatten sich in zehn Jahren des Kampfes gegen Imperialismus und Neokolonialismus die Klassengegensätze in Guinea so verschärft, daß die Partei auf breiter Front zu einer ideologischen Massenkampagne „sur la base de lutte de classes“ antreten mußte.

Das Zurückweichen Sékou Tourés hinter diese klare Linie kann daher nur als ein taktisches Manöver gewertet werden, das jedoch Rückschlüsse auf die unstabilen Kräfteverhältnisse im progressistischen Entwicklungsstaat ermöglicht.

Erst im Herbst 1968, nach vollzogener Integration des klassenbewußten Gewerkschaftsverbandes C.N.T.G. in die Partei, war das Regime wieder in einer Position, aus der es einen weiteren Schritt zur Radikalisierung der Revolution unternehmen konnte, und zwar „durch die Lehre und Praxis des Klassenkampfes“⁷⁶⁾. Am 8. November 1968, dem vier-

ten Jahrestag des guineischen Loi-Cadre, redete HOROYA wieder von der *antagonistischen* Klassenstruktur der guineischen Gesellschaft⁷⁷⁾, und Sékou Touré sprach vom bevorstehenden Kampf der „classe du Peuple“ gegen die „classe des traîtres à la Nation“. Die Partei erfreue sich einer „kraftstrotzenden politischen Gesundheit“. Die Koexistenz mit der Konterrevolution wurde aufgekündigt, der Geist des 8. November 1964 neu beschworen: „Der 8. November war nicht als ein Strohhalm gedacht.“⁷⁸⁾

Das 12-Punkteprogramm des Loi-Cadre vom 8. November 1964 wurde um weitere 12 Gebote und Verbote ergänzt⁷⁹⁾. Eine neue Krise kündigte sich umgehend an: Am 18. Dezember 1968 warnte Sékou Touré, durch den überraschenden Staatsstreich in Mali (November 1968) alarmiert, das Militär: der Feind sei fieberhaft tätig. Aber binnen drei Monaten werde alle Welt wissen, daß Imperialismus und „contre-révolution locale“ in Guinea zum Scheitern verurteilt seien.

VIII. Das vierte Komplott (Militärkomplott) vom Februar 1969

Die Stellung der Armee im progressistischen Entwicklungsstaat

Am 18. März 1969 wurde die Aufdeckung eines neuen „machiavellistischen“ Komplotts sowie die Verhaftung zahlreicher hoher Offiziere und Staatsfunktionäre bekannt, deren kritische Einstellung gegenüber dem Regime seit langem ein offenes Geheimnis gewesen war⁸⁰⁾. Ein Fall örtlich begrenzten Aufruhrs erweiterte sich unter den Händen des zur Untersuchung der Vorgänge eingesetzten Revolutionskomitees zu einem „gewaltigen Komplott, das der Imperialismus gegen unser demokratisches

Volksregime angezettelt hat“⁸¹⁾. Außerdem wurde gemeldet, daß zur Unterstützung der Verschwörer 400 schwerbewaffnete ehemalige guineische Soldaten der französischen Armee („anciens combattants“) vom Senegal und von der Elfenbeinküste her nach Guinea eingeschickt seien⁸²⁾.

Eine Schlüsselrolle bei der Aufdeckung des Sachverhalts in seiner Gesamtheit haben die bereits mehrfach erwähnten Januar-Beschlüsse des Nationalen Revolutionsrates (C.N.R.) gespielt⁸³⁾. Sie hatten die Aufgabe, die Konterrevolution aus der Reserve zu locken.

Weniger die psychologisch gut vorbereitete Integration des Einheitsgewerkschaftsbun-

an Ausländer, Auflage für alle in Guinea tätigen ausländischen Firmen, bis zum 8. November 1971 eigene Dienstgebäude in Guinea zu errichten; Entzug der Handelskonzessionen für alle natürlichen und juristischen Personen ohne guineische Staatsangehörigkeit. Diese Vorschriften erhielten bis auf die letzte im Januar 1969 Gesetzeskraft (s. J.O.R.G. Jhg. 1969, Nr. 9 v. 1. Mai 1969, S. 88 ff.).

⁷⁶⁾ Fodé Béréte, *Complot machiavélique mais stupide et dérisoire*, HOROYA-HEBDO Nr. 1654-8 v. 20. März 1969, S. 2 ff.

⁷⁷⁾ Sékou Touré in HOROYA-HEBDO Nr. 1654-8 vom 20. März 1969, S. 35.

⁷⁸⁾ Meeting d'information du B.P.N. à la Permanence du P.D.G., HOROYA-HEBDO Nr. 1654-8 vom 20. März 1969, S. 8 ff.

⁷⁶⁾ HOROYA Nr. 1580 v. 13./14. Oktober 1968.

⁷⁷⁾ „Ideologie, lutte de classes, production quantitative et qualitative“ in: HOROYA Nr. 1599 v. 8. November 1968.

⁷⁸⁾ HOROYA Nr. 1602 v. 10./11. November 1968, ⁷⁹⁾ Beschränkung der Verwendung im Auswärtigen Dienst auf maximal drei Jahre; Einführung einer jährlichen „Konferenz des offenen Wortes“ in den Parteiorganisationen; Bedrohung aller Beamten, die über ihre Verhältnisse leben, mit der fristlosen Entlassung; Beschränkung des Personenkreises, dem bei Auslandsreisen die Mitnahme von Devisen gestattet wird, auf die Werkstätten; Androhung empfindlicher Strafen für defizitäre Verwaltung öffentlicher Mittel, für Duldung von Grenzschmuggel, für betrügerische Manipulationen im Zusammenhang mit der Warenverteilung, für illegale Eheschließung (Mehrehe), für Amtsdelikte in Erbschaftssachen sowie für die Preisgabe von Dokumenten oder Informationen der Partei und des Staates; Errichtung eines staatlichen Monopols für die Vermittlung von Häusern und Dienstleistungen

des C.N.T.G. in die Partei⁸⁴⁾, als vielmehr die für das Offizierskorps überraschende Heeresreform (Politisierung der Armee, Entmachtung der Truppenführung durch Änderung der Kommandostruktur) und die Beibehaltung der Volksmiliz („Milice populaire“) gegen den erklärten Willen des Militärs mußte, so wurde kalkuliert, die Konterrevolution zum Handeln oder wenigstens zum Reden provozieren und dadurch dem Regime die Handhabe zu einem Präventivschlag geben.

Den entschlossensten Gegner der Miliz und der Politisierung der Streitkräfte, den stellvertretenden Generalstabschef Kaman Diaby, ernannte Sékou Touré zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Kaman Diaby, in dem Sékou Touré seinen derzeit einflußreichsten Gegner vermutete, mußte sich jetzt beugen oder als Feind zu erkennen geben: „Der Klassenkampf verlangt von uns revolutionäre Festigkeit, Klarheit in den Positionen“⁸⁵⁾. Das Kalkül des Präsidenten erwies sich als richtig. Bereits die Errichtung der Parteikomitees in den Garnisonen beschwor, wie erwartet, Differenzen zwischen Offizieren und Mannschaften herauf, die es ermöglichten, klassenkämpferische Unterscheidungen zu treffen. Die heftigsten Auseinandersetzungen gab es bei der 1. Fallschirmjägerkompanie in Labé („Camp El-Hadj Omar“). Sie endeten mit der Festnahme zweier Offiziere und eines Feldwebels⁸⁶⁾. Konterrevolutionärer Umtriebe verdächtig, sollten sie am 26. Februar 1969 auf dem Luftweg nach Conakry gebracht werden. Während des Fluges entwaffneten sie ihren Bewacher⁸⁷⁾, drangen in das Cockpit ein und zwangen den Piloten zur Kursänderung in Richtung Mali, wo der Leutnant Traoré Moussa durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen war. Die Besatzung der AN-14 vermochte die drei Flüchtlinge jedoch zu täuschen, auf guineischem Territorium (in Maleyah bei Siguiri) zu landen und sie dort den Behörden zu übergeben. Die sofort einsetzende Untersuchung führte zur Aufdeckung eines militärischen Komplotts zur Ermordung Sékou Tourés,

zum Sturz des Regimes und zur Lostrennung des Fouta-Djallon von Guinea⁸⁸⁾. Das Land, insbesondere die Hauptstadt Conakry, wurde von einer lähmenden Welle der Angst, des Mißtrauens und des Agentenwahns erfaßt. Die Imams wurden von der Partei aufgefordert, in den Moscheen für die Revolution zu beten und die „traîtres à la patrie“ öffentlich zu verfluchen. Sie kamen dieser Aufforderung nach. Darin war wohl das sicherste Zeichen für den Ernst der Stunde zu erblicken. Niemals sonst hätte die Partei an die mohammedanische Geistlichkeit appelliert. Denn diese ist kaum weniger konterrevolutionär als das guineische Kleinbürgertum. Aber unter den Verurteilten ist — bezeichnend für die elenden Kompromisse, zu denen der progressistische Entwicklungsstaat gezwungen ist — weder ein Imam noch ein Libanese mit guineischer Staatsangehörigkeit. Auf der Anklagebank saß also nur ein Teil der nationalen Bourgeoisie, die Sékou Touré neben einigen ausländischen Regierungen und guineischen Beamten bei internationalen Behörden für dieses vierte Komplott verantwortlich machte.

Das unmittelbar nach den Vorfällen von Labé eingesetzte Revolutionskomitee gelangte sehr bald zu der Überzeugung, auf dem Umweg über die Geständnisse der verhafteten Fallschirmjäger sensationelle Beweise gegen weitere wesentlich höher gestellte Konterrevolutionäre erhalten zu können.

Eine Verschwörung wie diese mußte Hintermänner, Anstifter, Drahtzieher im Establishment der Revolution haben⁸⁹⁾. Sékou Touré wollte sich nicht abermals — wie 1965 — vom linken Flügel der Partei vorwerfen lassen, er habe aus „sentimentalisme“ Nachsicht geübt, wo Unbarmherzigkeit, wo „fermeté révolutionnaire“ am Platze gewesen wäre. Vor allem aber sollten endlich die Renegaten ausgeschaltet werden, die Parteilos, die „bürgerlichen Elemente, die die Nation, ihre Rechte und ihre Würde verachten“.

Die von Sékou Touré seit Jahren vertretene These, wonach die Crux des progressistischen

⁸⁴⁾ Die Beschlüsse sind abgedruckt in HOROYA Nr. 1639 vom 16. Januar 1969.

⁸⁵⁾ Siehe Parteistatut Art. 14 d in Verbindung mit Art. 57. Das an die Stelle der bisherigen C.N.T.G.-Statuten getretene „Règlement intérieur“ ist abgedruckt in HOROYA-HEBDO Nr. 1667-21 v. 7. bis 13. Juni 1969, S. 3 ff.

⁸⁶⁾ A. S. Touré zum Abschluß des Außerordentlichen C.N.R. im Mai 1969, HOROYA-HEBDO Nr. 1664-18 vom 17.—23. Mai 1969, S. 21 ff.

⁸⁷⁾ Es handelte sich um die Unterleutnante Diallo Mouctar und Camara Aboubacar gen. M'Bengue, sowie den Adjutant-Chef Keita Namory.

⁸⁸⁾ Polizei-Inspektor Boiro Mamadou.

⁸⁸⁾ „Une tentative de sécession? Mais bien sûr...“ (HOROYA-HEBDO Nr. 1654-8 v. 20. März 1969, S. 49 ff.). Dieser Vorwurf hat jedoch bei der Aburteilung der Verschwörer keine Rolle mehr gespielt.

⁸⁹⁾ „Die Verräter der Nation rekrutieren sich aus dem Kreis höchster Würdenträger des Staates: amtierende Minister oder ehemalige hohe Offiziere, Truppenkommandeure der guineischen Armee, hohe Funktionäre oder aber Händler...“ (A. S. Touré zur Eröffnung des Außerordentlichen C.N.R. im Mai 1969, HOROYA-HEBDO Nr. 1663-17 v. 14. Mai 1969, S. 11 ff.).

Staates in seinen Kadern liegt⁸⁰⁾, war mit Nachdruck zu demonstrieren. Wie sehr die Auseinandersetzung mit dem Komplott diesmal auch gesellschaftspolitischer Natur gewesen ist, zeigt die Begriffsbestimmung der Konterrevolution, die Sékou Touré vor dem Nationalen Revolutionsrat gab. Danach ist nicht nur der als Konterrevolutionär zu betrachten, der offen gegen die Volksmacht auftritt und auf den Feudalismus schwört, sondern auch der, der nicht will, daß Arm und Reich gleich sind, sowie der, der gegen die Gleichberechtigung der Frau zu Felde zieht, im Grunde aber auch sämtliche „Individualisten“ und „Egoisten“. Denn in Sékou Tourés Augen bilden sie „das Reservoir, aus dem der Imperialismus täglich seine Agenten rekrutiert“.

Vor diesem Hintergrund gelangte die Untersuchung des Revolutionskomitees zu folgendem Ergebnis: Hinter den Attentatsplänen der in Labé verhafteten Fallschirmjäger stand, wie vermutet, eine Gruppe hoher Offiziere und leitender Staatsfunktionäre, an ihrer Spitze der stellvertretende Generalstabschef und Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Oberstleutnant Kaman Diaby, und der Staatssekretär für Landwirtschaft, Keita Fodeba. Die Abrechnung mit der Konterrevolution geriet mehr und mehr zu einer Abrechnung mit diesen beiden Männern, von denen jeder auf seine Weise eine gewisse Volkstümlichkeit besaß.

Am schwersten, am präzisesten waren die Vorwürfe gegen Kaman Diaby. Schon im Januar 1967 soll er dem Kommandeur des III. Bataillons, dem ebenfalls verhafteten Major Keita Cheik Mohamed, befohlen haben, Sékou Touré anlässlich eines Besuchs in Labé festzusetzen. Schon damals auch soll Oberstleutnant Kaman seinen militärischen Mitverschwörern die Liste einer provisorischen Regierung vorgelegt, gleichzeitig aber — was für ihn spräche — verlangt haben, die Armee solle nach vollendetem Staatsstreich in die Kasernen zurückkehren. Die Verschwörer hätten sich schließlich auf ein sog. „Programm des Nationalen Wiederaufbaus“ geeinigt, das eine provisorische Zivil-Regierung unter der Kontrolle der Armee hätte durchführen sollen.

Außerdem heißt es von Oberstleutnant Kaman, er habe auf seinen Europareisen Kontakt zu der regimiefeindlichen Gruppe des guineischen Weltbankdelegierten Bah Mamadou, der

⁸⁰⁾ „Die Schwächen liegen bei uns, bei uns, den Verantwortlichen. Wir sind es, die es nicht ehrlich meinen mit der Revolution. Die Lügner, die Diebe, die Faulenzer, die Schwankenden, sie finden sich nirgends sonst als unter den Kadern des Staates und der Partei. Das Volk verrät seine Sache niemals. Die Kader sind es, die sich rehabilitieren müssen.“ (A. S. Touré vor dem C.N.R., HOROYA-HEBDO Nr. 1664-18 v. 17.—23. Mai 1969, S. 34 ff.)

„éminence grise“ des Komplotts, aufgenommen und über diesen auch „de manière perfide et continue“ mit der militanten Exilorganisation „Front de Libération Nationale“ korrespondiert.

Des weiteren wurde dem Oberstleutnant zur Last gelegt, nachdem die Attentatspläne für Labé sich als undurchführbar erwiesen hätten, weil der Präsident die beiden Besuche absagte, weitere Vorkehrungen für einen Staatsstreich getroffen zu haben.

Der Beweisführung des Revolutionskomitees zufolge hatte der Präsident am mohammedanischen Tabaski-Fest gefangengesetzt werden sollen, sei es in Mamou, wo er seine religiösen Pflichten erfüllte, sei es in Kissidougou, sei es bei der Rückkehr auf dem Flughafen von Conakry⁸¹⁾.

War dies gelungen, so sollte, folgt man dem Bericht des Revolutionskomitees⁸²⁾, „die Auslösung des klassischen Ablaufs militärischer Staatsstrieche“ erfolgen, d. h. die Besetzung des Präsidentenpalais und der strategisch wichtigen Objekte. Noch in der allerletzten Minute, nämlich nach der Festnahme der Fallschirmjäger, soll Oberstleutnant Kaman, an seinen Putschplänen festhaltend, die Zernierung der Hauptstadt Conakry mit Hilfe von Panzern erwogen haben. Aber dank des „Erwachens der Kämpfer in Uniform“ sei auch dieser Plan gescheitert.

Besonders schwer wiegt der Vorwurf, er habe die Abtrennung des Fouta und der Waldregion im Sinne gehabt. Als letzter Beweis gegen Kaman gilt der angeblich von ihm unternommene Fluchtversuch in der Nacht vom 17. zum 18. März 1969.

Interesse verdient, daß eine Reihe von Beschuldigungen, die unmittelbar nach seiner Festnahme gegen ihn erhoben worden waren, in den offiziellen Untersuchungsbericht keinen Eingang gefunden haben. Das gilt vor allem für die von Sékou Touré am 21. März 1969 aufgestellte Behauptung, Kaman Diaby habe in Verbindung mit drei ausländischen Mächten gestanden und sei ein französischer Agent gewesen, der seine ersten Instruktionen aus Paris bereits 1958 bezogen habe, „um sich in die guineische Armee einzuschleichen und mit den Hütern der französischen Interessen Verbindung zu halten“⁸³⁾.

⁸¹⁾ In seiner Volksrede vom 21. März 1969 gab A. S. Touré eine genaue Schilderung dieser Vorgänge (siehe HOROYA-HEBDO Nr. 1656-10 vom 29. März bis 4. April 1969, S. 7 ff.)

⁸²⁾ Rapport zur le Complot militaire de Février 1969, HOROYA-HEBDO Nr. 1664-18 vom 17. bis 23. Mai 1969, S. 3 ff.

⁸³⁾ Ebenda, S. 4.

Aber auch die Behauptung Sékou Tourés, Kaman Diaby habe den Offizieren der Armee befohlen, sich der Gründung von Parteikomitees in den Garnisonen zu widersetzen, und man habe bei ihm den vollen Wortlaut einer „Proklamation der Zweiten Republik“, eine Marschallsuniform sowie ein Bildnis des Generals de Gaulle, „dem er sich mit Leib und Seele verschrieben zu haben schien“, gefunden, kehrt in dem Bericht des Revolutionskomitees nicht wieder. Fallengelassen wurde auch das angebliche Geständnis Kamans, er habe schon im Oktober 1965 putschen wollen⁹⁴⁾, sowie der Vorwurf, er besitze Konten im Ausland.

Dafür hält der Bericht des Revolutionskomitees eine Aussage Kamans fest, wonach seine Auflehnung gegen das Regime auf eine Rede Sékou Tourés zurückgeht, in der dieser die Urheber des Militärputsches gegen Kwame Nkrumah in Ghana (24. Februar 1966) geringschätzig als „kleine Söldnerkorporale“ bezeichnet hatte. Als weiteren Grund für seine Haltung soll Kaman Empörung über die Gründung der Volksmiliz im Juli 1966 angegeben haben.

Aus alledem wird man schließen dürfen, daß Kaman Diaby die Möglichkeit gehabt hat, sich zu verteidigen und die Anklage in einigen, letztlich jedoch unwesentlichen Punkten zu entkräften.

Der Vorwurf, das „complot le plus machiavelique“ der guineischen Geschichte geplant zu haben, ließ sich nicht widerlegen. Wie man hört, soll Oberst Kaman auch gar keinen Versuch in dieser Richtung unternommen haben.

Die im Bericht des Revolutionskomitees erhobenen Vorwürfe gegen die zivile Hauptfigur des Komplotts, den Staatssekretär Keita Fodeba, sind vergleichsweise harmlos. Ihm wird zur Last gelegt, Oberstleutnant Kaman mit Informationsmaterial über Staatsstreiche in anderen Ländern versorgt und sein Haus zu einem „veritablen Hort systematischer Herabsetzung des Regimes und seiner Führer“ gemacht zu haben. Der schwere Vorwurf, die eigentliche Seele des Händlerkomplotts von 1965 gewesen zu sein, findet sich nur in Reden Sékou Tourés sowie in einem nicht gezeichneten Dokument, das den Titel „Qualification des Crimes du Complot 1968“ trägt⁹⁵⁾. Danach ist Keita Fodeba ein „Renegat“, der das ihm, dem Parteilosen, dem Technokraten, lange Zeit entgegengebrachte Vertrauen schändlich hintergangen hat. Unmittelbare Handlungen ge-

⁹⁴⁾ Für alle diese später nicht weiter verfolgten Anschuldigungen siehe HOROYA-HEBDO Nr. 1656-10 vom 29. März—4. April 1969, S. 4 ff.

⁹⁵⁾ HOROYA-HEBDO Nr. 1664-18 v. 17.—23. Mai 1969, S. 13 ff.

gen das Regime waren ihm jedoch nicht nachzuweisen. Der Bericht des Revolutionskomitees bescheinigt ihm „une méthode subtile et indirecte“.

Diese Formel indiziert den wahren Grund für Keita Fobedas allmählichen Niedergang (seit 1965) und seinen schließlichen Fall: Er war ein Bourgeois vom Scheitel bis zur Sohle, der Prototyp des kultivierten Afrikaners, gebildet, introvertiert und kompliziert, ein Intellektueller, eher ein Künstler als ein Politiker, zwar während langer Jahre (1957—1965) ein guineischer Fouché, aber auch der Mann, der die guineische Nationalhymne komponiert und das guineische Ballett zum Weltruhm geführt hat, gewiß ein hochmütiger Mann, ein Mann mit vielen Feinden an den proletarischen Quellen der guineischen Revolution. Deren Kesseltreiben ist er zum Opfer gefallen, nicht anders als wenige Monate zuvor der ihm eng befreundete guineische UN-Botschafter Ashkar Marof, der seinen Sessel im Glaspalast der Vereinten Nationen auch mit einer guineischen Gefängniszelle vertauschen mußte. Beide waren sie veritable Opfer des Klassenkampfes und der Klassenjustiz. Keita Fobeda ist darüber hinaus ein persönliches Opfer, das Sékou Touré zum Nachweis seiner eigenen revolutionären Gesinnung dem linken Flügel der Partei zu bringen hatte.

An zweiter Stelle unter den Zivilisten stand der noch jugendliche Staatssekretär für öffentliche Arbeiten, Karim Fofana. Er hat, folgt man dem Bericht des Revolutionskomitees, sich selbst bezichtigt, der Ideologe der subversiven Gruppe gewesen zu sein. Der Bericht sieht als erwiesen an, daß er die in das Komplott verwickelten Offiziere durch Katastrophenmeldungen zur Wirtschaftslage Guineas in ihren Absichten bestärkt habe. Außerdem wird ihm Sabotage und Korruption zur Last gelegt. Wahrscheinlich wurde ihm zweierlei zum Verhängnis: seine enge Freundschaft mit Keita Fodeba und seine intime Feindschaft mit dem Halbbruder des Präsidenten, Ismael Touré. Außerdem fand sich sein Name in der bei Oberst Kaman sichergestellten Vorschlagsliste für ein neues Kabinett.

Angeführt wurde diese Liste übrigens von Barry Diawadou, dem ehemaligen Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung, dem „mal-élu“ von 1953. Er hatte Sékou Touré jahrelang als Minister und Botschafter gedient und sich gerade zur Ruhe gesetzt. Über die Inhaftierung dieses alten Widersachers verlor Sékou Touré kein Wort, weder eines der Genugtuung noch ein solches der Schmähung: auch dieser muselmanische Grandseigneur, ein Klassenfeind par excel-

lence, ist ein Opfer seiner Klassengegner geworden. Wie der Bericht des Revolutionskomitees tadelnd hervorhebt, bediente er sich „der mohammedanischen Religion sowie anderer Mittel, um Propaganda für sich selbst zu machen“.

Der Nationale Revolutionsrat (C. N. R.), der durch ein Gesetz der Nationalversammlung vom 11. Mai 1969 zum „Tribunal Révolutionnaire“ erhoben worden war, faßte die Ermittlungen des Revolutionskomitees in zwei Tatbestände zusammen:

1. den Plan zur Ermordung des Präsidenten und zum Sturz des „régime populaire, démocratique et révolutionnaire installé en Guinée“;
2. den Plan zur Auslösung eines Bürgerkriegs durch Sezession von Fouta Djallon und Waldregion im Einverständnis mit ausländischen Mächten.

Die Erhebung des Revolutionsrates zum Revolutionsgericht rechtfertigt Sékou Touré mit dem Argument, dieses höchste Gremium der Partei zwischen zwei Kongressen habe nicht

nur das Recht, sondern auch die Pflicht, alle Entscheidungen, die die nationale Einheit und die Revolution gebieten, selbst zu treffen.

Der Nationale Revolutionsrat unterzog sich der ihm aufgetragenen „responsabilité suprême“ mit zumindest äußerer Korrektheit. Nach Anhörung des Revolutionskomitees, der Angeklagten und der Delegationen der Jugend, der Frauen, der Arbeiter, des Generalstabs, der Garnisonen, der Nationalversammlung und der Parteiorganisationen verkündete er sein drakonisches Urteil: Von den Angeklagten wurden 13 zum Tode⁹⁶⁾, neun zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und elf zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Angeklagten waren ohne Rechtsbeistand gewesen. Die Strafzumessung hält richterlicher Nachprüfung nicht stand.

Das Revolutionskomitee glaubte, damit das „innere Skelett der Konterrevolution“ zumindest zu 90 % zerschlagen und eine der gefährlichsten Phasen des vom französischen Imperialismus gegen Guinea betriebenen „Complot permanent“ überwunden zu haben⁹⁷⁾.

IX. Das fünfte Komplott (Invasionskomplott) vom 22. November 1970

Rasch häuften sich jedoch die Hinweise auf ein nächstes „Komplott“. Spätestens ab Sommer 1970 wußte die P. D. G., daß diesmal mit einer härteren Bewährungsprobe gerechnet werden mußte. Am 28. September kündigte Sékou Touré ein portugiesisches Landunternehmen an. Der Zeitpunkt war präzise vor auszube rechnen: nach der Regenzeit, aber noch vor Ende des mohammedanischen Fastenmonats Ramadan, d. h. Mitte bis Ende November. Dennoch traf man — außer Aufrufen zur „revolutionären Wachsamkeit“ — keinerlei Vorkehrungen. Weder die beargwöhnte Armee noch die Miliz wurden mobilisiert. Sowohl der äußere als auch der innere Feind wurden im unklaren gelassen. Das darin enthaltene Risiko scheint der P. D. G. kalkulierbarer gewesen zu sein als die Mobilmachung der Armee und Miliz.

Der erwartete Angriff kam daher, so paradox dies klingt, völlig überraschend. — Von den guineischen Küstenwachen unbemerkt, erschien am späten Abend des 21. November 1970 eine aus zwei größeren und mehreren kleineren Einheiten bestehende Invasionsarmada auf der Reede von Conakry. Die mitgeführten Landtruppen in Stärke von ca. 350 Mann, ausgerüstet mit Handfeuerwaffen, Panzerfäusten und Granatwerfern, versuchten tags darauf die strategisch wichtigen Objekte

der Hauptstadt zu besetzen. Zu regelrechten Kämpfen kam es zunächst nur im Bereich des Hauptquartiers der P. A. I. G. C.⁹⁸⁾, wo die Angreifer auf in ihrer Mehrzahl kämpferprobte und daher geistesgegenwärtige Guerilleros trafen. Dennoch gelang es, einige Dutzend portugiesische Kriegsgefangene der P. A. I. G. C. zu befreien und an Bord der Landungsschiffe zu bringen. Die Absicht der Invasoren, den Führer der P. A. I. G. C., Amílcar Cabral, in ihre Gewalt zu bringen, scheiterte. Cabral war außer Landes. Dagegen gelang die — wenn auch in den meisten Fällen nur vorübergehende — Befreiung einer Anzahl politischer Gefangener des Sékou Touré-Regimes im Militärlager „Boiro Mamadou“, das die Angreifer ebenso wie die Kaserne der „Garde

⁹⁶⁾ Kaman Diaby, Diallo Thierno Ibrahima, Keita Cheik Mohamed, Kouyaté Sangban, Barry Diawadou, Keita Fodeba, Fofana Karim, Keita Namory, Diallo Mamadou Mouctar, Camara Boubakar gen. M'Bengue, Coumbassa Ali, Bah Mamadou, Nabil Youla (davon die beiden letzteren in Abwesenheit).

⁹⁷⁾ HOROYA-HEBDO Nr. 1664-18 v. 17.—23. 5. 1969, S. 12 ff.

⁹⁸⁾ Parti Africain pour l'Indépendance de la Guinée et du Cap Vert. — Diese von Conakry aus operierende Partei ist Trägerin des weit fortgeschrittenen Befreiungskrieges gegen die portugiesische Kolonialmacht in dem an die Republik Guinea grenzenden Bissao.

Républicaine" zunächst zu besetzen, später aber nicht zu halten vermochten.

Der Bericht des vom Weltsicherheitsrat eingesetzten Untersuchungsausschusses spricht von einer „gut vorbereiteten“ und mit „Sachkenntnis und Präzision“ durchgeführten Operation⁹⁹⁾, aber die von Augenzeugen erhältlichen Berichte ergeben ein anderes Bild. Unter den Angreifern muß bei aller Klarheit über die mit dem Unternehmen verfolgten Nahziele — Zerstörung der P.A.I.G.C.-Basis, Befreiung der politischen und Kriegsgefangenen — beträchtliche Unklarheit über die anzuwendende Taktik bestanden haben. Es hat den Anschein, als seien nur Unterführer mit an Land gewesen, d. h. kein Offizier mit der Befähigung, einen Verband in Bataillonsstärke als solchen zu führen. Anders ist der rasche Zerfall der Invasionstruppe in kleine und kleinste, dadurch der sicheren Vernichtung preisgegebene Gruppen nicht zu erklären. Das gleiche gilt für die Verschwendung kostbarer Zeit durch Plünderungen und Verbringung der Beute auf die Landungsschiffe sowie für das Unvermögen der Angreifer, den unmittelbar am Meer gelegenen Flugplatz und das nicht minder günstig platzierte Funkhaus zu besetzen. Beide wären ihnen zur Stunde der Landung — ja, noch Stunden später — kampfflos zugefallen. Dies wiederum hätte — vorausgesetzt, daß es wirklich eine minutiöse Planung und eine über den bloßen Handstreich hinausgehende Zielsetzung gab — den Ereignissen einen anderen Verlauf gegeben.

Hatten die Angreifer wirklich einen Staatsstreich geplant? Wer waren diejenigen überhaupt, die das Hauptquartier der P.A.I.G.C. verwüsteten, die Freizeitresidenz Sékou Tourés in Brand schossen, die zwei Kasernen, das E-Werk und die Post besetzten, die Gefangenen befreiten, statt des Funkhauses einen längst aufgegebenen Sender „einnahmen“ und von der Besetzung des Flughafens aus offenbar recht unmilitärischen Gründen absahen?

Nach einer kurzen Periode ungläubigen Zögerns hat sich die Öffentlichkeit, auch die nach Conakry entsandte Mission des Weltsicherheitsrates, entschlossen, eine „Aktionsgemeinschaft“ zur Kenntnis zu nehmen, wie sie disqualifizierender — jedenfalls in afrikanischen Augen — kaum gedacht werden kann: Es handelte sich

1. um portugiesische Kriegsschiffe unter portugiesischem Kommando mit vorwiegend weißer Besatzung,

2. um reguläre portugiesische Truppen aus Bissao mit überwiegend schwarzen Mannschaften, aber weißen Offizieren und
3. um ein Kontingent guineischer „Dissidenten“, die in Bissao zuvor eine militärische Ausbildung erhalten hatten¹⁰⁰⁾.

Dieses Bündnis war, wie sich herausstellen sollte, ein nicht wiedergutzumachender politischer Fehler, den allenfalls der Erfolg hätte heilen können. Aber dieser blieb aus. Die Beteiligung portugiesischer Truppen führte in der Bevölkerung Conakrys und auch der anderen Städte, in denen Kampfhandlungen stattfanden, zu einem großartigen Solidarisierungseffekt. Sékou Touré brauchte fortan um den Bestand seines Regimes nicht mehr zu fürchten. Alle politische Unzufriedenheit trat in den Hintergrund: das Vaterland war in Gefahr, man mußte es retten; die nationale Unabhängigkeit war bedroht, man mußte sie verteidigen.

„Peuple de Guinée“, so heißt es in Sékou Tourés erstem Aufruf am Morgen nach der Invasion, „Du bist seit 2 Uhr morgens in Deiner Hauptstadt Conakry Opfer einer Aggression von seiten der imperialistischen Kräfte ... der portugiesische Kolonialismus dient als Brückenkopf dieser Aggression ...“ Solchen und ähnlichen Appellen konnte sich niemand entziehen. Selbst von einigen der befreiten politischen Häftlinge wird berichtet, sie hätten unter diesen Umständen darauf verzichtet, von ihrer Freiheit Gebrauch zu machen.

So mußte auch die Hoffnung der „Dissidenten“ fehlschlagen, die politischen Gefangenen, unter denen sich namhafte Politiker befanden, würden sofort die II. Republik proklamieren. Abgesehen davon, daß man das Funkhaus nicht hatte, wären diese auch nicht bereit gewesen. Denn welcher afrikanische Politiker wird seine Macht auf eine Intervention Portugals gründen wollen (und können)?

Andererseits dürfte der Kampfauftrag der portugiesischen Invasionstruppe auf das Kommandounternehmen gegen die P.A.I.G.C. und die Befreiung der portugiesischen Kriegsgefangenen beschränkt gewesen sein. Ihr Rückzug auf die in sicherer Entfernung ankern den Schiffe ist anders nicht zu erklären.

Die portugiesischen Streitkräfte in Bissao, zunehmend bedrängt durch die in der Manier des Volkskrieges¹⁰¹⁾ kämpfende P.A.I.G.C., deren

⁹⁹⁾ In der UN-Drucksache heißt es wörtlich: „L'invasion ... a été effectuée par des unités navales et militaires des forces armées portugaises agissant de concert avec des éléments dissidents guinéens venus de l'extérieur.“

¹⁰¹⁾ G. Chaliand, Lutte armée en Afrique, Paris 1967; B. Davidson, Die Befreiung Guineas, Frankfurt a. M. 1970.

⁹⁹⁾ Rapport de la Mission d'Enquête du Conseil de Sécurité en République de Guinée du 3 décembre 1970 (UN-Drucksache S/10009 mit Anlagen).

Nachschubwege und rückwärtige Dienste auf fremdem Territorium liegen und ihrem Zugriff dadurch entzogen sind, wollten sich durch ihre Nacht- und Nebelaktion wohl zuallererst militärische Entlastung verschaffen. Ein Sturz Sékou Tourés war zwar ebenfalls willkommen, wäre aber Sache der Guineer gewesen. Spätestens seit 1969 hatten selbst hohe Funktionäre des Sékou Touré-Regimes, wie Makassouba Moriba, eine solche Aktion vorausgesehen. Denn sie erkannten, daß die Unterstützung der P.A.I.G.C. mehr und mehr den Charakter einer direkten Herausforderung Portugals annahm, die nicht nur der P.A.I.G.C., sondern auch dem P.D.G.-Staat gefährlich werden konnte. Nach Aussage eines der Hauptangeklagten in dem durch die Invasion ausgelösten Prozeß, hielt Makassouba Moriba es schon 1969 nicht für ausgeschlossen, „daß die Portugiesen von ihrem internationalen Verfolgungsrecht gegenüber der P.A.I.G.C. in unserem Land Gebrauch machen könnten, und dann eine sehr ernste Situation entstünde...“¹⁰²⁾.

Daß das Regime mit dieser Situation fast ebenso schnell fertig wurde, wie sie entstanden war, überraschte sowohl ihre Urheber als auch diejenigen, die sie sich als Auftakt zum Staatsstreich zunutze machen wollten. Die vielgeschmähten guineischen Streitkräfte waren es, die, obwohl erst Stunden nach der Landung zur Stelle, die guineische Revolution vor dem Untergang bewahrten und auch bei den im Landesinnern aufflackernden Kämpfen (Forécariah, Koundara) ihrem Eid die Treue hielten. Unter den Angeklagten des bereits erwähnten Prozesses war nicht ein Angehöriger der Armee. Das läßt den Schluß zu, daß die vom VIII. Parteikongreß verordnete Heeresreform ihren Zweck, nämlich das Militär mit der Partei zu amalgamieren, bereits anderthalb Jahre später in ausreichendem Maße erfüllt hatte. Die der „Commission d'Enquête“ vorgeführten Oppositionellen haben allem Anschein nach keinerlei nennenswerte Verbindungen zu Armeekreisen gehabt; und diese wiederum waren nach der Reorganisation und Säuberung des Jahres 1969 noch nicht wieder so fest gefügt, daß etwaige Unzufriedene gewagt hätten, die 1969 bezogene „volle“ Deckung schon wieder zu verlassen.

Scheint also das Komplott zwischen portugiesischem Kolonialregime und guineischen „Dissidenten“, bei denen es sich allerdings eher um Söldner im schlichten Wortsinn als um politisch motivierte F.L.N.G.-Mitglieder gehandelt haben dürfte, hinreichend erwiesen, steht die Beweisführung der „Commission

d'Enquête“ hinsichtlich der Mitverschwörung hoher Funktionäre des Regimes und der Beteiligung mehrerer „fünfter Kolonnen“ nicht auf festen Füßen. Außerdem hinkt sie nach. Noch in dem Bericht, den das B.P.N.-Mitglied Ismael Touré vor dem O.A.U.-Ministerrat in Lagos (9. Dez. 1970) erstattete, findet sich kein Wort über eine derartige Ausweitung des Kreises der Verantwortlichen. Ismael Touré behauptete immer wieder, es habe sich, im Gegensatz zu 1969, wo sich der Imperialismus auch auf reaktionäre Kräfte im Landesinneren stützen konnte, diesmal um eine reine „agression extérieure“ gehandelt. Vor dem O.E.R.S.-Ministerrat gar, der unmittelbar nach dem portugiesischen Kommandounternehmen in Conakry zusammentrat, versicherte kein geringerer als Sékou Touré selbst, in Guinea gäbe es gar keine Opposition. Dessenungeachtet wurde der Dezember 1970 zu einem Monat plötzlicher Inhaftierungen und gefürchteter Verhöre. Ihr erstes, noch dunkles, aber schon unheilverkündendes Resultat war Anfang Januar 1971 die Einordnung der Vorgänge in das Konzept des Klassenkampfes, die Identifizierung des äußeren Feindes mit seinen „alliés de classe à l'intérieur“¹⁰³⁾. Gegen diese Gruppe „örtlicher Komplizen des Imperialismus“, deren Existenz man eben noch geleugnet hatte, richtete sich hinfort der Vergeltungseifer der Revolution in besonderer Schärfe.

Das neue Bild vom „peuple vrai“ und „anti-peuple“¹⁰⁴⁾ zeigt, wie sehr die einst belächelte Devise „la Révolution se radicalise“ bitterer Ernst geworden und auch aus dem Hintergrund der Novemberereignisse des Jahres 1970 nicht fortzudenken ist. Kaum acht Wochen lag die „agression extérieure“ zurück, da war nur noch eines wichtig: die Säuberung der Partei und des Staates von bewußten und unbewußten (!) Feinden der Revolution, die Liquidierung der Konterrevolution. „La classe ennemi du Peuple“ wurde beschrieben wie eh und je: die Minister, die Gouverneure, die Behördenchefs, die Offiziere, die die Revolution zu täuschen versuchen, die Verächter des Volkes, die Finanz- und Wirtschaftsverbrecher, die Schieber, die Trinker, die Opportunisten...

Aber eine Gruppe erschien zum erstenmal in dieser Galerie: „eine Clique unredlicher libanesischer Händler“, Vertreter jener „libanesischen Maffia“, deren öffentliche Anprangerung in der Horoya 1967 Makassouba Moriba sein Ministeramt gekostet hatte. Unter den vier großen Gruppen der in den Strudel des Invasionsgeschehens hineingerissenen

¹⁰²⁾ L'Aggression Portugaise Contre La République de Guinée — Livre Blanc, Conakry 1971, S. 479 ff.

¹⁰³⁾ Neujahrsbotschaft Tourés 1971, a. a. O., S. 205 ff.
¹⁰⁴⁾ Tourés Rede vor der Nationalversammlung am 18. Jan. 1971, a. a. O., S. 224 ff.

Männer und Frauen wurden sie dem Kreis der „*complices locaux*“ zugerechnet, die in Verbindung mit portugiesischen Behörden und „anderen“ imperialistischen Mächten die Aggression vom 22. November mit vorbereitet und mit durchgeführt haben sollen.

Diese örtlichen Mitverschwörer, deren Hauptkontingent von z. T. namhaften Staats- und Parteifunktionären gestellt wird, spielen in der Sicht des Regimes keineswegs eine subsidäre Rolle; ihr angeblicher Tatbeitrag war von durchaus zentraler Bedeutung. Denn nicht die 350 Mann starke Landungstruppe, sondern sie, die „*complices locaux*“, hatten den Bestand des Regimes in Frage gestellt, genauer: sie hätten ihn in Frage stellen können. Aber das Komplott, das sie miteinander und mit den drei anderen Gruppen verbunden haben soll, kam, wenn es überhaupt bestanden hat, nicht zum Zuge. Die nachgeschobene Behauptung vom Bestehen einer „*organisation contrerévolutionnaire intérieure complice des envahisseurs étrangers*“¹⁰⁵⁾ kontrastiert wenig glaubwürdig mit der Wiederholung jener unsinnigen Lebenslüge des Regimes, derzufolge es in Guinea gar keine oppositionellen Kräfte gibt¹⁰⁶⁾. Wenn es sie aber nicht gibt, sondern nur einen „*paravent*“ aus Ewiggestrigen, aus Gekränkten und verhinderten Karriere-machern, hinter dem „*le véritable ennemi*“ agiert, dann ist es eigentlich unbegreiflich, warum Sékou Touré sich seines verfassungsmäßigen Gnadenrechts auch und gerade im Hinblick auf diese Gruppe begeben hat¹⁰⁷⁾. Der einzige Schluß, den man daraus ziehen kann, ist der, daß es eben doch eine Opposition gibt, welche es im doppelten Sinne des Wortes kopflös zu machen galt.

Mit Makassouba Moriba, Barry III, Camara Loffo, Habib Tall, Gnan Felix Mathos, Baldét Ousmane, Camara Sékou, Jean Paul Alata und vielen anderen, darunter auch Exil-Politikern wie Conté Saidou, fraß die Revolution eine ganze Anzahl ihrer Kinder, zumeist Freunde des Präsidenten, aus denen, wenn nicht Feinde, so doch Kritiker geworden waren, einst mächtige Leute, die man jetzt ungestraft „*Renegaten*“ und „*verräterische Komparsen*“ nennen durfte. Dabei ist anzunehmen, daß sie nicht so sehr Sékou Touré gefährlich erschienen, als vielmehr jenem unerbittlichen Apparat der nach oben und nach links drängenden jüngeren „*Apparatschiks*“.

¹⁰⁵⁾ Rapport de la Commission d'Enquête du Comité Révolutionnaire, a. a. O., S. 401 ff.

¹⁰⁶⁾ Ebenda, S. 405.

¹⁰⁷⁾ Neujahrsbotschaft S. Tourés für das Jahr 1971, a. a. O., S. 199 ff.

Der Erosionsprozeß der alten Garde, denen die Genannten zugerechnet werden dürfen, ist unaufhaltsam. Aus den Erklärungen, die die B.P.N.- und Kabinettsmitglieder Sékou Tourés im Januar 1971 vor der Nationalversammlung abgegeben haben, bevor diese sich zum Revolutionstribunal konstituierte, ist abzulesen, wer von ihnen glaubt, noch eine Zukunft zu haben, und wer bereits fürchten muß, bei nächster Gelegenheit werde die Revolution auch ihn verschlingen. An einem B.P.N.-Mitglied, das es für nötig hält, sich der Nationalversammlung des progressivistischen Entwicklungsstaates, der für Verdienste nur ein Achselzucken hat, als „*votre serviteur*“ zu präsentieren, der der Partei seit ihrer Gründung angehört, seit 1950 Führungspositionen bekleide und seit 1957 Kabinettsmitglied sei, der es im Unterschied zu allen anderen für nützlich hält, sich der „*titres de noblesse*“ zu rühmen, die seine „*modeste personne*“ nur mit dem Beistand des Volkes zu tragen vermöge, der gleichzeitig seine „*disponibilité entière et inconditionnelle*“ beteuert und eindringlich auf das „*Privileg*“ seiner engen persönlichen Freundschaft mit S. Touré verweist — an einem solchen B.P.N.-Mitglied kann der bittere Kelch der Inquisition nur knapp vorübergegangen sein¹⁰⁸⁾. Man erinnert sich des vergleichsweise noblen Briefes, mit dem der aus Guinea stammende Generalsekretär der O.A.U., Diallo Telli, 1969 versuchte, die im Zusammenhang mit dem Militärkomplott gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu entkräften¹⁰⁹⁾. Aber auch dieser Brief war gezeichnet durch die unwillkürliche Devotion des zu Tode Erschrockenen, wenn auch gemildert durch die zwischen Addis Abeba, dem Amtssitz der Organisation für Afrikanische Einheit, und der guineischen Hauptstadt Conakry liegende Entfernung.

Die Angeklagten des Januar-Prozesses hatten dieses letzte „*Rechtsmittel*“ der Unterwerfungsgeste, der Berufung auf Verdienste, nicht mehr. Über sie war der Stab gebrochen, noch ehe sie dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden. Durch ihre Aussagen rissen sie eine Anzahl von Randfiguren mit sich in den Untergang. Treffen die Geständnisse des Hauptangeklagten Baldét Ousmane, so wie sie im guineischen Weißbuch wiedergegeben sind, zu, dann haben sie alle in enger Verbindung mit dem „*Front de Libération Nationale de la Guinée*“ gestanden, dessen „*groupe régional intérieur*“ sie bildeten, wobei aber ein Über-

¹⁰⁸⁾ Siehe die Erklärungen der B.P.N.- und Kabinettsmitglieder a. a. O., S. 269 ff.

¹⁰⁹⁾ Abgedruckt in HOROYA-HEBDO Nr. 1672-26 v. 12.—18. Juli 1969, S. 9 ff.

einkommen dahin gehend bestand, die oberste Führung den Exilpolitikern zu überlassen.

Nach den Reformen gefragt, die sie durchgeführt hätten, wenn sie an die Macht gekommen wären, nannten die Angeklagten erstmals in der Geschichte des permanenten Komplotts rein technokratische Anliegen, die aus der geringen Effizienz des sozialistischen Staats- und Wirtschaftsapparats resultieren: Änderung der Verwaltungsmethoden, Einsatz der verfügbaren Kader nach ihren Fähigkeiten, Teilprivatisierung des Binnenhandels zwecks Schaffung eines dem Verbraucher zugute kommenden Wettbewerbs, Übergang zur Bildungsplanung. — In seiner Grundentscheidung für den Sozialismus, in seinen politischen Organisationen hätten sie das Regime, so Baldét Ousmane, nicht angetastet.

Über die bevorstehende Invasion waren sie, ihren Aussagen zufolge, auf konspirativem Wege im voraus informiert. Doch sind Barry III, Makassouba Moriba und Camara Loffo offenbar die einzigen, die unumwunden eingestanden haben, an einem Komplott zum Sturze des Regimes beteiligt gewesen zu sein.

Viele wichtige Geständnisse fehlen ganz, insbesondere die von Gnan Felix Mathos, Jean Paul Alata, Camara Sékou und Erzbischof Tchidimbo, dem angeblichen Führer einer sog. „5ème Colonne Vaticane“. Die Geständnisse und Protokolle, die man im Weißbuch nachlesen kann, lassen Fragen und Zweifel aufkommen, statt sie zu beantworten.

Am weitesten gehen die Aussagen des nach eigener Angabe „coordinateur général du Front intérieur“, Baldét Ousmane; wegen seiner ungewöhnlichen Geständnisfreudigkeit wird er als Zeuge der Anklage präsentiert, obwohl das direkte Bekenntnis, an einem Komplott zum Sturze des Regimes teilgenommen zu haben, gerade in seiner Aussage fehlt. Aber er will dem F. L. N. G. bereits seit 1965 angehören und schon seit 1966 wissen, daß F. L. N. G. und portugiesische Regierung nach gemeinsamer Übereinkunft zu einer gemeinsamen Invasion der Republik Guinea rüsten. Er gibt seine F. L. N. G.-Kontakte sowohl außerhalb als auch innerhalb Guineas preis — darunter Makassouba Moriba, Camara Loffo, Barry III, Camara Sékou — und gesteht, über Mittelsmänner in Dakar an der Planung des Angriffstermins mitgewirkt zu haben. Von ihm erhält die „Commission d'Enquête“ schließlich eine — wenn auch unvollständige — Kabinettsliste, nach der im Falle des Erfolges eine provisorische Regierung hätte gebildet werden sollen.

Das Verhör von Barry III scheint weniger ergiebig gewesen zu sein. Neben dem bereits

erwähnten Bekenntnis („je reconnais être l'un des principaux acteurs de ce complot“) beschränkt er sich auf knappe, allerdings schwerwiegende Eingeständnisse. Danach hat er Mitverschwörer geworben, mit ihnen die Bildung einer neuen Regierung vorbereitet, Kontakte zu Exilpolitikern unterhalten, für sich den Posten des Premierministers und für Kaman Diaby das Präsidentenamt angestrebt und am 22. November 1970 einem portugiesischen Kommando den Weg zum Gefangenenlager der P. A. I. G. C. gewiesen. — Auffallend ist, daß Barry III, obwohl von Baldét Ousmane als führender Mitverschwörer im Rahmen des F. L. N. G. genannt, weder diese Organisation noch Baldét Ousmane selbst erwähnt und z. T. auch mit einer ganz anderen Gruppe von Exilpolitikern in Verbindung gestanden hat als jener.

Ebenso Camara Loffo, die sich zwar bereits im ersten Satz der Mitverschwörung bezichtigt („Je reconnais avoir participé au complot armé ...“), aber ihre — von Baldét Ousmane behauptete — Tätigkeit als „Frausekretärin“ des F.N.L.G. nicht erwähnt und offenbar auch nicht danach gefragt worden ist. Camara Loffo, damals schon todkrank und dem Vernehmen nach noch vor Eröffnung der Hauptverhandlung im Hause ihrer Familie verstorben, gehörte — ihrer Aussage nach — zum Freundeskreis Makassouba Moribas. Lange Zeit nur Mitwisserin und darauf bedacht, wenn schon mit Makassouba, so doch nicht mit den politischen Gegnern aus der Zeit vor 1958 (Barry III, Tall Habib) zu konspirieren, hatte sie schließlich, nach Verlust ihrer Ämter, zugestimmt, auch aktiv am Sturze der Regierung S. Touré (nicht des P.D.G.-Regimes!) mitzuarbeiten. Dabei ist es allerdings, abgesehen von gelegentlicher Kritik am Regime und unregelmäßigen Treffen mit Makassouba, Tall u. a. geblieben. — Ein exemplarischer Fall von Gesinnungsstrafrecht also, getreu Sékou Tourés Wort, wonach die Konterrevolution sich weniger in Gewehren und Bomben, als vielmehr in einem ganz bestimmten „état d'esprit“ manifestiere.

Nicht anders ist es im Falle Tall Habibs, der, nach Angabe von Barry III, für den militärischen Teil der Verschwörung verantwortlich war, aber offensichtlich nicht veranlaßt wurde oder nicht veranlaßt werden konnte, über diesen wesentlichen Sachverhalt ein Geständnis abzulegen. Seiner Aussage nach — der kürzesten von allen — war er kaum mehr als ein Mitwisser und Sympathisant. Dennoch wurde er zum Tode verurteilt.

Auch der Tatbeitrag Makassouba Moribas bleibt letztlich unklar. Baldét Ousmane, dessen engster Mitarbeiter er doch gewesen sein soll,

spielt in seinen Aussagen keine Rolle. Als die ihm im Rahmen des Komplotts zugefallene Aufgabe bezeichnet Makassouba die Werbung von Sympathisanten. Dies entspricht wenigstens den Aussagen untergeordneter Mitverschwörer wie Keita Kara und Badary Aly. Auch er nennt Namen. Darunter sind wohl Camara Loffo, Barry III und Tall Habib. Aber Baldét Ousmane fehlt. Es ist so, als kenne er weder ihn noch seine Aussagen noch den F.L.N.G. Das kann das Unbehagen der Öffentlichkeit, die das guineische Weißbuch von der Begründetheit und von der Rechtmäßigkeit der verhängten Strafen überzeugen soll, nur vergrößern. Denn die „Commission d'Enquête“ hätte doch das größte Interesse haben müssen, die belastenden Aussagen Baldéts in die Anklage mit einzubeziehen und sie ihm vorzuhalten — zur Herbeiführung eines Geständnisses. Aber dies ist entweder unterblieben, oder es hat das zur Stützung der These vom Komplott mit dem F.L.N.G. erforderliche Geständnis nicht erbracht.

Gleichwohl ist die Aussage Makassoubas in der offiziellen Gesamtbewertung der Ereignisse zu einem wesentlichen Baustein geworden. Mit seinen sensationellen Angaben über eine angebliche Mitbeteiligung der BRD-Botschaften in Conakry und in den Nachbarländern¹¹⁰⁾ hat er seiner Regierung „Beweise“ geliefert, die diese zur Stützung ihrer abenteuerlichen Beschuldigungen gegen die Bundesrepublik Deutschland dringend benötigte. Wie Baldét Ousmane zum Kronzeugen gegen seine Landsleute, so ist Makassouba Moriba dadurch zum prominentesten guineischen Zeugen gegen die Bundesrepublik Deutschland geworden. Aber seine diesbezüglichen Aussagen finden in den Geständnissen anderer guineischer Angeklagter, die an den gleichen Vorgängen beteiligt gewesen sein wollen, keine substantielle Stütze.

In der mysteriösen Angelegenheit des Waffentransports z. B. gibt es eine Reihe besonders eklatanter Widersprüche¹¹¹⁾, die charakter-

¹¹⁰⁾ Angeblich dienten die deutschen Botschaften zur Nachrichtenübermittlung „entre nous et les anti-guinéens de pays voisins“. Ferner will Makassouba durch Vermittlung der BRD-Botschaft Conakry am 20. November 1970 eine geheime Schiffsladung Waffen erhalten und diese in die Residenz des deutschen Botschafters haben bringen lassen. A. a. O., S. 471 ff.

¹¹¹⁾ Bericht der Commission d'Enquête: Bei der fraglichen Schiffsladung habe es sich „wahrscheinlich“ um Waffen und Munition gehandelt.

Aussage Makassouba Moribas: Es handelte sich um Gewehre und Tränengasbomben. „Der“ Sekretär (welcher?) der BRD.-Botschaft in Conakry habe das Schiff angekündigt und sei bei der Entladung im Hafen von Gbessia zugegen gewesen. Die Waffen

stisch für das gesamte Weißbuch sind und seine Beweiskraft entscheidend vermindern. Es ist eben zweierlei, das Bild eines gigantischen Komplotts in Reden, Aufrufen und Tagesbefehlen zu beschwören und hierüber ein Weißbuch zu veröffentlichen, das der kritischen Lektüre — und der Nachwelt — standhalten soll.

Insbesondere die Konstruktion einer Mitverschwörung von Behörden der Bundesrepublik Deutschland hätte größerer Anstrengungen bedurft¹¹²⁾. Die von der „Commission d'Enquête“ zusammengetragenen Indizien reichen zum Beweis der guineischen Vorwürfe¹¹³⁾ keineswegs aus. Ob tatsächlich, wie es dort heißt, Behörden der Bundesrepublik Deutschland (welche?) an Vorbereitung und Durchführung der Invasion beteiligt waren, ob sie tatsächlich umstürzlerische Beziehungen zu guineischen Exilpolitikern unterhielten, ob sie wirklich damit beschäftigt waren, in Guinea ein Bürgerkriegsklima zu erzeugen, ob es in Guinea tatsächlich einen gegen die innere Sicherheit des Landes gerichteten westdeutschen Spionagering bzw. eine westdeutsche „Fünfte Kolonne“ gegeben hat, ob westdeutsche Staatsbürger wirklich an der Invasion vom 22. November 1970 aktiv teilgenommen haben, ob es einen westdeutschen Sabotageplan für die guineische Industrie gegeben hat, ob mit Hilfe der deutschen Botschaft wirklich ein geheimer Waffenhandel in Guinea betrieben worden ist und ob der Freitod des Botschafters der Bundesrepublik in Lissabon mit dem Scheitern der Invasion vom 22. November 1970 wirklich un-

seien in die Residenz des deutschen Botschafters transportiert worden.

Aussage Camara Loffos: Die Waffen lagerten im Hause Diallo Sadas in Ratoma.

Aussage des Polizeikommissars Keita Kara: Beim nächtlichen Entladen der Waffen seien außer ihm nur Makassouba, Barry III und Tall Habib zugegen gewesen. Die Waffen seien zum größten Teil in das Hauptelektrizitätswerk geschafft, der Rest unter Barry III, Tall Habib und Makassouba aufgeteilt worden.

Aussage des P.D.G.-Funktionärs Badary: Beim nächtlichen Entladen der Waffen seien außer ihm nur Makassouba und Keita Kara zugegen gewesen. Die in Kisten verpackten Waffen seien zum Treffpunkt der Gruppe nach Ratoma transportiert, dort gelagert und später verteilt worden.

Die Behauptung Makassouba Moribas, der Sekretär der BRD-Botschaft sei beim Entladen zugegen gewesen und die Waffen seien in die Residenz des deutschen Botschafters geschafft worden, fällt durch diese Widersprüche praktisch in sich zusammen.

¹¹²⁾ „... die Komplizenrolle der westdeutschen Behörden tritt auf allen Ebenen des gewaltsamen Versuchs zur Rekolonialisierung der Republik Guinea zutage“, a. a. O., S. 401 ff.

¹¹³⁾ Siehe das Communiqué des guineischen Oberkommandos anlässlich der Ausweisung der westdeutschen Experten und ihrer Familien, a. a. O., S. 196 ff.

mittelbar zusammenhängt — das alles ist nach wie vor im günstigsten Fall sehr fraglich.

Als ersten Anhaltspunkt für eine deutsche Beteiligung wertet die Untersuchungskommission¹¹⁴⁾, daß die Bundesregierung und ihre Vertretung in Conakry es im Gegensatz zu allen übrigen Regierungen nach der Invasion unterlassen hätten, der guineischen Regierung und dem guineischen Volk ihre Sympathie zu bekunden.

An zweiter Stelle steht die durch nichts bewiesene Behauptung, ein deutscher Projektleiter in Conakry, Graf Tiesenhausen, der in der Invasionsnacht ebenso zufällig und tragisch ums Leben gekommen ist wie ein Legationsrat von der DDR-Botschaft, habe den Tod gefunden bei Erfüllung seiner „mission d'appui opérationnel aux commandos de débarquement...“

An dritter Stelle steht eine angeblich bei dem deutschen Projektleiter in Kankan, Hermann Seibold, sichergestellte Aufzeichnung aus dem Bonner Auswärtigen Amt. Abgesehen davon, daß Zweifel an seiner Echtheit bestehen, liefert dieses Dokument, das im Weißbuch nachgelesen werden kann, von den nach Auffassung der „Commission d'Enquête“ darin enthaltenen Beweisen nicht einen: weder den für die angebliche Mission des Grafen Tiesenhausen noch den für die behaupteten Zusammenhänge zwischen dem Scheitern der Invasion und dem Freitod des Botschafters Schmidt-Horix in Lissabon.

Als Beweis für eine regelrechte Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der portugiesischen Invasion ist das Dokument, selbst wenn es echt sein sollte, erst recht nicht zu gebrauchen. Denn es enthält nicht mehr als eine Unterrichtung über die erste portugiesische Reaktion auf die Nachricht vom Scheitern des Landunternehmens sowie vorsichtige Mutmaßungen über eine mögliche Verschlechterung der deutsch-guineischen Beziehungen infolge des NATO-Bündnisses, das die Bundesrepublik mit Portugal verbindet. Außerdem befürchtet der Verfasser, die Bundesrepublik könne durch Beutewaffen deutscher Herkunft kompromittiert werden; er empfiehlt deshalb die Beteiligung Portugals an den Ereignissen vom 22. November 1970 offiziell zu dementieren.

Daß ein solches Dokument, selbst wenn es gefälscht ist, im ersten Augenblick heftige Emotionen und auch Assoziationen auslöst, wird niemanden wundern. Aber die Auffassung der Untersuchungskommission, wonach das Dokument „de façon éclatante la participation consciente et active du gouvernement de Bonn dans l'agression armée du 22 novembre

¹¹⁴⁾ A. a. O., S. 401 ff.

1970“¹¹⁵⁾ an den Tag bringt, wird niemand teilen.

Was bleibt, sind die schweren Beschuldigungen gegen einzelne deutsche Experten (Hermann Seibold, Adolf Marx etc.), die jedoch, selbst wenn sie zuträfen, nicht unmittelbar gegen die Bundesrepublik Deutschland als solche verwendet werden können. Was besagt es gegen einen Staat, wenn einer seiner Bürger in Konflikt mit den Gesetzen oder mit der Politik eines anderen Staates gerät?

Weder Hermann Seibold noch Adolf Marx waren Beamte oder Angestellte des Bundes. Seibold war für die Organisation „Jugenddorf“ des evangelischen Pastors Dannemann tätig, Marx für eine französische Brauereigesellschaft. Die Ausweisung aller Westdeutschen und den einseitigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen haben sie nicht zu verantworten. Ihr tragisches Schicksal — Seibold verstarb auf ungeklärte Weise in der Untersuchungshaft, Marx wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt — ist nicht Ursache, sondern Folge eines Aushöhlungsprozesses, dem die Beziehungen zwischen Bonn und Conakry seit langem ausgesetzt waren. Dieser Prozeß erreichte seinen kritischen Punkt, als Guinea Anfang September 1970 die DDR anerkannte und die Bundesregierung dies mit der in solchen Fällen üblichen Formel quittierte, sie werde ihr Verhalten gegenüber Guinea hinfort an ihren eigenen Interessen orientieren.

Guinea erblickte darin eine kaum verhüllte Drohung, „welche die Grenzen der wirtschaftlichen Erpressung überschreitet, deren sich der Imperialismus schon oft bedient hat, um die afrikanischen Staaten einzuschüchtern“¹¹⁶⁾. Der Konflikt, ohnehin angelegt in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen beider Staaten, kam offen zum Ausbruch. Die guineische Regierung registrierte im Verhalten der Bundesrepublik offene Feindschaft¹¹⁷⁾, empfing den deutschen Botschafter nicht mehr und ergriff die sich mit der portugiesischen Landung bietende Gelegenheit, die mächtige Bundesrepublik in die Schranken zu fordern und an zwei ihrer Staatsbürger ein weithin sichtbares anti-imperialistisches Exempel zu statuieren.

Die Nationalversammlung allein, erstaunlicherweise ohne den Nationalen Revolutionsrat, konstituierte sich am 18. Januar 1971 durch Gesetz zum „Tribunal Révolutionnaire Suprême“ und verhängte am 23. Januar 1971 nach Anhö-

¹¹⁵⁾ A. a. O., S. 402 ff.

¹¹⁶⁾ A. a. O., S. 411 ff.

¹¹⁷⁾ Als solche wertete sie vor allem die Nichtauslieferung eines guineischen Botschaftsattachés, der in der Bundesrepublik um politisches Asyl gebeten hatte.

zung der „Strafanträge“ aus den Parteiorganisationen ihre drakonische Sentenz: 62 Todesurteile¹¹⁸⁾ (davon 33 in Abwesenheit), 68 Urteile auf lebenslängliche Zwangsarbeit¹¹⁹⁾.

Soviel ist sicher: Innerer Friede, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu bescheidener Prosperität werden durch solche Urteile nicht begründet. Vielmehr laden sie das „permanente Komplott“ mit immer neuen Energien auf. Schon hat Sékou Touré am 26. April 1971 eine neue Säuberungswelle in Aussicht gestellt. Diesmal wird sie die Parteikader erfassen. Das Bild vom Skorpion, der in der äußersten Bedrängnis den Stachel gegen sich selber kehrt, drängt sich auf. Schon ist von neuen Attentatsplänen gegen den „Premier Responsable“ der guineischen Revolution die Rede.

¹¹⁸⁾ Darunter Baldét Ousmane, Camara Sékou, Makassouba Moriba, Barry III, Habib Tall, Camara Loffo.

¹¹⁹⁾ Darunter Erzbischof Tchidimbo, Gnan Felix Mathos, Jean Paul Alata, Adolf Marx und Hermann Seibold.

Schon beunruhigt er selbst die Öffentlichkeit aufs neue mit düsteren Ankündigungen: neue Angriffe von außen stünden bevor. Die Saat der Gewalt geht prächtig auf. Kaman Diaby, Keita Fodéba, Fofana Karim und Barry Diawadou, die als Führer des Militärkomplots von 1969 zum Tode verurteilt worden waren und trotzdem im Kalkül der Opposition von 1970 noch eine Rolle gespielt hatten, sind nicht mehr unter den Lebenden. Das wissen wir aus dem erschütternden Bericht des Hauptmanns Amou Soumah, der — ehemaliger Adjutant S. Tourés und als Kommandeur des 4. Bataillons im Zusammenhang mit dem Militärkomplot ebenfalls inhaftiert — während der Novemberwirren aus seinem Gefängnis in Conakry entkommen konnte¹²⁰⁾. Die Früchte des Zorns reifen heran. Wir hatten lange Zeit geglaubt, der guineische Sozialismus sei ein „menschlicher“ Sozialismus. Ich fürchte, wir werden uns korrigieren müssen . . .

¹²⁰⁾ Jeune Afrique Nr. 541 vom 18. Mai 1971, S. 15 ff.

Literaturhinweise

- Ansprenger, F., Politik im Schwarzen Afrika, Köln/Opladen 1961.
Gmelin, W., Der Beginn eines eigenständigen politischen Lebens und die Entwicklung der Einheitspartei in Guinea, Tübingen 1968.
Guiton, R. I., Afrika im Widerspruch, Bd. 1, Das Aufbegehren, Köln 1967.
Löwenthal, R. u. a., Entwicklungsländer zwischen nationaler und kommunistischer Revolution, Hannover 1965.
Morgenthau, Ruth Schachter, Political Parties in French-Speaking West Africa, Oxford 1964.
Scherk, N., Dekolonisation und Souveränität, Wien 1969.
Scupin, H.-U. (Hrsg.), Unvollendete Demokratien — Organisationsformen und Herrschaftsstrukturen in nicht kommunistischen Entwicklungsländern in Asien, Afrika und im Nahen Osten, Köln/Opladen 1965.
Stahn, E., Kommunistische Modelle für Afrika? Ghana und Guinea, Hannover 1967.
Strauch, H. F., Panafrika — Kontinentale Weltmacht im Werden?, Zürich 1964.
Suret-Canale, J., La République de Guinée, Paris 1970.
Voß, J., Guinea, (= Bd. 37 der Reihe DIE LÄNDER AFRIKAS), Bonn 1968.
ders., Der progressistische Entwicklungsstaat. Seine rechts- und verwaltungstechnische Problematik. Das Beispiel der Republik Guinea, Hannover 1971.

Abkürzungen

- B.A.G. Bloc Africain de Guinée (Rechtspartei der Kolonialzeit)
C.N.T.G. Confédération Nationale de Travailleurs de Guinée (Einheitsgewerkschaftsbund, seit 1968 nur noch Gliederung der Partei P.D.G.)
J.O.R.G. Journal Officiel de la République de Guinée
J.-R.D.A. Jeunesse du Rassemblement Démocratique Africain (Einheitsjugendverband, Gliederung der Partei P.D.G.)
O.A.U. Organisation for African Unity (Organisation für Afrikanische Einheit)
O.E.R.S. Organisation des Etats Riverains du Fleuve Sénégal (Organisation der Senegal-anrainerstaaten Mauretanien, Mali, Guinea und Senegal)
P.A.I.G.C. Parti Africain pour l'Indépendance de la Guinée et du Cap Vert (von Conakry aus operierende Unabhängigkeitsbewegung für Portugiesisch-Guinea)
P.U.N. Parti de l'Unité Nationale (Partei der Nationalen Einheit, Versuch der Einführung einer Oppositionspartei in das guineische Verfassungssystem, 1965 gescheitert)

Das chinesisch-albanische Bild von den „häßlichen Sowjets“

Chinesische Analysen über die „bourgeoise Konterrevolution“ in Moskau

Wenn die Chinesen und ihre Gefolgsleute, vor allem die Albaner, heute die Sowjets als Veräter an der kommunistischen Lehre einstufen, so steht dahinter mehr als nur eine verbale und isolierte Verunglimpfung. Wie es im kommunistischen Leben üblich ist, gehört ideologische Weitschweifigkeit auch zur Begründung simpelster Feststellungen. So haben die Chinesen inzwischen ein ganzes Gedankensystem aufgebaut, um den sowjetischen Verrat an der Lehre umfassend einzuordnen und die einzelnen Züge zu klassifizieren. Dabei steht der das östliche Denken bestimmende Grundzug Pate, daß alles Geschehen nach „wissenschaftlichen Grundlagen“ erforschbar ist und sich entsprechend voraussehen läßt. Der chinesische Gedankenüberbau hinsichtlich der gegenwärtigen und künftigen sowjetischen Entwicklung bringt mancherlei Absonderlichkeiten zutage, schärft andererseits aber auch stellenweise den Blick für echte innere Zusammenhänge der kommunistischen Wirklichkeit von heute.

Drei Veröffentlichungen des chinesischen Lagers vor allem sind es, die das Gerüst des Systems erkennen lassen, nach dem die heutige Moskauer Führung vom hohen Richterstuhl der „echten“ Lehre aus verurteilt wird. Den ersten ausführlichen Text für diesen Zusammenhang legten die Chinesen in einer zweifellos als amtlich zu betrachtenden Proklamation zum 100. Geburtstag Lenins vor. Die gesamte chinesische Publizistik übernahm die Veröffentlichung, die zugleich in *Jen Min Jih Pao* (Pekinger Volkszeitung), *Hung Chi* („Rote Fahne“) und in der Zeitung der Volksbefreiungsarmee *Chieh Fang Chün Pao* erschien¹⁾. Zum 100. Jahrestag der Pariser Kommune erschien ein weiterer Beitrag, der ebenfalls von den Redaktionsabteilungen der gleichen drei chinesischen Blätter verfaßt wurde und der das gleiche Thema mit leichten Variationen abhandelte²⁾. Ein Artikel des

albanischen Parteiblattes *Zeri i Popullit*, der gezielt während des XXIV. Parteitages der KPdSU veröffentlicht wurde, verdient in diesem Zusammenhang ebenfalls Erwähnung, weil er einige zusätzliche Aspekte zur ideologischen Konzeption der Chinesen liefert³⁾. Die Auswahl dieser Quellen ist natürlich beschränkt, liefert aber dennoch ein umfassendes Bild dessen, worum es den nach China orientierten Gegnern des Sowjetsystems heute geht.

Ausgangspunkt der langatmig entwickelten Überlegungen ist die in allen Konsequenzen vertretene und mit vielen Nuancen ausgeschmückte Version, Moskaus revisionistische Führung habe unter Verrat der militant-revolutionären Grundposition des Kommunismus einen Umschwung in Richtung eines bourgeois-revisionistischen Kurses mit dem Endziel der Wiedererrichtung des Kapitalismus herbeigeführt. In gängige Schlagworte zusammengefaßt lautet die Anklage, es sei eine bürgerliche Konterrevolution gegen die ursprüngliche kommunistische Revolution unter Lenin durchgeführt worden.

Kampf gegen Moskau nach den Gesetzen der Kulturrevolution

Die Tatsache, daß man in Peking gerade diese Anklage an die Adresse der heutigen Kreml-Führung richtet, verdeutlicht die Ernsthaftigkeit und die Schwere der Entscheidung gegen Moskaus System. Denn nach den Texten ist die Konterrevolution in der Sowjetunion „das Ergebnis der Usurpation der Parteiführung und Regierung durch eine Handvoll mächtiger Parteileute, die dort den kapitalistischen Weg beschritten haben . . .“⁴⁾. Hier ist daran zu erinnern, daß die Kulturrevolution in China in ihrem Verlauf immer eindeutiger motiviert wurde als Kampf zur Vernichtung „einer Handvoll mächtiger Parteileute, die den

¹⁾ Zitate aus diesem Bericht werden nach der englischen Fassung in der rotchinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua vom 21. 4. 1970 wiedergegeben.

²⁾ Wiedergabe aus diesem Bericht nach Hsinhua vom 17. 3. 1971.

³⁾ Zitate aus dieser Darstellung beruhen auf der Wiedergabe des Textes durch die albanische Nachrichtenagentur ATA, Agence Télégraphique Albanaise, in englischer und französischer Sprache vom 25. 3. 1971.

⁴⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 21. 4. 1970.

kapitalistischen Weg beschritten haben". Mit anderen Worten, alles was man gegen den Staatspräsidenten Liu Schao-tschü vorbrachte, wird genauso der heutigen sowjetischen Führung angelastet. Wenn man im eigenen Lande wegen solcher „Fehler“ die Kulturrevolution entfesselte, so läßt sich aus diesem Sachverhalt ablesen, wie schwerwiegend man den Bannstrahl gegen den Kreml einschätzt. Bekanntlich sollte ja die Kulturrevolution dem Zweck dienen, eine angeblich durch den Rückfall in bourgeoise, kapitalistische Tendenzen bestimmte Entwicklung der Partei aufzuhalten durch die Wiederinstallierung rein revolutionärer Impulse als Grundlage allen kommunistischen Verhaltens. Was man also in China in jahrelangen inneren Auseinandersetzungen zerschlagen wollte, das soll heute nach Pekings Meinung in der Sowjetunion beherrschend im Vordergrund stehen.

Prägnanter als durch diese Kontra-Stellung läßt sich die chinesische Unversöhnlichkeit gegen das heutige Sowjetsystem nicht mehr charakterisieren. Aus chinesischer Sicht gibt es keinerlei Verbindung mehr zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen System. Die „Renegaten Breschnew und Konsorten“ werden bezichtigt, „ihren revolutionären Quatsch“ als Leninismus auszugeben. „Sie geben vor, Lenin zu ‚ehren‘, in Wirklichkeit jedoch bedienen sie sich des Namens Lenin, um ihren Sozialimperialismus und Sozialfaschismus und Sozialmilitarismus voranzutreiben. Was für eine unverschämte Beleidigung für Lenin!“⁵⁾

Marxismus-Leninismus gleich Maoismus

Die gängige Anwendung der Formel vom „Sozialimperialismus und Sozialfaschismus“ auf die Sowjetunion dokumentiert, daß man Moskau heute bereits als außerhalb des kommunistischen Lagers stehend betrachtet. Die Konsequenz aus dieser Feststellung ist, daß man in Moskau und Peking von völlig unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der Mächtegruppen in der Welt ausgeht. Während Moskau die Abtrünnigkeit der Chinesen noch für überbrückbar hält, das sozialistische Lager als Einheit betrachtet, in der der Internationalismus der Bewegung durch eine mögliche Korrektur bei den chinesischen Abweichlern noch wiederherzustellen wäre, zieht Peking einen definitiven Trennungsstrich. Moskau hält also an seiner These fest, daß zwei Weltsysteme, der Kapitalismus und der Kommunismus, den Vordergrund der Weltauseinandersetzung be-

herrschen. China dagegen spricht von drei unterschiedlichen und deutlich gegeneinander abgegrenzten Kräften im globalen Geschehen, vom kapitalistischen Imperialismus (also vom Westen), vom Sozialimperialismus (die Sowjetunion und ihr Satellitenbereich) und vom Kommunismus, der allein von Peking fortgesetzt und repräsentiert wird. Danach gelten die Sowjets in der chinesischen Einschätzung nicht mehr nur als Abtrünnige des Leninismus, sondern vielmehr als Außenstehende mit zwar eigener, aber nicht mehr kommunistischer Prägung.

Aus dieser Situation ergibt sich, daß sowohl die Sowjets als auch die Chinesen mit einem Vorranganspruch im kommunistischen Lager auftreten — Moskau als Ursprungsort der kommunistischen Bewegung, Peking in der Selbstgewißheit, allein den „echten“ Kommunismus zu vertreten. Denn nach Pekinger Version kann heute Marxismus-Leninismus nur noch Maoismus bedeuten: „Eine neue historische Periode des Kampfes gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Imperialismus hat begonnen. Dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus läutet die Totenglocke. Der unbesiegbare Marxismus-Leninismus und die Lehren Mao Tse-tungs sind die mächtigen Waffen des Proletariats. ... Integriert in die revolutionären Massen der Hunderte von Millionen und in die konkrete Praxis der Volksrevolution in allen Ländern werden der Marxismus-Leninismus und die Lehre Mao Tse-tungs mit Gewißheit eine unerschöpfliche revolutionäre Kraft hervorbringen, um die ganze Welt zu zerschmettern und in Fetzen zu schlagen! Lang lebe der große Marxismus! Lang lebe der große Leninismus! Lang lebe die große Lehre Mao Tse-tungs!“⁶⁾

Ausgleich auf dem Gebiet zwischenstaatlicher Beziehungen

Nun bedeutet das demonstrative Hinwerfen des Fehdehandschuhs durch die Chinesen auf ideologischem Gebiet aber gegenüber den Sowjets durchaus nicht den absoluten Bruch in allen Bereichen. Denn während man von Peking aus zum XXIV. Parteitag der KPdSU noch einmal gezielt die Unversöhnlichkeit der ideologischen Position gegenüber den Kreml-Gewaltigen dokumentieren wollte, gab man sich alle Mühe, daneben — sozusagen zum Ausgleich — das Interesse an der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu bekunden. Am 17. März 1971 war der Artikel zum

⁵⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 21. 4. 1970.

⁶⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 21. 4. 1970.

100. Jahrestag der Pariser Kommune erschienen, am 21. März, also nur vier Tage später, rückte man durch eine Geste Tschou En-lais das Bemühen um Konsolidierung der Beziehungen auf Staatsebene fast überdeutlich ins Rampenlicht. Der chinesische Ministerpräsident erörterte mit dem Sowjetbotschafter in Peking, Wassili Tolstikow, und mit dem Chef der sowjetischen Delegation bei den Grenzgesprächen, Leonid Iljitschow, unter Teilnahme des chinesischen Verhandlungsführers Tschiao Kuan-hua „beiderseits interessierende Fragen“. Das heißt, dem Affront und der Provokation auf ideologischem Gebiet folgte zum Zeichen, daß dessenungeachtet alles beim alten bleiben sollte, eine betonte Freundlichkeit auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Die Chinesen legten Wert darauf zu bekunden, daß die Serie der Fühlungsnahmen auf außenpolitischem Gebiet fortgeführt werden soll, wobei einige markante Daten Anzeichen einer ständigen Verbesserung ausweisen. Breschnew nahm auf diese Daten in seiner großen Eröffnungsrede zum XXIV. Parteitag deutlich Bezug. Es begann mit der Begegnung zwischen Tschou En-lai und Kossygin auf dem Pekinger Flughafen am 11. September 1969. Die Folge davon war, daß die damals äußerst gespannten Beziehungen wegen der blutigen Grenzwissenschaften durch Verhandlungen gelockert wurden, wenngleich in den jetzt bereits ein- einhalb Jahre dauernden Besprechungen noch kein konkretes Ergebnis erkennbar wird.

In der zweiten Hälfte 1970 tauschte man wieder gegenseitig Botschafter aus. Im November 1970 wurde in Peking ein Zahlungs- und Handelsabkommen abgeschlossen, nachdem man sich darum während der beiden vorhergehenden Jahre vergebens bemüht hatte. Die Grenzverhandlungen sind inzwischen zu einer Art fester Institution geworden. Ihre Funktion besteht darin, die latent vorhandene Gefahr unvorhersehbarer Konsequenzen zu neutralisieren. Deshalb können die Verhandlungen auch ohne sichtbaren Erfolg andauern, wenn man mit dem einen bisher erzielten Ergebnis zufrieden ist, daß man wenigstens miteinander am Tisch sitzt und nicht gegeneinander kämpft.

Es läßt sich also eine stillschweigende Übereinkunft der beiden kommunistischen Kontrahenten in der Richtung voraussetzen, daß man bei einer deutlichen ideologischen Distanzierung voneinander gleichzeitig die Wiederherstellung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen fördern möchte. Läuft das nicht im Grunde auf eine typische Verwirklichung der Gegebenheiten der „friedlichen Koexistenz“

zwischen zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung hinaus, wenngleich diese beiden Staaten paradoxerweise Staaten kommunistischer Gesellschaftsordnung sind?

Wenn nun die Sowjets die Konzeption von der Einheit des kommunistischen Weltsystems in der Erwartung beibehalten, Rotchina eines Tages zur Rechtgläubigkeit zurückführen zu können, so bleibt vorläufig die Frage offen, worauf sich derartige Hoffnungen stützen könnten. Sicher spielt hierbei die Berücksichtigung des hohen Lebensalters von Mao Tse-tung eine entscheidende Rolle. Man meint offenbar, in relativer Ruhe abwarten zu können, was die Zeit nach Mao bringt. Ein Artikel der polnischen Wochenzeitung *Kultura* ist in dieser Hinsicht charakteristisch: „Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß Peking in den nächsten Jahren mit dem großen und schwierigen Problem konfrontiert wird, eine neue Autorität hervorzubringen, die ohne Hilfe Mao Tse-tungs die Macht in China übernehmen könnte. Diese Autorität würde wahrscheinlich nach einer gewissen Übergangsperiode auftauchen, während der Staat und die Partei von einem von Mao und Lin Piao ernannten Team geleitet werden würden. Nur dann könnten scheinbar bedeutendere Änderungen in der von der chinesischen Führung verfolgten Linie, vor allem ein Abgehen von der utopisch-spalterischen Plattform des Vorsitzenden Mao, erwartet werden.“ 7)

In Moskau glaubt man, daß nach Maos Abtreten die eigene Konzeption von der Einheit des kommunistischen Weltsystems unter Einschluß Rotchinas den Sieg davontragen wird über Chinas heutiges Bemühen, neben Imperialismus und Kommunismus noch eine dritte Kraft zu etablieren, nämlich das Machtgefüge des sowjetischen Sozialimperialismus.

Wie sich die Konterrevolution vollzog

Ein kritischer Punkt der chinesischen Argumentation ist die Frage, inwiefern sich denn Beweise dafür erbringen lassen, daß in Rußland nach der kommunistischen Revolution fast unbemerkt und unregistriert eine Konterrevolution zur Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse sich vollzogen haben soll. Die chinesische Erklärung hierzu sucht anzusetzen an der Behauptung, daß auch nach der Machtergreifung des Kommunismus in der Sowjetunion der Klassenkampf noch weitergegangen sei. So habe auch Stalin gegen ein Wiedererstehen der bürgerlichen Kräfte kämpfen

7) Zitiert nach PAP, englisch, vom 7. 4. 1971.

müssen: „Stalin hat eine ganze Clique konter-revolutionärer Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, ausge-räumt — Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Radek, Bucharin, Rykow und andere. Dies zeigte, daß die ganze Zeit über ein scharfer Klassenkampf geführt wurde und daß die Gefahr kapitalisti-scher Restauration ständig vorhanden war.“⁸⁾ Die entscheidende Wende in dieser Entwick-lung habe sich dann nach dem Tode Stalins vollzogen. Chruschtschow sei die Schlüsselig-figur gewesen, die den Weg zum Kapitalismus zurück gebahnt habe: „Da die Sowjetunion der erste Staat der Diktatur des Proletariats war, fehlte ihr die Erfahrung bei der Festigung dies-er Diktatur und bei der Verhinderung der Wiederherstellung des Kapitalismus. Unter diesen Umständen kam Chruschtschow nach Stalins Tod in seinem ‚Geheimbericht‘ mit einem Überraschungsangriff heraus, durch den er Stalin in übler Weise verleumdete und durch betrügerische Manöver aller Art die Par-tei und Regierungsgewalt in der Sowjetunion an sich riß. Dies war ein konterrevolutionärer Staatsstreich, der die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur der Bourgeoisie verwandelte und durch den der Sozialismus gestürzt und der Kapitalismus wiederhergestellt wurde.“⁹⁾

Es liegt in der Logik solcher Überlegungen, daß hiernach der abgelaufene XXIV. Parteitag der KPdSU im chinesischen Lager als der V. Parteitag bezeichnet wird, den die ‚Chruschtschowisten‘ veranstaltet haben, seitdem sie sich der Führung bemächtigten. Da diese These auf den ersten Blick etwas gewaltsam herbei-geholt erscheint, bemüht man sich, zusätzliche Argumente zu liefern, um einen solchen Gang der Dinge glaubhafter präsentieren zu kön-nen. Eine sozusagen stille gesellschaftliche Umformung habe sich in der Sowjetunion voll-zogen, wobei die Arbeiterklassen aus ihrer führenden und alleinbestimmenden Rolle verdrängt, die Diktatur des Proletariats also zer-schlagen wurde, während das Bürgertum unter der Führung der Revisionisten eine neue hierarchische Struktur aufbaute, die Diktatur der Bourgeoisie. Die Sowjets hätten, so lautet die Beweisführung, diesen Wandel verdeckt herbeiführen können durch die Umformung der führenden Arbeiterpartei in eine „Partei des ganzen Volkes“: „Die Partei des ganzen Vol-kes‘ ist nicht — wie die Revisionisten vorge-ben — die ‚Fortsetzung der kommunistischen Partei der Arbeiterklasse‘. Sie hat mit der Arbeiterklasse genausowenig gemein wie mit dem sowjetischen Volk; eine große Kluft trennt sie. Der neue Name ist eine Fassade,

um die Änderung des Parteicharakters zu ver-bergen. . . . Die Diktatur des Proletariats wurde liquidiert, und ihren Platz nahm die Diktatur der Bourgeoisie ein, verborgen unter der Be-zeichnung ‚der Staat des ganzen Volkes‘.“¹⁰⁾

Gegen den „friedlichen Übergang“

Durch die ganze Diskussions zieht sich eine Gegensätzlichkeit, die die Chinesen gegenüber den Sowjets in aller Stärke ausspielen wollen: Der Kommunismus in seiner echten Form sei eine militant-revolutionäre Lebensauffassung, die Entartung in Moskau dagegen billige auch parlamentarische Markteroberung. Selten ist im kommunistischen Machtbereich so deutlich wie in diesem Zusammenhang gesagt worden, daß die Gewalt überhaupt das einzige Mittel dar-stellt, um kommunistische Lebensformen durch-zusetzen. Durch freien Entscheid der Völker ist also nach chinesischer Einsicht der Sieg des Kommunismus nicht zu verwirklichen: „In den letzten Jahrzehnten hatten viele kommu-nistische Parteien an Wahlen und Parlamenten teilgenommen, aber keine von ihnen hat mit solchen Mitteln eine Diktatur des Proletariats errichtet. Selbst wenn eine kommunistische Partei die Mehrheit im Parlament erlangen oder an der Regierung teilnehmen sollte, würde dies keinen Wandel im Charakter der bürgerlichen politischen Macht bedeuten und schon gar nicht das Zerschlagen der alten Staatsmaschinerie . . . Wenn eine kommunisti-sche Partei keine Massenarbeit leistet, den be-waffneten Kampf ablehnt und die parlamen-tarischen Wahlen zum Fetisch erhebt, wird sie nur die Massen einlullen und sich selbst kor-rumpieren. Die Bourgeoisie erkaufte sich eine kommunistische Partei durch parlamentarische Wahlen und macht sie zu einer revisionisti-schen Partei, einer Partei der Bourgeoisie.“¹¹⁾

Chinas Opposition gegen den „friedlichen Übergang“ vom Kapitalismus zum Sozialis-mus, wie ihn die Sowjets seit Chruschtschow als möglich betrachten, basiert auf der Einsicht, daß auf diesem Wege der Kommunismus nie zu einem Erfolg gelangen kann. In einem Prawda-Leitartikel zur Würdigung des 100. Jahrestags der Pariser Kommune wurde da-gegen von den Sowjets die wirtschaftliche Einflußnahme als wesentlichster Faktor im Ringen um die kommunistische Expansion ge-nannt: „Die KPdSU geht unverändert von der Leninschen Position aus, daß wir den Haupt-einfluß auf die internationale Revolution durch die Wirtschaftspolitik ausüben.“¹²⁾

¹⁰⁾ Vgl. Bericht nach der albanischen Nachrichten-agentur ATA vom 25. 3. 1971.

¹¹⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 17. 3. 1971.

¹²⁾ Zitiert nach TASS vom 18. 3. 1971.

⁸⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 21. 4. 1970.

⁹⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 21. 4. 1970.

Eine solche Beschränkung auf die wirtschaftliche Seite traf sofort auf stärksten chinesischen Widerspruch: „Um die Diktatur des Proletariats zu festigen und die Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern, muß das Proletariat die sozialistische Revolution nicht nur an der Wirtschaftsfront durchführen, sondern auch an der politischen, ideologischen und kulturellen Front, muß es eine allgemeine Diktatur über die Bourgeoisie im Gesamtaufbau einschließlich aller kulturellen Bereiche ausüben.“¹³⁾

So bleibt die Gewalt im chinesischen Denken das eigentliche Mittel zur Erfüllung der „historischen Mission“ des Kommunismus, um den alten Staatsapparat zu zerschlagen und die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen.

Die neue Klasse

Die Vorwürfe der Chinesen hinsichtlich des gesellschaftlichen Strukturwandels in der UdSSR beginnen damit, daß seit Chruschtschow die kommunistische Führungsschicht sich zu einer Schicht von privilegierten Vertretern der Großbourgeoisie entwickelt habe, die durch Stellung, Rang, Einkommens- sowie Einflußmöglichkeiten die Geschicke der Sowjetunion bestimme, die Staatsmaschinerie beherrsche und den gesamten gesellschaftlichen Besitz kontrolliere. Mit dieser gesellschaftlichen Umschichtung habe sich dann auch eine wirtschaftliche Umorientierung auf den Profit vollzogen, was unter anderem ausgewiesen wird durch die Einführung des Begriffs vom „materiellen Anreiz“ in der sowjetischen Volkswirtschaft. Insgesamt verwalte der gegenwärtige Sowjetstaat „als kapitalistisches Kollektiv die Produktionsmittel im Namen und im Interesse der neuen sowjetischen Bourgeoisie“¹⁴⁾.

Der Wandel der gesellschaftlichen Struktur zeige sich vor allem im Aufbau einer sozialen Stufen- und Rangordnung, in der Wiedererrichtung einer bourgeois gesteuerten Hierarchie, womit sich die privilegierte Klasse Möglichkeiten für eine erneute Ausbeutung des Arbeiters zugunsten der eigenen finanziellen Besserstellung im Rahmen der Staatsbürokratie geschaffen habe. Und damit erscheinen, wenn auch unter etwas anderen Vorzeichen, die alten Probleme der Klassengesellschaft wieder auf der Bildfläche. Hier wird in großer Deutlichkeit das angesprochen, was Milovan Djilas in seinem Buch „Die neue Klasse“ als Schlußfolgerung einer Analyse des

kommunistischen Systems dargestellt hat, daß nämlich „diese Bürokraten sich unweigerlich zu einer neuen Klasse von Eigentümern und Ausbeutern entwickelten“.

Wenn Djilas soweit parallel mit der chinesischen Darstellung über die Zustände in der Sowjetunion von heute argumentiert, so ist doch der Unterschied gegenüber der chinesischen Position insofern unverkennbar, als Djilas diese Entwicklung als notwendige Konsequenz des kommunistischen Systems schlechthin ansieht, sie also nicht auf Moskau beschränkt, sondern alle Staaten einbezieht, in denen der Kommunismus an der Macht ist: „Die Partei macht die Klasse, aber das Ergebnis ist, daß die Klasse wächst und die Partei als Basis benützt. Die Klasse wird stärker während die Partei schwächer wird; das ist das unausweichliche Schicksal jeder kommunistischen Partei, die an der Macht ist ... Stalin sagte, nachdem der erste Fünfjahresplan abgelaufen war: ‚Wenn wir nicht den Apparat geschaffen hätten, wären wir verloren gewesen! Er hätte das Wort ‚Apparat‘ durch das Wort ‚neue Klasse‘ ersetzen müssen, dann wäre alles viel klarer gewesen.“¹⁵⁾

Der Neokolonialismus

Wenn nun die Chinesen in ihrer Doktrin eine gewisse Gleichsetzung von sowjetischen Sozialimperialisten und westlichen Kapitalisten vornehmen, so ist es nur logisch, daß man die gleichen Sünden, die dem kapitalistischen System angekreidet werden, auch den Sowjets zuschreibt. So übertrieben in manchen Formulierungen die Darstellung erscheinen mag, so werden doch bei dieser Art der Durchleuchtung der Situation bemerkenswerte Konturen sichtbar, die oftmals einen Kern der Wahrheit enthalten. Das gilt für die Skizzierung sowjetischer imperialistischer Politik nach innen und nach außen: Moskau knebele nicht nur die russische Bevölkerung seines eigenen Landes, es unterdrücke auch die anderen Nationalitäten im Viel-Völker-Staat der Sowjetunion, es suche darüber hinaus über die Nationen im Satellitenbereich zu verfügen und schließlich aggressiv seinen Machtbereich über andere Nationen in der Welt auszudehnen. Die Ausnutzung der eigenen Bevölkerung wird als Ausbeutung der Werktätigen durch die Oligarchie der bürokratischen Monopolisten charakterisiert, das Schicksal der außerrussischen Nationalitäten in der Sowjetunion als Politik der nationalen Unterdrückung durch Maßnahmen wie Diskriminierung, Zwangsumsiedlung

¹³⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 17. 3. 1971.

¹⁴⁾ Vgl. Bericht nach der albanischen Nachrichtenagentur ATA vom 25. 3. 1971.

¹⁵⁾ Milovan Djilas, Die neue Klasse, München, S. 65.

und Verhaftung gekennzeichnet — Methoden, die „die Sowjetunion in ein Völkergefängnis verwandelt haben“.

Das Bündnissystem mit den osteuropäischen Ländern und der Mongolischen Volksrepublik ist nach chinesischer Darstellung eine durch Stacheldraht abgesicherte Ausplünderung der sozialistischen Gemeinschaft, wobei diese Länder degradiert werden zu „Absatzmärkten, zu Zubringer-Verarbeitungsstätten, -Obstplantagen, -Gemüseärten und -Viehzuchtfarmen“. Zu dem Neokolonialismus im eigenen Bereich und im Satellitenraum tritt dann noch die ‚Hilfeleistung‘ an Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika, die nach der chinesischen Darstellung folgende Zielsetzung besitzt: „Durch den Export von Kriegsmaterial und Kapital sowie durch ungleichen Handel plündert der Sowjetrevisionismus ihre (der anderen Länder) natürlichen Hilfsquellen, mischt sich in ihre inneren Angelegenheiten ein und hält Ausschau nach Gelegenheiten zur Ergatterung von Militärstützpunkten.“¹⁶⁾

Die Chinesen glossieren unter ihrem Blickwinkel den wahren Hintergrund einiger gängiger Schlagworte aus dem sowjetischen Bereich. An erster Stelle steht dabei die Theorie von der „begrenzten Souveränität“, die sogenannte Breschnew-Doktrin, die eine „ausgemachte Hegemonie-Doktrin“ sei. In scharfer Form wird am Beispiel der Tschechoslowakei ein Anspruch des Sowjetrevisionismus zurückgewiesen, die Geschicke eines anderen Landes bestimmen zu wollen. In die gleiche Richtung führt die Interpretation der Theorie von der „internationalen Diktatur“. Die Ausdehnung der Diktatur des Proletariats von einer nationalen zu einer internationalen Diktatur ist nach Pekinger Urteil eine völlige Verzerrung der Ideen Lenins. Die Theorie von der „sozialistischen Gemeinschaft“ diene in ähnlicher Hinsicht im Grunde nur als gefällige Umschreibung für ein Kolonialreich mit der Sowjetunion als Mutterland. In gleicher Zielrichtung wird auch die Theorie von der „internationalen Arbeitsteilung“ erwähnt. Sie laufe auf „eine industrielle Sowjetunion sowie auf ein landwirtschaftliches Asien, Afrika und Lateinamerika oder auf eine industrielle Sowjetunion mit den Zubringerwerkstätten Asien, Afrika und Lateinamerika hinaus“¹⁷⁾. Schließlich wird noch die sowjetische Behauptung, daß „unsere Interessen berührt werden“, zurückgewiesen: „Anmaßend erklären sie: ‚Schiffe der sowjetischen Kriegsmarine‘ werden ‚überall dort fahren, wo dies durch die Interessen

de Sicherheit unseres Landes geboten ist‘. Kann ein Land etwa alle Teile der Welt als Gebiete betrachten, die seine Interessen berühren, und, weil es eine ‚Großmacht‘ ist, seine Hand auf den ganzen Erdball legen? ... Diese Theorie, daß ‚unsere Interessen berührt sind‘, ist ein typisches Argument der Imperialisten zur Durchführung ihrer globalen Aggressionspolitik.“¹⁸⁾

Bürgerliche Dekadenz

Der Artikel des albanischen Parteiorgans *Zeri i Popullit* hat sich im besonderen einer Weiterentwicklung der chinesischen Grundgedanken in der Richtung angenommen, daß die Wiederherstellung der klassenbedingten Zustände auch die Erscheinungsformen der bürgerlichen Dekadenz wieder in das Land gebracht haben. Erinnert wird dabei an das Vagabundentum, an die Jugendkriminalität, an die Diebstähle in den Betrieben, an den weit und breit blühenden Schwarzen Markt: „Solche Degenerationserscheinungen, wie sie jetzt in der Sowjetunion festzustellen sind, sind keine vorübergehenden und Einzelercheinungen. Sie sind ein Ergebnis des kapitalistischen Systems, das in der Sowjetunion wiedererstanden ist. Sie sind typisch für jede bourgeoise Gesellschaft und werden zusammen mit dieser Gesellschaft verschwinden.“¹⁹⁾

Die Bevorzugten der neuen Klasse würden gegen solche Auswüchse einer Verwahrlosung oder gar Erscheinungen kriminellen Charakters zwar vorgehen, sie trügen jedoch selbst den Keim der Dekadenz in das System durch die Betrügereien, deren sie sich selbst schuldig machten; so etwa, wenn sie der Verführung erliegen, die Zahlen der vorgeschriebenen Planerfüllung zu erhöhen, damit auch ihre eigenen Prämien ansteigen.

Es wird schwer sein, festzustellen, wie weit das spürbare Mißbehagen der Intellektuellen in der Sowjetunion auch aus solchen Erscheinungen des Alltags seine Nahrung erhält. Auf jeden Fall wird den Sowjets in ihrer Spätphase nach mehr als 50 Jahren kommunistischer Regierung das finstere Bild einer bourgeois-kapitalistischen Verkommenheit gezeichnet, wie die nachfolgende Passage aus dem Grundsatzartikel des albanischen Parteiorgans zeigt: „Eine Konsequenz der Erneuerung des Kapitalismus ist die weite Verbreitung bourgeoisen Ideologien, der Selbstsucht und des Individualismus, der Karrieremacherei und der Untertwürfigkeit, des Strebens nach persönlichen

¹⁶⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 21. 4. 1970.

¹⁷⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 21. 4. 1970.

¹⁸⁾ Vgl. Bericht nach Hsinhua vom 21. 4. 1970.

¹⁹⁾ Vgl. Bericht nach der albanischen Nachrichtenagentur ATA vom 25. 3. 1971.

Vorteilen usw., die vom Grunde aus das Bewußtsein der Männer und Frauen in der Sowjetunion zerstören. In destruktiver Art offenbart sich selbst in der Jugend die degenerierte Lebensart der kapitalistischen Welt... Welche propagandistischen Bemühungen die Herrscher im Kreml unternehmen mögen, so können sie doch nicht das starke Gefühl der Ungewißheit, der Furcht und der Einsamkeit bei Männern und Frauen, die große geistige und ideologische Armut, die sichtbare Gleichgültigkeit und deutliche Passivität gegenüber der offiziellen Politik beseitigen.“²⁰⁾

Aufruf zu neuer Revolution

An der Dramatik, zu der im Abschluß des Artikels die albanischen Überlegungen geführt werden, zeigt sich, wofür der ausgedehnte und detailliert gegliederte gedankliche Unterbau des Bildes einer in bürgerliche Verhältnisse zurückgefallenen Sowjetunion konstruiert werden mußte. Nur so läßt sich nämlich als logische Folge mit dem Zwang „wissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit“ der flammende Aufruf zu einer neuen Revolution in der Sowjetunion verstehen. Der Kreislauf soll sich vollenden. Nachdem die russische Revolution durch die Rückkehr zur Verbürgerlichung annulliert wurde, gilt es heute, auf die Ausgangsposition von vor 50 Jahren zurückzukehren und die Machthaber mit dem Aufstand der Massen durch Gewalt zu stürzen, die „echte“ Form des Kommunismus wieder zu installieren. Der entsprechende Appell lautet: „Nur die Arbeiterklasse, geführt von ihrer marxistisch-leninistischen revolutionären Vorhut und vom Vertrauen auf die Lehren Lenins und Stalins, kann nach einem Sturz des revisionistischen Regimes die Sowjetunion aus dem Chaos herausführen, in das die Revisionisten sie jetzt gestürzt haben, und sie erneut auf den richtigen Weg des Sozialismus und Kommunismus leiten.“²¹⁾

²⁰⁾ Vgl. Bericht nach der albanischen Nachrichtenagentur ATA vom 25. 3. 1971.

²¹⁾ Ebenda.

An dieser Stelle richtet sich die Analyse auch auf die letzten Vorkommnisse in Moskaus Satellitensystem und kommt dabei zu dem für die innere Logik der Gedankenkonstruktion bestehenden Schluß, die Unruhen in Polen seien bereits ein erstes Signal für das Heraufkommen der neuen Revolution der Arbeiterschaft gegen die revisionistisch-verbürgerlichte Führungsspitze gewesen. Der Kampf der polnischen Arbeiter im Dezember 1970 wird als Spaltung zwischen den Werktätigen und der herrschenden Bürokratie in Partei und Staat gedeutet: „Erstmalig standen sich die Arbeiter auf der einen Seite und die Revisionisten auf der anderen Seite als zwei bereits geformte antagonistische Klassen gegenüber. Die polnischen Ereignisse sind der Ausdruck eines Prozesses, der in allen revisionistischen Ländern, einschließlich der Sowjetunion, stattfindet und der in Polen die größte Intensität erreichte. Sie sind sozusagen die Vorläufer des großen revolutionären Klassenkampfes, der unweigerlich und in nicht allzu ferner Zukunft überall ausbrechen wird.“²²⁾

Im chinesischen Lager des Kommunismus ist man offen dazu übergegangen, in den Machtbereich der sowjetischen „Bruderpartei“ hineinzuwirken, um ihn zu unterminieren. Eine schärfere Absage gegenüber dem noch immer erkennbaren Moskauer Streben, möglichst den Zwist im kommunistischen Machtbereich beizulegen, kann es nicht geben. Zwar scheint die ursprüngliche sowjetische Hoffnung auf baldige Ausräumung der Schwierigkeiten vorläufig aufgegeben worden zu sein. Man ist aber dennoch der Zuversicht, daß eines Tages nach Abtreten Maos die Entwicklung wieder zurückführen wird in die alten Gegebenheiten, daß Moskau und Peking nebeneinander an der Spitze des kommunistischen Machtbereichs stehen, eines Machtbereichs, der — seit auch China Atommacht geworden ist — die Welt vor eine neue Situation stellen würde.

²²⁾ Ebenda.